

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 17. September 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Konservatives Nörgelertum.

Die einzig wahre Partei für Staatserhaltung, die königlich preussische privilegierte Beschützerin von Thron und Altar, die konservative Partei muß in der letzten Zeit manches Wunder am eignen Leibe erleben. Alle Stimmungen des Mißvergnügens, vom agrarischen Heugabel-Revolutionarismus bis herab zur verärgerten Bierbankpolitik brechen überquellend aus ihr hervor. Eben veröffentlicht einer ihrer Parteigänger, ein preussischer Staatsbeamter und Oberlehrer am Gymnasium in Steglitz, Dr. Ludwig Gurkitt, ein Buch^{*)}, das dieser unangenehmen Stimmung den deutlichsten Ausdruck verleiht.

Wohl fürchtet Herr Gurkitt — und vielleicht nicht mit Unrecht — man würde ihm seine Ausführungen als Annäherung auslegen; denn man liebt bei uns „mehr die bescheidenen Leute, die sich willig führen lassen und ihre eignen Wünsche und Gedanken für sich behalten.“ Trotzdem kann er es nicht unterlassen, dem preussischen Kastendünkel und Polizeigeist ein Lied zu singen, das wahrhaftig kein Loblied ist.

Dah er noch konservativ ist, wundert ihn beinahe selbst. Denn „es gehört bei uns kein geringer Grad von Selbstzucht und Vaterlandsliebe dazu, stets für diejenige Partei einzutreten, welche das geringste Verständnis und die largeste Hand für die Lehrer bewiesen hat.“ — Welche Stellung der akademisch gebildete Hauslehrer noch heute in den konservativen Kreisen einnimmt, darüber will er lieber schweigen. Aber wie er selbst von adeligen Offizieren gesellschaftlich behandelt worden ist, drückt ihm das Herz ab. Offenbar ist es in Berlin in der Beziehung nicht viel besser als in Posen. Denn Herr Gurkitt (der übrigens unseres Wissens nicht einmal einen Feldwebel in der Familie hat) klagt:

Die Herren ließen sich mir jedesmal von neuem vorstellen, und keiner von ihnen hat mich jemals in der Eisenbahn und auf der Straße wieder erkannt und gegrüßt, selbst als wir tags zuvor mit einander gespielt und gelungen und unter dem Schutze der Nacht Arm in Arm zur Bahn gegangen waren. Für solche Proletarier von Schulmeistern, wie unsereiner ist, reicht selbst das durch ein Monatel geschärfte Sehvermögen dieser Herren nicht aus. Die Kollegen von den Ritterakademien wüßten darüber noch mehr Erbauliches zu berichten, ebenso die Herren, die an Kadettenanstalten thätig sind.

Mit der Behandlung, die die Lehrer von ihren Vorgesetzten oft zu erdulden hätten, sei es nicht besser bestellt. „Den meisten ist das Rückgrat gründlich gedrochen, ehe sie ins Amt kommen. Es wäre gar nicht zu verwundern, wenn ein von seinem konservativen Vorgesetzten so mißhandelter junger Gelehrter sein Unterkommen in der Redaktion eines socialistischen Blattes suchen würde.“ (1)

Dem Offizier- und Beamtenstande wirft er im allgemeinen „einen lächerlich entwickelten Kastengeist“ vor. Der Volkswitz bezieht deshalb den preussischen Beamten als „Nadler“. Frage man „wie so?“, so lautet die Antwort: „Na, nach oben den Krümmen Buckel und nach unten die Fuhrtritte.“

Mit seiner eignen Partei kann der Steglitzer Oberlehrer unter solchen Verhältnissen nicht zufrieden sein. Von ihr, der eigentlichen Beamtenpartei, meint er:

So drückt in der zum Herrschen berufenen Partei selbst eine schwüle, muffige Luft, herrscht vielfach Verdrossenheit und ein kleinlicher, nur auf das Nächste gerichteter Geist. Ohne idealen Schwung, ohne innere Ueberzeugung von der gesunden Kraft und Lebensfrische des eignen Organismus kann aber eine Partei weder bestehen, noch andre für sich gewinnen.

Unser Reichstag verliert seine Zeit damit, die Angriffe der Socialdemokratie vom Regierungstische aus abzuwehren. Die produktive Arbeit will dabei nicht vorrücken. Mißstimmung ist viel weniger auf Seiten der Reichsfeinde, die ein leider hoffnungsreicher Kampfesmut befeuert, als auf Seiten der Reichstreuen, denen eine einigende Kampfparsolle, das Vertrauen auf die eigene Kraft und eben vor allem die Freiheit der Meinungsäußerung fehlt. Gewohnt auf die Winde der Regierung zu warten, findet sie weder Stimmung noch Mut zu weitgehenden Klängen.

Die konservative Fraktion wird sich für diese Komplimente aus dem eignen Lager bedanken dürfen.

Auch die Verquickung des Konservatismus mit der religiösen Dilettanzie kann Herrn Gurkitt nicht behagen. Der Kampf gegen die „materialistische Weltanschauung des vierten Standes“ finde von Seiten der führenden Geister keine überzeugte Unterstützung.

Mit halber Ueberzeugung kann kein Mensch Propaganda machen. Das Volk ist auch viel zu hellsehend, um nicht Mache von Ueberzeugung unterscheiden zu können. Die vielfach sehr äußerliche Kirchlichkeit der herrschenden Kreise, die es für geboten hält, dem niederen Volke mit gutem Beispiele voranzugehen, erreicht damit das Gewünschte keineswegs. Mit Statisten kann unsre Kirche keine Schlachten schlagen und keine Siege gewinnen.

Ueber die Resultate dieser Wirkstoff, die in der allgemeinen Bedornung des deutschen Volkes durch den Schulmann ihre wohlthätige Ergänzung erfährt, äußert sich Dr. Gurkitt folgendermaßen:

Wir wirtschaften, erziehen und administrieren unser gutes deutsches Volk in Grund und Boden, erlösen dadurch in ihm die edelsten Mannesqualitäten, die Liebe zur Heimat, die Treue fürs Herrscherhaus, den Mannedstolz und edlen Freiheitsdrang, dafür

^{*)} Dr. Ludwig Gurkitt, Der Deutsche und sein Vaterland, Berlin 1902, Wiegandt, Grieben.

gewinnen wir verdrossene Bürger, die sich in unfruchtbarer Opposition Luft machen. Unterthanen mit Bedientensinn, Streber, die nach oben hin unumännlich ergeben sind, gegen ihre Untergebenen aber rücksichtslos und brutal, bestenfalls herablassend und gönnerhaft. Feuchler, die ihre religiöse Gesinnung zur Schau stellen, um Karriere zu machen, Feiglinge, die sich nicht getrauen, eine Meinung zu haben, ehe nicht der Vorgesetzte gesprochen hat.

So der preussische Beamte Gurkitt über das preussische Beamtenum! Man begreift vollkommen, daß der Schulmann Gurkitt ziemlich verlegen sein muß um die Lösung seiner Hauptfrage, wie nämlich in der deutschen Jugend die Liebe zum Vaterland zu pflegen sei. Daß die Prägelschule der Vorkurs eben so wenig geeignet sei, wie grammatikalische Formenlehre und offiziöse Geschichtsklitterung der Mittelschule, das ist ihm von vornherein klar. Aus eigener Erfahrung weiß er es, wie schwer die Schüler den Druck dieser patriotischen Erziehung oft zu empfinden pflegen. Was er auf dem Gebiete der Gesellschaftskritik auch immer ein am Oberflächlichsten haltender Mittläufer bleiben, hier beansprucht sein Zeugnis als das eines Fachmanns volle Gültigkeit.

Gurkitt schreibt: So viel darf man mit Bestimmtheit behaupten: durch amtlich vorgeschriebene laute Seden- und Gedächtnisfeste, durch trübende Nationaldenkmäler, durch einen patriotisch gesteigerten Betrieb des Geschichtsunterrichts kann wahre Liebe zum Vaterlande nimmermehr erzeugt werden. Jede Steigerung dieser Mittel schlägt zum Gegenteil aus. Wir sagte jüngst ein Buchhändler: „Die patriotische Literatur geht nicht mehr.“ Das haben also die Ueberreiferen glänzend erreicht. Jedes wahre, schlichte Gefühl ist von ihnen durch das Fortissimo der Posamentenstoffe überhört worden. Wird man wohl so thöricht sein, jetzt zum Furioso übergehen, um die zarte Pflanze der Liebe und des Vertrauens völlig zu vernichten? Ich frage: Was soll bei einer unweisen, bedrückten und belästigten Jugend unser patriotischer Betrieb nützen?

Man kann begreifen, welchen Schmerz der Einblick in solche Verhältnisse einem patriotischen Manne bereiten muß, der keine größere Sorge kennt als die, wie die „verbrecherischen“ Bestrebungen der Socialdemokratie am besten zu bekämpfen wären! Denn das ist der Humor und zugleich die Tragik der Geschichte, daß Herr Gurkitt, der dem Schulmann gar nicht genug Schlechtes nachsagen kann, schließlich selbst zum Schulmann läuft, um ihm Kantens Broschüre (die er offenbar nur aus gefälligen Gründen der Scharfmacherpresse kennt) als „verbrecherisch“ zu denunzieren, und daß er vor der sunnigsten Verfeinerung des preussischen Schulmannsgeistes, vor dem Vater des Socialistengesetzes, anbetend auf den Knien liegt. Er spottet seiner selbst und weiß nicht wie. Auch sein „Rückgrat“ hat am Ende einen kleinen Schaden erlitten, ehe er noch ins Amt gekommen ist. Und er merkt es gar nicht! Darum dringt auch seine Kritik nicht in die Tiefe, haftet meist an Kleinlichem und Kleinlichkeiten und beschränkt ihre Bedeutung darauf, ein Anzeichen jener hochgradigen Verengung zu sein, die das preussische Beamtenum von heute erfährt hat. Ganz allmählich ist auch sein deutsches Kindergeheim vom Gifte der neuen Zeit angegriffen worden und jenem Nörgelertum verfallen, dem einmal der Rat erteilt wurde, den deutschen Stab von den Pantoffeln zu schüttern. Die wohlwollende Belehrung von maßgebender Seite, daß man durch solche verhänglichen Bücher nur den verbrecherischen Bestrebungen der Socialdemokratie Vorschub leiste, wird auch diesem konservativen Raisonneur schwerlich erspart bleiben.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 16. September.

Zollkampf.

Die Zollferien gehen zu Ende. Am 22. September tritt die Kommission wieder zusammen, um die zweite Lesung des Tarifgesetzes und des Tarixis zu beginnen. Die nächstliegende Hauptfrage nach Wiederaufnahme dieser Beratungen wird sein, ob die bisher zwischen der Kommissionmehrheit und der Regierung bestehenden Abweichungen schon jetzt beseitigt werden können, oder ob die Gegensätze weiter fortbauern und auch die zweite Lesung der Vorlage im Reichstagsplenum erfüllen werden.

Am Donnerstag dieser Woche bereits soll die Unterkommission zur Vorbereitung der zweiten Kommissionslesung zusammentreten. Eine parlamentarische Korrespondenz verbreitet jetzt, diese offizielle Unterkommission werde gar nicht zusammentreten, sondern nur eine Anzahl von Vertrauensmännern der Fraktionen; auch sei das Datum des 18. in Frage gestellt. Diese Mitteilung ist jedoch falsch, denn das Zusammentreten der Subkommission ist ausdrücklich von der Kommission vor ihrem Auseinandergehen beschlossen worden und zwar für den 18. September, 12 Uhr mittags.

Vor dem Wiederbeginn der Kommissionsberatungen finden seitens der Mehrheitspartei Fraktionsbesprechungen statt. Die Konservativen werden sich nächster Tage zusammenschließen. Das Centrum hat seine Beratungen schon am Dienstag begonnen und wird sie am Mittwoch fortsetzen. Von den 105 Mitgliedern des Centrums waren etwa 50 im Reichstagsgebäude, eine Zahl, die keineswegs auf besonderen Eifer der Centrumsabgeordneten für die Zollfrage deutet. Nach dem, was ein parlamentarischer Berichterstatter vernahm, herrschte in der Dienstagssitzung der Centrumsfraktion im großen und ganzen die Meinung vor, die Kommissionsbeschlüsse erster Lesung zur Basis der Weiterberatung in der Zolltarifkommission zu machen; in dem agrarisch gesinnten Teil der Fraktion scheine man fest entschlossen zu sein, an der von der Kommission festgesetzten Höhe der Getreide- und Viehzölle festzuhalten und der

Regierungsvorlage in diesen Punkten keine Konzession zu machen. Auf bayerischer Seite werde namentlich Gewicht darauf gelegt, den Grenz Zoll nach den Kommissionsbeschlüssen festzulegen.

Die konservative Wucherzollpresse fährt unterdeß fort, die Regierung zu beschuldern, daß sie der Kommissionmehrheit entgegenkomme und wäre es auch nur, daß sie „den kleinen Aufschlag der Getreidezölle um 50 Pf. annimmt“, wie der christliche „Reichsbote“ in der Sprache der Pferdehändler sagt. Dieses selbige Blatt ermahnt aber auch die Agrarier, ihre Ueberzollforderungen zurückzuziehen und der Regierung entgegenzukommen. Der „Reichsbote“ vertritt bei dieser Gelegenheit wiederum die fieberhafte Wahlaugt der Zollwucherpartei. Er sagt:

„Ist die Regierung das nicht (verweigert sie ein weiteres Entgegenkommen), dann ist alles fraglich, und die Regierung würde eine furchtbare Verantwortung auf sich laden, wenn dann die Mehrheit ebenso fest auf ihrem Antrag bestanden und insolge dessen der Zolltarif fallen würde. An ein Zustandekommen höherer Zölle für die Landwirtschaft — was doch auch die Regierung mit ihrer Vorlage erstrebt — ist dann nicht mehr zu denken; denn wenn die nächsten Reichstagswahlen unter der Parole des „Breitwuchers“ stattfinden, so werden die Socialdemokraten und die Freisinnigen die Massen der Arbeiterbevölkerung und des großstädtischen, fortschrittlichen Bürgertums so bearbeiten, daß an eine zollfreundliche Mehrheit nicht mehr zu denken ist. Darüber darf man sich keine Illusion hingeben: die jetzige Reichswucher-Agitation giebt schon einen Vorgeschmack davon.“

In der ersten Reichstags-Debatte über die Zollfrage im Dezember 1901 sowie fortbauern in der Zollpresse wurde stolz erklärt: das deutsche Volk hat schon 1898 über die Zollfrage gestimmt und entschieden, also könne nicht verlangt werden, daß dieselbe Abstimmung nochmals herbeigeführt werde, wie es die Opposition fordere! Der „Reichsbote“ aber bekümmert jetzt, warum in Wirklichkeit das nicht verlangt werden könne. Bei einer Wahl unter der Parole des „Breitwuchers“ ist „an eine zollfreundliche Mehrheit nicht mehr zu denken“!

Wir danken dem frommen Brotwucherblatt für dieses kostbare Geschenk, das zugleich die Nichtberechtigung der jetzigen Reichstagsmehrheit beweist, in der gegenwärtigen Legislaturperiode das von der Volksmehrheit verabschiedete Zollrecht zu verüben. —

Die Fleischnot.

Eine regierungssamtliche Anerkennung der Fleischnot bedeutet eine Verfügung des bayerischen Ministeriums, über die in bayerischen Blättern berichtet wird:

„In Erwartung wurde vom Ministerium des Innern die Verfügung erlassen, daß die bisherige dreitägige Schlachtungsfrist für Vieh, das aus Oesterreich importiert ist, nunmehr auf fünf Tage verlängert wird. Diese Anordnung wird sowohl von den Metzgereimeistern als auch von den österreichischen Importeuren aus warmem Begriffe, da man daraus sieht, daß die Regierung die gegenwärtige Lage in Bezug auf die Not an Schlachtvieh vollständig anerkennt. Durch die Verlängerung dieser Schlachtungsfrist wird es den österreichischen Importeuren ermöglicht, sowohl an Qualität wie an Quantität hinreichendes Material einzuführen.“

Aus Breslau wird uns geschrieben: Protest gegen die Fleischsteuer erhob hier eine von 1500 Frauen und Männern besuchte Versammlung, in welcher der socialdemokratische Stadtverordnete Schaly die Volkseindlichkeit der Regierungsmassnahmen in der Fleischverordnungsfrage geißelte. Die Versammlung verlangte die Aufhebung der Grenzsperrre und vorübergehende Sistierung der Breslauer städtischen Schlachtsteuer. Die Petition der Fleischerrichtung wurde als ungenügend verworfen.

Die Wenthener Fleischerrichtung hat sich im Verein mit den Nachbarmunicipalitäten aufs neue an den Landwirtschaftsminister und den Bundesrat gewandt mit der Bitte, eine vermehrte Einfuhr von Schlachtvieh zu gestatten. —

Aus Elbich-Lothringen wird uns gemeldet: In drei großen Volksversammlungen erhob dieser Tage die Bevölkerung der drei größten Städte des Reichslandes, Straßburg, Mülhausen und Metz, Protest gegen die unerhörte Fleischsteuer. In der Straßburger Versammlung, wo unser Parteigenosse Böhle referierte, wurde festgestellt, daß in den französischen Orten, unmittelbar jenseits der Grenze, das Pfund Rindfleisch nur 52 Pf., das Schweinefleisch nur 58 Pf. koste, während ersteres im Reichsland zur Zeit auf 76—78 Pf., letzteres gar auf 88—100 Pf. stehe; die französischen Fleischpreise seien also teilweise über ein Drittel niedriger. Und bei alledem sei im Reichsland die Grenzsperrre in letzter Zeit noch verschärft worden, wozu die Anweisung offenbar von Berlin kam. In Metz, wo, wie in Straßburg, in einer Resolution die sofortige Öffnung der Grenzen für Schlachtvieh gefordert wurde, stellte der Referent, Hoffmeister Weismann, fest, daß im Jahre 1897, als das Vieheinfuhrverbot erlassen wurde, die Einfuhr von Schlachtvieh in beschränkter Maße gestattet habe; so seien nach Metz jährlich etwa 2000 Schweine und 400 Stück Großvieh gekommen, was rund 5 Proz. des Gesamtbedarfs ausgemacht habe. Jetzt sei auf Drängen der Landwirtschaft auch diese kleine Vergünstigung aufgehoben und der Fleischpreis damit ins Unerwartungshöhe gesteigert worden. Der Zwischenhandel trage an der Preissteigerung nicht die geringste Schuld, müsse sich heute mit viel geringeren Nutzen begnügen; lediglich der Grenzsperrre seien die unhaltbaren Zustände zur Last zu legen.

Anarchik, Schuft und Epistel!

Die „München Post“ erzählt folgenden höchst bemerkenswerten Vorgang: Am 8. Oktober d. J. findet vor der ersten Strafkammer des Landgerichts München Hauptverhandlung statt gegen den hier

wohnenden Schriftsteller Friedrich Benz wegen Majestätsbeleidigung. Schon die früher erfolgte Ankündigung dieses Prozesses hat wegen der Art, wie Polizei und Staatsanwaltschaft in den Besitz des Anlagematerials gelangten, außerordentliches Aufsehen erregt.

Man hatte nämlich erfahren, daß das gegen den Schriftsteller Benz eingeleitete Verfahren auf Grund eines Privatbriefes an den Herausgeber der „Stimmen der Gegenwart“, Karl Hartmann in Braunschweig, erfolgt war.

Man wußte sich das Recht der Polizei und der Staatsanwaltschaft auf den Inhalt eines vermeintlich sicheren Händchen befindlichen Schreibens nicht zu erklären und der Fall gab Anlaß zu den verschiedensten Kombinationen. Man ist es dem Angeklagten aber gelang, die dunkle Affaire aufzuklären. Von der Polizei ist der Verdacht, sich durch Ausschneifen interner Privatbriefe in den Besitz des Anlagematerials gesetzt zu haben, geschwunden, entlarvt aber ist als Denunziant und Spitzel Karl Hartmann.

Der Schriftsteller Bruno Wille hatte nämlich vor kurzem Herrn Benz brieflich mitgeteilt, daß es notwendig ersehe, vor dem Herausgeber der „Stimmen der Gegenwart“, Karl Hartmann, in der Presse als mutmaßlichen Denunzianten zu warnen. Herr Benz sondierte nach dieser Richtung mit dem Resultate, daß Karl Hartmann, der Anarchist, der in der Theorie Fürsten mordet, in der Praxis der Polizei Dienste leistet und ihr Privatbriefe mit verhängnisvollem Inhalt auslieferet.

Folgende, fast ungläubliche Tatsachen sind unumstößlich festgestellt: Am 18. Februar 1902 fand bei dem der Braunschweiger Polizei wegen anarchistischer Umtriebe verdächtigen Schriftsteller Karl Hartmann in Braunschweig eine polizeiliche Hausdurchsuchung statt, bei der im Besitze Hartmanns anarchistische Schriften gefunden wurden. Es zeigte sich ferner, daß Hartmann Mitarbeiter des in Berlin erscheinenden anarchistischen Organs „Neues Leben“ war, und daß er in verschiedenen Artikeln dieses Blattes sich offen als Anarchist bezeichnete.

Am 4. März erhielt Hartmann einen Brief intimen, literarischen Charakters von dem Münchener Schriftsteller Benz mit der Ueberschrift: Lieber Freund Hartmann, in dem eine abfällige Kennermeinung über die bekannte Kunststreife des deutschen Kaisers enthalten war.

Darauf erschien Karl Hartmann am 14. März l. J. unangefordert bei der Polizeidirektion in Braunschweig und gab dort zu Protokoll wie folgt:

Vor einiger Zeit wurde seitens der Polizei bei mir eine Hausdurchsuchung vorgenommen, weil ich in den Verdacht gekommen war, anarchistischen Umgang zu pflegen. Letzteres ist jedoch nicht der Fall. Da ich befürchte, daß sich eine derartige Durchsuchung wiederholen kann und eventuell meine Briefe wieder durchgesehen werden, so übergebe ich hiermit den angeführten Brief, welcher nach meiner Meinung einen strafbaren Inhalt besitzt, um, soweit es möglich ist, zu beweisen, daß ich keine anarchistischen Umtriebe pflege, und daß der Verdacht, der auf mir ruhe, unbegründet ist. Ich bin mit dem Schreiber des Briefes nicht verfeindet, es ist dies der Schriftsteller Friedrich Benz in München, Kanalstr. 36/0. Dieser habe bitte, demselben dieses Protokoll nicht vorzulesen, denn Benz würde mich in sämtlichen Verleumdungen so schädigen, daß meine Existenz gefährdet würde, es könnte ja dem Benz so mitgeteilt werden, als ob der Brief bei einer polizeilichen Durchsuchung gefunden ist.

v. g. u. gez. Karl Hartmann.

Die notwendige Folge dieser hohlen und gemeinen und niederträchtigen Denunziation war die Vorlage des der Polizei angelegten Briefes bei der Staatsanwaltschaft des hiesigen Landgerichts Braunschweig, und diese ersuchte, nachdem der Angeklagte in München seinen Wohnsitz hat, die Staatsanwaltschaft des königlichen Landgerichts München um Uebernahme der Sache, was geschah.

Benz ist also das Opfer eines schandvollen, abgefeimten Schundstreiches, der nur das eine Gute hat, daß dabei der Anarchist, Ernst und Spitzel Karl Hartmann verdientermaßen an den Schandpfahl kam.

Normann-Schumann beschäftigt unter dem Titel eines „Rentiers Ernst Schumann“ als Kläger noch immer die Gerichte. Der Herr Rentier, der wegen des gegen ihn schwebenden Majestätsbeleidigungs-Verfahrens es vorzieht, weit entfernt von Deutschland in Luzern zu weilen, setzt die deutschen Gerichte zum Schande seiner Person in Verdacht in Bewegung. Das Schöffengericht hatte seiner Zeit auf seinen Antrag den verantwortlichen Redacteur des „Vorwärts“, Genossen Leid, wegen Beleidigung zu 20 M. Geldstrafe verurteilt, weil er die öffentliche Erklärung Wobels abgedruckt hatte, in welcher dieser zur Verteidigung seiner eigenen Person und seiner Parteigenossen Herrn Normann-Schumann beschuldigte, Erfinder und Verfasser der bekannten „Hummerbriefe“ zu sein. In Wobels Artikel war mit Bezug auf den Kläger von „berüchtigter“, „unverfrorener“ und von „staatsverhaltenden Teufeleien“ die Rede. Normann-Schumann war mit dem Urteil des Schöffengerichts nicht zufrieden, sondern legte Berufung ein. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Hahn-Charlottenburg betonte, daß es dem Kläger hauptsächlich darauf ankomme, daß er nicht der Verfasser der Hummerbriefe sei und beantragte zu diesem Behufe die Vernehmung des Kriegsministers v. Goltz und des Feldmarschalls Graf Waldersee. — Rechtsanwalt Freudenthal beantragte die Verurteilung der Berufung, da die erkannte Strafe eher zu hoch als zu niedrig sei. Der Gerichtshof billigte dem Angeklagten an sich den Schutz des § 193 zu, da zwischen seinem Blatt bezw. zwischen Wobel und den Vorgängen doch gewisse Beziehungen bestanden, die Wobel berechtigen konnten, gegen Normann-Schumann vorzugehen. Dapials sei behauptet worden, daß der Fälscher des fraglichen Wobels Hummerbriefe in den Reihen der Sozialdemokratie zu finden sei. Nach der ganzen Sachlage sei in den Ausdrücken „berüchtigt“ und „unverfroren“ die Absicht der Beleidigung nicht zu erkennen, denn es handle sich um einen Mann, der wegen Majestätsbeleidigung strafrechtlich verfolgt werde und sich seit 1897 nicht gestellt habe, so daß ein solcher Verdacht auf ihm laste. Dagegen habe der Gerichtshof in der Wahl des Ausdrucks „staatsverhaltende Teufeleien“ die Absicht der Beleidigung erblickt. Die erkannte Strafe von 20 M. sei aber als nicht zu niedrig bemessen angesehen, dem Kläger sei die Publikationsbefugnis zugesprochen, im übrigen aber die Berufung auf seine Kosten verworfen.

Derselbe Gerichtshof hatte über eine gleichartige Klage des Herrn Rentiers Schumann in Luzern gegen den Redacteur des „Berliner Tageblattes“ Dr. Ernst Grützeffien zu urteilen. Auch das „Tageblatt“ hatte Wobels Artikel abgedruckt und einige Betrachtungen daran geknüpft, die an sich keine beleidigende Wendung enthielten. Das Schöffengericht hatte in diesem Falle auf Freisprechung erkannt, indem es dem Angeklagten den Schutz des § 193 zubilligte. Rechtsanwalt Mosse hielt im gestrigen Verurteilungsverhandlung die Entscheidung des Schöffengerichts für durchaus zutreffend. Dr. Grützeffien selbst wies darauf hin, daß notorisch die gefälschten Hummerbriefe aus Luzern stammten, daß ein Mann wie Normann-Schumann, der früher seine Aufgabe darin suchte, Artikel in die Presse, gleichviel welcher Färbung zu lancieren, in den Verdacht kommen mußte, Verfasser der Hummerbriefe zu sein. Der Gerichtshof verurteilte nicht, daß der Angeklagte in besserer Absicht und zur Verteidigung idealer Güter den Artikel veröffentlicht hat, billigte ihm aber den Schutz des § 193 nicht zu, weil bei ihm eine so enge Verbindung mit den Vorgängen nicht vorlag, wie bei Wobel. Der Gerichtshof hielt aber eine Strafe von 20 M. event. 2 Tage Haft für völlig ausreichend und erkannte in diesem Sinne.

Silbvolle Kavallerieattaken. Der „Lokalanzeiger“ schreibt anlässlich der letzten Kavallerieattaken bei den Kaisermandauern, daß es als silbvolles Getöse, erst so kurz wie irgend möglich vor dem Gegner abzustopfen. Und ferner: „So wenig zu lächeln ist der Scheid des Angriffs, daß eine Schwadronen Infanterie sich wie wahrhaftig auf die eigene Infan-

terie stürzt.“ Hat der „Lokalanzeiger“ recht, so zeigt sich hier, daß die Disziplin der preussischen Truppen doch nicht so grogkatisch ist, denn die Biffer 828 der Felddienstordnung bestimmt genau, daß die Kavallerie bei Attaken gegen Kavallerie und Infanterie ihre Attake auf 15 Meter vor dem angegriffenen Truppenteil zu beenden habe.

Ein schuldiger Landrat. Der Landrat Gräfer veröffentlicht in einem Königsberger Blatte zum Fall Hildebrandt folgende Fußschrift:

„Als es bekannt wurde, daß der Oberleutnant Hildebrandt nach siebenmonatiger Festungshaft begnadigt und demnachst von seinen Kameraden in Gumbinnen in besonders herzlicher und sogar feierlicher Weise „weggetrunken“ worden war, erhob sich beinahe in der gesamten Presse ein Lärm, welchen man nur mit dem Geschrei einer Herde von Schafen oder Gänsen vergleichen kann. Man hatte die Frechheit, von Ehrenbezeugungen zu sprechen, welche „einem Helden zu teil würden“, und ich wundere mich nur, daß Herr Hildebrandt nicht jede dieser Zeitungen wegen Beleidigung verklagt. Denn die Fötung in Zweikampfe unterscheidet sich vom Morde ungefähr so, wie die Annahme eines Geschenkes vom Diebstahl, indem in den beiden Fällen des Zweikampfes und der Schenkung auf das in Betracht kommende Gut — das Leben oder die geistliche Seele — verzichtet worden ist und daher für einen widerrechtlichen Eingriff in diese Rechtssphären kein Raum mehr ist: volenti non fit injuria. Aber diese frechen Schmähungen genühten noch nicht, um Religion und Verunft, Recht und Sitte“ zu retten, sondern es mußten alle die Personen, welche an der Ehre des Herrn Hildebrandt, sei es wesentlich oder unwesentlich, beteiligt waren, bestraft werden. So wollte es die „siebente Grogmat“, die heilige Presse, und leider ist ihrem widerwärtigen Geschrei das gewünschte Zugeständnis gemacht worden.“

Der bürgerliche Landrat, der sich den souverän naseblenden Junkerjargon so brillant angeeignet hat, spricht übrigens nur aus, was Junker- und Beamtenlamarras denken. Durch einen so wunderlichen Falschakt, wie er der Duellholzeri gegenüber beobachtet worden ist, geht man der aristokratischen Todsclagmanie nicht zu Leibe.

Der Parteitag der deutschsocialen Reformpartei in Eisenach zeitigte noch einige interessante „Reform“-Gedanken. Nobel-Wilmersdorf forderte u. a. „völliges Verbot der Konsumvereine“. Götz-Dresden wandte sich gegen die weitere Verschärfung der Ladenzzeit. Man dürfe, wenn man den kleinen Gewerbetreibenden helfen wolle, nicht die Ladenzzeit durchweg beschränken. Dr. Giese-Berlin verlangte Ausnahmebeweise für die Juden wie im Mittelalter. Giese will die Ladenzzeit nur für größere Betriebe beschränkt wissen, „die es aushalten können“. Auf derselben Höhe hielt sich der Vorschlag des Verlegers der „Staats-“ „Ztg.“, Brühl, bezüglich des Ladenschlusses eine mittlere Linie zu finden, „die allen Zeiten gerecht wird“. Schließlich sprach sich der Parteitag aus für Beschränkung der Ladenschluzzeit „unter geblühender Berücksichtigung der kleineren Orte und Betriebe“.

Der Tiefstand der Hirsch-Dummerschen. Aus Ober-Sachsen wird uns geschrieben: Der Gewerkeinnehmer Herr Trubert unternimmt zur Zeit eine Agitationstour im oberdeutschen Industrie-Revier. In Gleiwitz sprach er über die wirtschaftliche Krise, es traten ihm socialdemokratische Redner entgegen und betonten gegenüber dem gewerkeinnehmerlichen Appell an die Weisheit des Unternehmertums die Stärkung der Arbeiterorganisationen als Mittel gegen Lohnsenkungen. Dieses Auftreten entriestete die Gewerkeinnehmer so sehr, daß man in der folgenden Versammlung in Kattowitz erklärte: Die Socialdemokraten haben sofort das Lokal zu verlassen. Etwa 300 Arbeiter versammelten sich darauf das Lokal. Trotzdem erlangte nach einigen Auseinandersetzungen der Metallarbeiter-Deputationsrat Schlegel noch das Wort und die freisinnigen Zeitungen stellen immer noch fest, daß auch die zurückgebliebenen Versammlungsteilnehmer mit verdächtiger Teilnahme dem „Sirenenlied“ der Socialdemokraten zuhörten. Für die nächsten Versammlungen wurde den Socialdemokraten schon auf den Plakaten der Eintritt unter-sagt! Thatsächlich wurde diese Maßnahme nach dem reaktionären Vorbild der Konservativen und Antisemiten streng durchgeführt, man entließte sich gewaltsam der Gegner, die man geistig nicht treffen konnte. So hieß es auch in Weichen gleich zu Beginn der Versammlung: „Socialdemokraten raus!“ Von 70 Anwesenden gingen 50, 20 blieben zurück. Die Unorganisierten gingen mit ihren Genossen fort und mehrere Gewerkeinnehmer ließen sich aus Entrüstung über diese Verhältnisse in die Listen des Metallarbeiter-Verbandes eintragen. Ob solcher Erfolge schreibt selbst die freisinnige „Oberdeutsche Grenzzeitung“ am Ende ihres Versammlungs-Berichtes:

„Nachdem den ziemlich stark erschienenen Gewerkschaften so das Lokal verboten war, blieb nur eine kleine Zahl von Gewerkeinnehmern im Saale zurück. Wir bedauern diese feilschliche Auffassung, einer Auseinandersetzung mit dem Gegner auf so tömliche Art und dem Wege zu gehen. Eine Agitation, die gewissermaßen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet, ist keine Agitation mehr, sondern stellt in ihrem Wert nicht viel höher als eine vorher einstudierte Theateraufführung.“

Das müssen sich die Gewerkeinnehmer von ihren eigenen Parteigenossen sagen lassen!

Steuerdefraudanten. Im Jahre 1901 sind nach dem Bericht der Hamburger Steuerdeputation hier 432 Fälle der Hinterziehung von Steuern vorgekommen, gegen 400 im Jahre zuvor. Die Schuldigen wurden zur Nachzahlung von 382.159 M. Steuer und zu 74.385 M. Strafe verurteilt. Es ist bemerkenswert, daß darunter an erster Stelle sowohl der Zahl wie der hinterzogenen Summe nach die Rentiers stehen: 56 mit 117.197 M. zu wenig bezahlter Steuer, was über 2000 M. für den Einzelnen ausmacht. An zweiter Stelle kommen Kaufleute; hier werden in 26 Fällen 55.940 M. hinterzogen, also ebenfalls ganz erhebliche Beträge, die im Durchschnitt einem zu wenig ausgegebenen Jahreseinkommen von 30—40.000 M. entsprechen. Der Rest der zu wenig erhobenen Steuern verteilt sich auf Verufe mit geringeren Einkommen.

Trotzdem die Steuern in Hamburg die hohen Einkommen besonders niedrig belasten, ist die Zahl der Defraudanten unter den Rentiers und „königlichen Kaufleuten“ eine sehr beträchtliche. Der indirekten Steuer, die das Proletariat am schwersten belastet und die durch den neuen Postkurs eine ungeheure Erhöhung erfährt, kann sich auch der Klerus trotz aller Fingigkeit nicht entziehen.

Zum Vorstand der badischen Fabrikinspektion wurde als Nachfolger des verstorbenen Geh. Ober-Regierungsrats Wörtschöffer der preussische Regierungs- und Gewerbe-Dr. Wittmann in Trier ernannt. Danach beruhte die frühere, aus badischen Blättern entnommene Meldung, daß ein Beamter der badischen Fabrikinspektion zu Wörtschöffers Nachfolger ernannt sei, auf Irrtum.

Zur preussischen Landtagswahl. In einer Besprechung der preussischen Landtagswahlfrage führt die freisinnige „Nieler Zeitung“ aus:

Die Freisinnigen in Schleswig-Holstein haben keine Veranlassung, von ihrer bisherigen bei den Stichwahlen geübten Taktik abzuweichen.

Zur Befestigung dieser Taktik erinnern wir an die Ergebnisse der drei schleswig-holsteinischen Wahlkreise, in denen die Socialdemokratie bei der Reichstagswahl 1898 zur Stichwahl gelangte:

Apenrade-Hensburg:

Soedem.	Kattien.	Nationall.	Däne	Freis.	Volksp.	Jerzyl.
Hauptw.: 4016	4424	3747	3349	2521	13	
Stichw.: 5451	8145	—	—	—	—	—

Nord- und Süd-Dithmarschen:

Soedem.	Nationall.	Nationall.	Freis.	Vereinig.	Jerzyl.
Hauptw.: 8076	5549	8727	4862	16	
Stichw.: 10684	12789	—	—	—	—

Herzogtum Lauenburg:

Soedem.	Freisinn.	Freis.	Vereinig.	Jerzyl.
Hauptw.: 4056	4381	1846	9	
Stichw.: 4710	5490	—	—	—

Sehen wir von Dithmarschen ab, wo die Freisinnigen den Nationalliberalen zum Siege verholfen haben, so bleiben die beiden andern Kreise, wo sie keine Hand gerührt haben, um die Wahl eines Freisinnserbaten und eines Antisemiten zu hindern. Diese Taktik wünscht das maßgebende freisinnige Blatt der Provinz fortgesetzt zu sehen.

Und da wagt die „Voss. Ztg.“ zu verlangen, daß die Socialdemokratie bei den preussischen Landtagswahlen entgehend nur den Freisinn unterstütze? Will sie auch dagegen antworten, daß man die Herren von der „Nieler Ztg.“ zur reaktionären Masse rechnet? Öffentlich sehen die wirklich freisinnigen Blätter ein, daß sie bis zur künftigen Reichstags- und Landtagswahl noch ein tüchtiges Stück Aufklärungsarbeit in ihren Reihen zu leisten haben, wenn sie wirklich die Reaction bekämpfen wollen.

Ausland.
Oesterreich-Ungarn.

Zu den nationalstischen Kurben in Agram. Aus Agram wird vom Dienstag gemeldet: Die Untersuchung wegen der letzten Ereignisse ist bereits abgeschlossen. In Anlagenzustand verlegt worden 96 Personen, darunter vier Frauen, mehrere Hausbesitzer, Universitätslehrer und Journalisten.

Frankreich.

Nach André Belletan. Der jetzige Marineminister und ehemalige radikale Journalist und Politiker Belletan, der sich bislang nur durch ganz vernünftige Einschränkungen des Marine-Etats vor sich hatte reden machen, ist nun scheinbar ebenfalls von dem Redetoller befallen worden. Gleich seinem Ministerkollegen André hält er plötzlich phrasenreiche, chauvinistisch aufgepöbelte Reden. Nachdem er in einer Rede in Ajaccio die Notwendigkeit einer Verfestigung Korsikas betont hatte, dessen Ostküste nach dem Herzen Italiens zielt — eine seltsame Redewendung zur Zeit der italienisch-französischen Annäherung — hielt er am Montag in Viterbo eine ähnliche Rede, die zwar den nicht aggressiven Charakter der französischen Seerüstung betonte, immerhin aber allzuviel chauvinistischen Theaterdonner enthielt.

Der Minister hob sodann die Wichtigkeit Viterbos als Mittelpunkt der Verteidigung Frankreichs am Südgestade des Mittelmeeres hervor und prophezeite, daß es ein neues Karthago sein werde ohne die Laister und Rohheit des alten. Frankreich wolle aus dem Mitteländischen Meer sein französisches Binnen-gewässer machen; es sei geheilt von seinen Träumen von Welt-herrschaft. Aber ein Teil des Mittelmeeres sei französisch und werde französisch bleiben. Mit Viterbo, der mächtigen Säugwehre, die in gleicher Weise für den Angriff allseitig gelegen sei, ferner mit Korsika und Toulon vermöge Frankreich die Thür zwischen den beiden Hälften des Mittelmeeres, trotz Malta und Gibraltar, offen zu halten. Belletan betonte, er wünsche keinen Konflikt mit England oder Italien. Da man jedoch nicht wisse, was andre thun würden, sei es seine Pflicht, die heiligen Arme für das französische Vaterland gegen seine Feinde, wer sie auch seien, vorzubereiten. Es gebe in der civilisierten Welt keine Sicherheit mehr. Am Ende des 19. Jahrhunderts, nach der Niederwerfung Frankreichs durch die Barbarei des alten Germaniens, habe man einen Rückschlag ins Gewaltrecht und einen Angriff erlebt, während dessen die ganze Welt von dem Grundfah, daß Gewalt vor Recht gehe, beherrscht erschienen sei. Wir müssen, schloß Belletan, alle unsere Anstrengungen darauf richten, das Seine Frankreichs als Quelle der Gerechtigkeit und des Rechts instalt zu halten.

Belletan hätte sich diese Rede ruhig schenken können, selbst wenn er wirklich kein andres Mittel gegen das Gewaltrecht weiß, als auch seinerseits das wahnsinnige Beträgen zu Lande und zu Wasser nach Kräften anzustacheln. Belletans Verhalten beweist im übrigen, daß der aus Staatsruder berufene Radikalismus im Grunde ebenso reaktionär ist, wie eine aus Mitgliedern der Mitte oder der Rechten bestehende Regierung.

Wie das „Echo de Paris“ erzählt, soll wegen der Reden Belletans ein Konflikt zwischen diesem und dem Minister des Aeußeren Delcassé ausgebrochen sein, der über Belletans reduzierende Epigen gegen Italien äußerst aufgebracht sei. Das nationalstische „Echo“ behauptet sogar, der Volschaster Vortrere in Rom habe den Austrag erhalten, Prinetti durch Aufklärungen wieder zu verjöhnen.

Eine Gruppe junger Nationalisten veranstaltete gestern abend auf dem Boulevard eine Kundgebung. Sie durchzogen die Straßen, indem sie die Fremonterei verhöhnten und die Abzeichen derselben lächerlich machten. Es kam zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, wobei 10 Verhaftungen vorgenommen wurden.

Ein Toulouser Blatt berichtet, Beweise dafür zu haben, daß der frühere Justizminister Humbert an den Betrügereien seiner Enkelin, der Frau Humbert, beteiligt gewesen ist. Das Blatt wirft Waldeck-Rousseau vor, die Angelegenheit erstickt zu haben, um mehrere seiner politischen Freunde, welche dabei kompromittiert seien, zu retten, und fordert den Untersuchungsrichter auf, seinen Direktor zu vernehmen.

Niederlande.

Die Thronrede, mit der am Dienstag die Generalstaaten eröffnet wurden, erklärte, die Beziehungen zu dem Auslande seien nach wie vor sehr freundschaftliche. Die Nachwirkung einer Krise, die anderswo ausgebrochen sei, habe der Schiffahrt geschadet; die Lage des Handels und der Industrie seien zufriedenstellend, die der Landwirtschaft nicht ungünstig. Schlechte Ernten in einigen Gegenden Japans hätten eine große Unterstützung der Betroffenen seitens der Regierung erforderlich gemacht. Die Thronrede kündigt sodann Vorlagen über Erweiterung der Zudergesehung sowie über das Telegraphen- und Telephonwesen an. In andern Vorlagen werde um die Genehmigung der längst abgeschlossenen Konventionen über das internationale Privatrecht nachgefragt werden. Die Regierung von Surinam werde den Bau einer Eisenbahn von Staats wegen im Laiva-Territorium beantragen.

Italien.
Die Mehele in Gaudela.

Rom, 12. September. (Fig. Ver.) Fünf Landarbeiter in Gaudela in der Provinz von Foggia sind ermordet worden. Infolge einer Unterredung mit den Socialisten Abgeordneten Kollini und Barbato kann ich folgende Thatsachen berichten: Am 8. September sollten wie üblich die Jahresverträge erneuert werden; da aber die vertriebenen Landarbeiter von Gaudela diese Verträge nicht in der alten Form erneuern wollten, ließen sie am 7. September an den Mauern der Stadt einen neuen Tarif anschlagen, von welchem sie je ein Exemplar den betreffenden Gutsbesitzern ausgaben. Nach diesem neuen Tarif sollte der Arbeitslohn statt pro Jahr pro Tag festgestellt werden, und die Zahlung sollte nicht wie bisher teils in Lebensmitteln und teils in Geld, sondern in barem Gelde erfolgen. Die durchschnittliche Arbeitszeit wurde von 6 1/2 bis 9 Stunden und der Arbeitslohn für die Männer auf 1,10 bis 2,25 M., für die Frauen auf 70 Pf. bis 1,5 M. festgestellt. Die Gutsbesitzer aber weigerten sich, diese Bedingungen anzunehmen oder mit der Liga zu verhandeln. Am 8. d. Mis. waren die Genossen in ihrem Lokale versammelt, als sich plötzlich die Nachricht verbreitete, die Gutsbesitzer hätten geäußert, daß, wenn sie die unwürdig angelegenen Arbeiter auf ihre Felder bringen könnten, der Widerstand der Liga gebrochen wäre. Zur gleichen Zeit wurde das Gerassel von Wagen vernommen, welche thatsächlich dem Felde zuzuföhren. Unverzüglich liefen die Landarbeiter, begleitet von vielen

andern Arbeitern aus der Stadt, den anfahren den Wagen entgegen, um die Mitfahrer zum Abzuge zu bewegen. Während die meisten dieser Aufforderung Gehör leisteten, versuchten zwei Wagen weiterzufahren.

Hierdurch aufs äußerste empört, stürzten sich zwei Weiber gegen die Pferde und versuchten dieselben festzuhalten. Der in diesem kritischen Augenblicke herbeigekommene Präsident der Liga that sein möglichstes, die aufgeregte Menge zu beruhigen, und er hätte wohl auch seinen Zweck erreicht, wenn nicht gleichzeitig ein Brigadier der Karabiniere die Weiber bei den Armen gepackt hätte, als wollten er sie verhaften. Viele aus der Menge versuchten die Frauen zu befreien, während eine dieser letzteren dem Brigadier das Gesicht zertrug, und ein gewisser Carlo Lo Prete, Schuhmacher, der nichts mit der Liga zu thun hat und als ein mehrfach bestrafter Mensch bezeichnet wird, sich ebenfalls auf den Brigadier stürzte und ihm mit einem Stöckel nicht unerhebliche Kopfwunden beibrachte. Der Brigadier und der ihn begleitende Karabinier griffen nun zu ihren Revolvern und feuerten sämtliche Schüsse auf die Menge ab. Noch nicht zufrieden damit, ergrieff der genannte Brigadier die Brust eines der herbeigekommenen Gefährten und feuerte wie wahnsinnig auf die Menge. Er schob, nachdem die Menge bereits die Flucht ergriffen hatte, nach einander vier Menschen nieder, die keinen direkten Anteil an dem Aufstand genommen hatten. Hieraus geht hervor, daß das Gemisch nicht von den Soldaten, die nur wenige Schüsse abgaben, sondern von dem Brigadier, der allein 24 Schüsse abfeuerte, verübt wurde.

Während 5 Arbeiter erschossen und 10 schwer verwundet wurden, haben wir auf der andern Seite nur einen verwundeten Brigadier und einen Soldaten mit unbedeutender Verletzung, und ist es abso lut un wahr, daß die Soldaten durch Steinwürfe oder andre Waffen verletzt wurden. Wir befinden uns somit vor einer Wiederholung der Affäre von Verca mit einem neuen De Benedetti. Die bürgerliche Presse hat natürlich sofort aus diesen blutigen Ereignissen Nutzen gezogen, um die sozialistische Partei und hauptsächlich den Abg. Ferri anzugreifen und ihnen ihre intrasigente Propaganda vorzuwerfen. Durch ein solches Vorgehen aber wird nur neues Unheil angezettelt, da hierdurch das öffentliche Bewußtsein irre geführt wird.

Partei-Nachrichten.

Der Mensch in der kommenden Gesellschaft. Mehrere Parteiblätter warnen vor einer Schrift, die unter dem Titel, der dieser Notiz vorgeht, im Verlage von Richard Lipski in Leipzig erschienen ist und zum Preise von 60 Pf. verkauft wird. Die Schrift ist auch ungenügend, von uns jedoch achtslos beiseite gelegt worden. Aufmerksamkeit geworden durch die erwähnten Warnungen, haben wir uns die Sache angesehen und können uns danach den Warnungen nur anschließen. Das Ganze ist thörichtes Geschwätz und die 60 Pf. weggeworfenes Geld. Nur einige Citate daraus:

„Die Ehe ist unbelannt. Es finden nur vorübergehende Geschlechtsverbindungen statt. Empfinden zwei das Bedürfnis, sich geschlechtlich zu vereinen, dann erfolgt die Begattung. Niemand hindert sie.“

Die Begattung erregt keinen Anstoß. Sie erscheint jedem natürlich wie Essen und Trinken.“

Die Menschen beschäftigen sich nur noch mit Naturwissenschaft und Technik. Sie sprechen alle nur eine Sprache. Es giebt keine Zuchtämter, Gefängnisse, Gerichte, Kirchen, Denkmäler, Klertumsnützen, Theater. Die Musik, Poesie, Theologie und Geschichtswissenschaft sind unbelannt.“

Mit Atomen und Molekülen hantiert der Forscher wie die Kinder mit Spielsteinen. Ueber den Ursprung des organischen Lebens ist er so genau unterrichtet wie der Wäcker über die Kunst des Brotbackens. Nachdem er auf ca. 60 Seiten naturwissenschaftliche und philosophische Probleme behandelt hat, als wenn es Rechenexempel aus dem Zahlenraume von 1 bis 10 wären, sagt er:

„Ein klares Bild von der kommenden Gesellschaftsordnung entsteht nur im Geiste des Vernunftmenschen. Er allein ist es denn auch, dessen Streben sich vor allem auf die Umgestaltung der heutigen Gesellschaftsordnung richtet. Dieses Ziel, das höchste Ziel alles menschlichen Strebens ist erreicht, sobald die Mehrheit unseres Volkes die im Buche angeführten Thatsachen anerkennt.“

Raffe sich niemand verfeiten, für das dumme Zeug Geld wegzuzwerfen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Aus Danzig.

Die Art, wie unsren Danziger Genossen durch polizeiliche Maßregeln die Abhaltung jeder Versammlung in ihrem Parteilokal unmöglich gemacht wird, erregt schon seit längerer Zeit allgemeines Aufsehen. Die Polizei schlägt ihre Anordnungen auf die Behauptung, daß in dem Lokale sonstgesetzte Aufbestörungen vorgekommen wären. Der Umstand, daß sie auch einzelne Parteigenossen wegen der angeblichen Aufbestörungen und dergleichen dem Staatsanwalt überliefert hat, bringt sie aber in die unangenehme Lage, ihre Behauptungen auch beweisen zu müssen. In dem ersten Falle dieser Art, der jetzt die Gerichte beschäftigt, hat sie wenig Glück gehabt; es hat sich vielmehr gezeigt, daß unter Parteigenossen recht hatten, die freis behaupteten, die Aufbestörungen existieren lediglich in der Phantasie der Polizei; dennurhört worden seien nur die Versammlungsbesucher durch die polizeilichen Maßregeln.

Wegen Aufbestörung und Widerstand verhandelte das Schöffengericht in Danzig gegen den Genossen Grundmann. In dem vom Metallarbeiter-Verbande zum 1. Juni im Parteilokal abgerufenen Versammlungen, welches aber nicht abgehalten wurde, weil der Polizeipräsident es als politische Versammlung bezeichnete und die Teilnahme von Frauen untersagte, soll er sich dieser Vergehen schuldig gemacht haben. Wir haben seiner Zeit eingehend über die Vorgänge, welche damals zur Verhaftung des Genossen Grundmann führten, berichtet. Vor dem Schöffengericht erklärte er auf die Anklage, daß er vor dem Lokal getränt und dem Schynnam Alexnat vor die Brust gestossen habe, daß er nicht schuldig sei. Er sei damals freiwillig aus dem Lokal gegangen, als Polizeikommissar Bohnmann mit etwa 15 Schutzeuten die anwesenden neun Personen hinaus trieb, habe dann mit Erlaubnis des Kommissars seinen Hut geholt und sei wieder auf die Straße gegangen. Etwas später habe Berger, dessen Privatwohnung im gleichen Hause lag, ihn erlucht, in dieselbe zu kommen. Als er das thun wollte, hätten ihn die an der Sonetttür postierten Schutzeute daran gehindert. Er habe allerdings etwas lebhaft auf dieselben eingeredet und wohl auch, wie es seine Angewohnheit sei, mit den Händen gestikuliert. Die Leute, welche sich auf der Straße sammelten, seien eben wegen des großen Schynnam-Aufgebots stehen geblieben.

Die als Zeugen vernommenen Polizisten gaben sich die größte Mühe, konnten das Gericht aber nicht von der Richtigkeit der Anklagebehauptungen überzeugen. Interessant ist aus den Aussagen die des Polizeikommissars Bohnmann. Er erklärte, daß der Metallarbeiter-Verband ein politischer Verein sei und daß das Vergnügen verboten wurde, weil es als Versammlung nicht von Frauen besucht werden durfte. Er habe mit je zwei Schutzeuten aus den sechs Revieren den Auftrag erhalten, die Abhaltung des Vergnügens zu verhindern. Als er nach sechs Uhr ins Lokal gekommen sei, wären dort etwa neun Personen, darunter zwei Frauen, anwesend gewesen. Als er zu Berger und dessen Frau erklärte, das Vergnügen sei verboten, hätten ihm diese wie auch Grundmann erklärt, daß dasselbe nicht stattfinden werde und daß die Anwesenden nur Restaurationsgäste seien. „Trotzdem mußte ich ihre Anwesenheit für die Fortsetzung des verbotenen Vergnügens halten“, sagte der Herr Polizeikommissar.

Man sieht aus dieser Aussage, wie die Polizei dort verfährt. Das Gericht sprach Grundmann mit der Begründung frei, daß ihm insbesondere keine nochgewiesenen sei. Eines Widerstandes gegen Beamte in berechtigter Ausübung ihres Dienstes würde er sich dann schuldig gemacht haben, wenn er trotz der polizeilichen

Sperre in das Lokal hätte gehen wollen. Das war jedoch nicht seine Absicht. Er wollte die Bergerische, in demselben Hause belegene Privatwohnung besuchen und das durfte ihm nicht verweigert werden.

Aus Industrie und Handel.

Generalversammlung der deutschen Genossenschaftsbank.

Wenn die Behauptung sonst gut unterrichteter Kreise zutrifft, daß die erste Generalversammlung absichtlich beschlußunfähig gemacht wurde, um die erste Erregung sich verlaufen zu lassen und den Anträgen des Aufsichtsrats eine günstige Situation zu schaffen, dann hat der Wortlaut der gestrigen zweiten Generalversammlung gezeigt, daß diese Absicht gescheitert ist.

In Gegenwart zur ersten Generalversammlung war die gestrige Schwach bemut. Kaum 100 Personen waren erschienen, die 8 529 000 M. mit 14 215 Stimmen vertraten. Die freisinnige Partei wurde wiederum durch die Herren Hell, Langerhans, Müller-Sagan, Krenpf, den „verdienten“ Genossenschaftsanwalt Dr. Eringer und andre mehr repräsentiert. Die Diskussion über vom Aufsichtsrat unterbreiteten Anträge ließ bald erkennen, daß der Sturm der Entrüstung zu einem sonstigen Großen geworden war. Immerhin hat die inzwischen recht kräftig lautgewordene Kritik die berufsamtlichen Vorredner einer zwar unentwegt freisinnigen aber dennoch fahrlässigen Geschäftsleitung verurteilt.

Der Aufsichtsrat hatte belamlich beantragt, das am 1. Januar 1902 beginnende Geschäftsjahr mit dem 30. Juni 1902 zu schließen, so daß in Zukunft das neue Geschäftsjahr vom 1. Juli bis zum 30. Juni läuft.

Als Motiv dieses Antrags haben wir bereits in unserem „Wirtschaftlichen Wochenbericht“ vom 23. August (Nr. 107 des „Vorwärts“) neben dem Bestreben, möglichst bald die Aktien über die vorgekommenen Verluste zu schließen, die Absicht bezeichnet, schon für das nächste Halbjahr wieder auf die Kosten des Reservefonds eine Dividende zu verteilen. Würde das Geschäftsjahr 1902 am nächsten 31. Dezember schließen, dann müßte der in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres zu erwartende Gewinn mit auf den Verlust angerechnet werden. Dadurch würde zwar der Betrag, der zur Deckung des Verlustes dem Reservefonds entnommen werden soll, sich verringern — wenn man annimmt, daß der Gewinn des zweiten Halbjahres dem des ersten entspricht, um ca. 800 000 M. — aber dann könnte für das zweite Halbjahr keine Dividende gezahlt werden und die Konten würden noch mehr zusammenschmelzen.

Diese Auffassung wurde in der heutigen Versammlung auch von verschiedenen Aktionären vertreten: Aktionär Grohmann übernahm erklärte sich gegen die Veränderung des Geschäftsjahres, da dadurch die persönlich haftenden Gesellschafter und der Aufsichtsrat schon für das nächste Jahr in den Genuss der Tantiemen kommen würden. Zugleich spielt er darauf an, daß Vorstand und Aufsichtsrat für das nächste Geschäftsjahr auf ihre Tantiemen verzichten möchten. Auch der freisinnige Landtags-Abgeordnete Lüders — Odellig spricht gegen die Verlegung des Geschäftsjahres und leut nochmals die Aufmerksamkeit der Generalversammlung auf die Negativität der persönlich haftenden Gesellschafter. Der Art bisheriger Geschäftsführung müsse ein Riegel vorgehalten werden, sonst können sich Ereignisse wie die jetzigen bald einmal wiederholen. Ferner fordert er, daß bei dem Rückgang der Aktien ein Modus gewählt werde, bei dem der Aktionär mehr berücksichtigt werde. Auch verschiedene andre Aktionäre sprachen gegen die Statutenänderung und verlangten, daß die Bank die Aktien einfach an der Börse zurückkaufe.

Die persönlich haftenden Gesellschafter Weill und Rechtsanwalt Meißner bekämpften diese Vorschläge als undurchführbar.

Endlich wird vom Aufsichtsrat und den Gesellschaftern die Erklärung abgegeben, daß sie für das nächste Geschäftsjahr vom Juni 1902 bis Juni 1903, wenn der Antrag auf Verlegung des Geschäftsjahres Annahme finde, auf ihre Tantieme verzichten würden.

Darauf wird der Antrag des Aufsichtsrats bezüglich der Umänderung des Geschäftsjahres in Verbindung mit dem Antrag auf Reduktion des Grundkapitals von 36 Millionen auf 30 Millionen angenommen. Der Rückgang der Aktien im Betrage von 6 Millionen erfolgt freihändig zum Kurse von 102 Proz. franco Zinsen. Nun folgten die schwersten Vorwürfe gegen den Aufsichtsrat, der, nachdem er seine Anträge gestrichelt wühlte, mit keinem Wort reagierte. Grohmann berührt die Unrichtigkeit der vorletzten Bilanz und grobe Fahrlässigkeit der gesamten Verwaltung. Von anderer Seite wird ein Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Revision der letzten Bilanz gestellt.

Stadtkämmerer Krenpf versucht eine, wenn auch verächtliche, Ehrentilgung der Geschäftsleitung. Herr Siebert habe das Vertrauen, das man in ihn gesetzt hat, getrübt, alle andern hätten ihre Pflicht getan. Die Einsetzung einer Kommission würde nur das Ansehen der Genossenschaftsbank schädigen. Regreppflichtig sei allein Herr Siebert, von dem aber sei nicht viel zu holen. Jedes Gutachten von Bankiers und Anwaltsen würde bezweigen, daß das Verhalten des Aufsichtsrats unanfechtbar sei.

Ein Aktionär wies darauf hin, daß Dr. Eringer erklärt habe, schon im Jahre 1898 auf die Gefahr einzelner Posten hingewiesen zu haben, daß aber trotzdem Herr Dr. Eringer und die andern Herren vom Aufsichtsrat den Aktionären gegenüber geschwiegen hätten, somit an allen Vorkommnissen mitschuldig seien.

Lüders-Odellig fordert nunmehr, daß die Kommission sich auch damit zu befassen habe, inwiefern die persönlich haftenden Gesellschafter einschließlich der Herren Parfins und Siebert haftbar zu machen seien. — Warum die Antragsteller den Aufsichtsrat von von der Regreppflicht anschießen wollen, ist nicht erklärlich.

Der Antrag auf Einsetzung einer Revisionskommission wird im Vertrauen auf die bewährte Geschäftsleitung abgelehnt, und Herr Lüders zieht seinen Ergänzungsantrag als ansichtslos zurück.

Mit tiefem Schweigen folgte der „Sieger von Krenpf“, wie der Genossenschaftsanwalt Dr. Eringer jetzt mit Vorliebe in freisinnigen Kreisen benannt wird, den Verhandlungen. Ganz wider seine Gewohnheit verhielt er in vornehmer Zurückhaltung, nichts vernag ihn hervorzuheben, ihn scheint nach neuen „Siegen“ nicht zu gelüsten. Die Bilanz wird natürlich genehmigt, Decharge erteilt, zwei neue Aufsichtsräte, Staatsminister a. D. Dr. v. Streng und Stadtrat Gasse-Gera werden gewählt.

Oberschlesische Roheisen-Produktion. Nach den Ermittlungen der hiesigen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller betrug die oberchlesische Roheisen-Produktion im Monat August 59 222 Tonnen gegen 64 857 Tonnen im August 1901 und 59 715 Tonnen im Juli d. J. Bis Ende August betrug die Erzeugung 448 838 Tonnen (im Vorjahre 433 704 Tonnen). Zur Ausfuhr gingen im August 690 Tonnen (im Vorjahre 2175 Tonnen), seit 1. Januar 3631 Tonnen.

Leipziger Bank. Die Absicht, den Aufsichtsrat der Leipziger Bank regreppflichtig zu machen, scheint trotz des ungünstigen Ausgangs, der von verschiedenen Seiten einem Prozeß prophezeit worden ist, noch immer nicht aufgegeben zu sein. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats der Leipziger Bank in Kontors wurde auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Blumenfeld-Gamburg, welcher 2400 000 M. Aktien deponierte, beschloffen, behufs Geltendmachung von Ansprüchen gegen den früheren Aufsichtsrat und die Kontorsmasse eine Generalversammlung der Aktionäre auf den 10. November einzuberufen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Bleigläser, Glasmaler und Messinggläser! Einem sauberen Patron hat die Streikleitung sein eheliches Handwerk gelegt.

Unter den Streikenden der Firma Ernst Badewitz befand sich auch der Klempergehilfe (Messinggläser) Georg Wlgrimm. Dieser saubere „Kollege“ war mit der Gesamtheit am 3. d. M. aus freiem

Willen in den Ausstand getreten und erhielt demnach die festgesetzte Streikunterstützung. Man konnte ihn in allen Versammlungen und für alle Anträge und Resolutionen, die eine Förderung und strikte Innehaltung des Streiks bezweckten, seine Stimme abgeben lassen. Er gebärdete sich als guter Kollege, der seine Sache vertrat.

Doch nur zu halb oder besser zu spät sollten die Kollegen merken, daß sie auf ganz gemeine, frivole Art von dem sauberen Patron betrogen wurden. Bis zum 12. d. M. meldete er sich zur Kontrolle.

Zu derselben Zeit ging das Gerücht, daß bei der Firma Badewitz des Nachts gearbeitet wird. Diese Werkstatt wurde nun im Auge behalten und man erkannte zum Erstaunen aller Kollegen den Streikunterstützung beziehenden Gehilfen Georg Wlgrimm als den Nachtarbeiter, welcher hinter mit Blech und Pappe bedeckten Fenstern arbeitete, um am andern Tage wieder für eine Fortdauer des Streiks zu stimmen.

Doch hatte er wohl Wind bekommen, daß er beobachtet wurde, und er kam den andern Tag nicht mehr zur Kontrolle.

Das Verhalten des Betreffenden ist um so verwerflicher, als der Streik der Bleigläser, Glasmaler und Messinggläser vorzüglich steht und bald auf eine vollständige Anerkennung der Forderungen von Seiten der Arbeitgeber zu hoffen ist.

Deutsches Reich.

Buchdrucker-Verband und Buchdrucker-Gewerkschaft. Belamlich hat die Gewerkschaft Einigungs-Verhandlungen mit dem Verbande angebahnt. Infolgedessen haben kürzlich Beiprochungen zwischen den beiderseitigen Vertretern stattgefunden. Man kam dahin überein, daß die Gewerkschaft als Vorbedingung der Verhandlungen wegen ihres Beitritts in den Verband dessen organisatorische und tarifliche Zustände anerkennen und sich mit den Verbandsstatuten einverstanden erklären solle. Eine Erklärung in diesem Sinne ist dann später durch Beschluß der Gewerkschaft abgegeben worden. Es galt nun, die Bedingungen der Vereinbarung selbst zu beraten. Hierbei spielt der belamlich Konflikt des Verbandes mit der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ eine große Rolle. Wie er immerlich sein dürfte, ist diese Druckerei seit jenem Konflikt im November 1900 für Verbandsmitglieder gesperrt und ausschließlich durch Gewerkschaftsmitglieder besetzt. Bevor diese Angelegenheit nicht in einer sowohl für den Verband als auch für die Gewerkschaft zufriedenstellenden Weise geregelt ist, kann an das Zustandekommen der Einigung nicht wohl gedacht werden. Es kamen deshalb Vertreter der Leipziger Mitgliedschaft des Verbandes mit denen der Gewerkschaft zusammen, um die Bedingungen zu besprechen, unter denen die Sperre über die „Leipziger Volkszeitung“ aufgehoben werden könne. Die Verbandsvertreter hielten im Prinzip an der Forderung fest, daß allen 31 Verbandsmitgliedern, die infolge des Konflikts aus der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ ausgeschieden sind, ihre damaligen Stellen ohnegehalten werden, in Vollständigkeit würde aber nur ein Teil der Ausgetretenen — wie viele wisse man nicht — von dieser Forderung Gebrauch machen. Andererseits haben sich von den jetzt in der „V.“ beschäftigten Gewerkschaftsmitgliedern zwölf bereit erklärt, ihre Stellen aufzugeben, um dadurch ihre Bereitwilligkeit zum Frieden zu bekunden. — In diesem Stadium wurde die bis dahin zwischen den beiderseitigen Vertretern verhandelte Angelegenheit einer Versammlung der Leipziger Mitgliedschaft des Verbandes, die am 12. September stattfand, zur Entscheidung vorgelegt. Es wurde lebhaft diskutiert. Fast alle Disziplinardredner bezeugten das Angebot der Gewerkschaft als nicht weitgehend genug, auch gab man der Meinung Ausdruck, die Gewerkschaft habe so wie so abgewirtschaftet und der Verband habe keine Ursache, ihr Konzessionen zu machen. Der Vorsitzende Engelbrecht, der das Referat erstattete, nahm einen durchaus objektiven Standpunkt ein. — Die Debatte endete mit der einstimmigen Annahme der folgenden Resolution:

„Die am 12. September im Theatersaale des Kristallpalastes tagende, von 2000 Mitgliedern besuchte Versammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergehilfen erklärt, einer Aufnahme der Gewerkschaft in den Verband nur unter der Bedingung zustimmen zu können, wenn dem am 24. November 1900 ausständig gewordenen Personal der „Leipziger Volkszeitung“ auf Grund des Vermittlungsvorschlages des Parteivorstandes vom 5. Dezember 1900, und im Hinblick auf den Anspruch des Reichstagsabgeordneten A. Bebel, welcher den Ausständigern principiel und moralisch Recht gab, ihre innegehabten Plätze bis zu einem bestimmten Termine offen gehalten werden.“

Die Versammlung erwartete, daß bei den eventuell stattfindenden Einigungsverhandlungen seitens der Vertreter des Verbandes der Deutschen Buchdrucker den Forderungen der Leipziger Mitglieder Rechnung getragen wird, zumal die seiner Zeit ausständig gewordenen 31 Kollegen, wovon 27 verheiratet waren und 65 Kinder zu ernähren hatten, nicht um persönlicher materieller Vorteile willen, sondern lediglich im Interesse des Verbandes ihre jahrelang innegehabten Stellen aufgaben, um den gegen den Verband gerichteten Angriff in Gemeinschaft mit der Leipziger Mitgliedschaft abzuwehren.“

Zum Schluß bemerkte der Vorsitzende: Mit der Annahme dieser Resolution übernehmen Sie auch die Verpflichtung, alle Konsequenzen zu tragen, welche sich auf diese Resolution knüpfen können. Der Vorstand würde es begrüßen, wenn auf Grund dieser Resolution eine Verständigung mit der Gewerkschaft zu Stande käme. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß auf Grund dieser Resolution Komplikationen mit dem Verbandsvorstande und den Gewerkschaften entstehen können.

Verhängnisvolle Vergeßlichkeit. In Mannheim ist, wie wir kürzlich mitteilten, das Proportionalstystem für die Gewerbegerichts-wahlen eingeführt. Die Hirsch-Dumckerschen und die christlichen Gewerkschaften hatten sich für dieses System ganz besonders ins Zeug gelegt, während die freien Gewerkschaften, obwohl sie kein Interesse an der Einführung der Verhältniswahl hatten, dieselbe lediglich aus Gründen der Gerechtigkeit befürworteten. Vor einigen Tagen lief um der Termin zur Einreichung der Kandidatenlisten der Parteien ab, und stellte sich auffallenderweise heraus, daß nur die freien Gewerkschaften ihre Vorschläge eingereicht hatten, während die andern dies ganz vergaßen. Infolge dessen ist die eigentümliche Situation eingetreten, daß bei der Wahl die Vorschläge der freien Gewerkschaften einstimmig durchgehen, während die Gegner, die allein Vorteil von dem Proportionalstystem gehabt hätten, infolge ihrer Vergeßlichkeit ohne Vertreter bleiben.

Versammlungen.

Die vereinigten Tischlermeister und Holzindustriellen hielten am Montag eine Generalversammlung ab, in der zur Frage des paritätischen Arbeitsnachweises resp. zu der vom Vorstand empfohlenen allgemeinen Aussperrung der gesamten Holzarbeiter Stellung genommen wurde. Von den Vertretern des Holzarbeiter-Verbandes Glöckle und Waack war vorher um Zutritt zur Versammlung und freie Aussprache ersucht worden, doch hatte der Vorstand dies Ersuchen abgelehnt. Als Hauptredner traten die Herren Friedrichsen, Woy, Hahardt, sowie der aus dem Klemperstreik bekannte Herr Raffe auf. Vertreter des Arbeitsnachweises führten die Redner aus, man könne denselben doch nicht nach der Hornamstraße in das städtische Gebäude verlegen, denn dort sei die Unzufriedenheit der Arbeiter mit den bestehenden Verhältnissen gerade durch die jetzt schon daselbst betriebene Arbeitsvermittlung hausweise angepeitert. Wenn erst die Tischlergehilfen in jenes Gebäude gehen müßten, dann würde die Unzufriedenheit noch größer, weil sie dort immer mit andern Elementen in Berührung kämen, die mit ihnen über Dinge sprächen, die ihnen Gelingen überhaupt nichts angingen. Weiter sei es unmöglich, den von den Geistesgewaltigen unparteiischen Vorsitzenden zu acceptieren. Ferner könne nicht zugegeben werden, daß Arbeitssuchende in einem paritätischen Nachweis auf etwaige Differenzen in etwaigen Be-

trieden aufmerksam gemacht und dadurch von der Annahme der Arbeit abgehalten werden. Am entscheidendsten aber müsse man an der Beibehaltung der Entlassungsregeln festhalten, denn diese seien keine Entwürdigung, sondern eine Wohlthat für die Gesellen. Nachdem die Gesellen aber für das Wohlwollen und das so außerordentliche Entgegenkommen der Arbeitgeber (H) so wenig Verständnis gezeigt haben, so müsse jetzt mit allen Mitteln die Durchführung des einseitigen Arbeitsnachweises betrieben werden, es lasse sich was es wolle. Leider müsse zugegeben werden, daß der jetzige Arbeitsnachweis in der Alexanderstraße die auf ihn gelegten Hoffnungen nicht völlig erfüllt habe; doch gerade weil dem so sei, müsse man jetzt zum Ausschließen forschen. Der einseitige Arbeitsnachweis bilde, wenn durchgeführt, eine ungeheure Macht in den Händen der Arbeitgeber; so aber wie er jetzt funktioniere, seien Zustände geschaffen, die einfach so nicht weiter gehen könnten. Man stehe tatsächlich vor der Frage, entweder das Aushäufeln zu riskieren, indem man die Arbeiter sämtlich ausperre, oder mit dem ganzen Arbeitsnachweis einzupacken, und letzteres sei gewissermaßen gleichbedeutend mit der Sprengung der Arbeitgeberorganisation. — Aus diesen Gründen beantrage der Vorstand: „Die Versammlung möge beschließen, am 15. Oktober im ganzen Gewerbe sämtliche Arbeiter auszusperrn, die bis dahin den Innungsnachweis weder passiert noch anerkannt haben.“ Offenbar hatte der Vorstand auf Annahme seines Antrags gerechnet, denn der Versammlung wurden Stimmzettel folgenden Inhalts vorgelegt:

Stimmzettel.

Hierdurch verpflichte ich mich, den Beschluß der Generalversammlung der Tischlermeister und Holzindustriellen vom 15. September 1902 zur Ausführung zu bringen und alle Arbeiter zu entlassen, welche bis zum 15. Oktober den Arbeitsnachweis der Berliner Tischlermeister weder passiert noch anerkannt haben.

Ich beschäftige gegenwärtig . . . Arbeiter, welche noch nicht durch den Nachweis gegangen sind.
Berlin, den 15. September 1902.

Name
Wohnung

Es kam jedoch anders, denn der „Beschluß“ wurde gar nicht erst gefaßt. Die Herren Wege und Rodel hatten nämlich Gegenresolutionen eingebracht, in denen gefordert wurde, nochmals mit dem Vorstande des Holzarbeiterverbandes wegen Errichtung eines partiitären Arbeitsnachweises in Unterhandlung zu treten, dabei den Arbeitern aber ein größeres Entgegenkommen wie bisher zu bewilligen. Zur Begründung ihrer Resolutionen erklärten beide Herren: Die Referenten hätten keine Forderung, sondern in Wirklichkeit eine Gamade gefaßt, auch kämen die Ausführungen des Vorstandes betreffs des Innungsnachweises einfach einer Banerfortklärung gleich. Dieser unglückselige Nachweis vermittelte zwar hin und wieder einige Arbeiter, doch die seien auch danach, Handwerker und Erdarbeiter wurden den Meistern von dort angeführt, nur keine brauchbaren Tüchtler. Die paar brauchbaren Leute, die sich dort überhaupt melden, schide man auch noch in die großen Betriebe, während man die kleinen Meister zappeln lasse. Wenn letztere sich denn notgedrungen anderwärts nach Leuten umsehen, dann mag sie der Innungsvorstand ebenfalls noch an, völlig ungesetzmäßige Strafen für sie anzudrohen, an die sich glücklicherweise niemand lehre. Der Arbeitsnachweis in der Alexanderstraße sei der Faustapfel im Tischlergewerbe; man habe angeblich Ruhe und Frieden damit schaffen wollen, statt dessen habe man einen erbitterten Kampf heraufbeschworen, dessen Ende noch gar nicht abzusehen sei. Man könne es auch keinen Arbeiter verdanken, wenn er sich diese lästige Meisterkontrolle nicht gefallen lassen wolle. Jeder anwesende Meister wolle, wenn er jetzt Geselle wäre, nicht allein ebenso handeln, sondern den Entlassungschein dem Arbeitgeber einfach zerreißen vor die Füße werfen. Dieser Schein bringe den Gesellen ja in ein förmliches Gefinde-Dienstverhältnis, und doch habe er das selbe Recht, beim Verkauf seiner Arbeitskraft mitzupreisen, wie der Meister. Uebrigens sei der jetzige Arbeitsnachweis garnicht durch einen rechtmäßigen Versammlungsbeschluß errichtet worden, vielmehr sei das Ding als vollendete Tatsache vom Vorstandlich aus in die Versammlung hineingezeichnet gekommen.

Jetzt zeige sich, was man damit angerichtet habe. Der Nachweis in der Alexanderstraße sei das reine Warenhaus zum Verkauf minderwertiger Arbeitskräfte. Es gehe hiermit gerade so, wie mit allen übrigen Maßnahmen des Innungsvorstandes; dem kleinen Meister wolle man stets helfen, dabei würde man ihn je eher je lieber ab. Das seien die Früchte des Innungsnachweises und des modernen Herrenstandpunktes. Um diesem zu fröhnen, ruiniere man in blinder Wut noch das ganze Gewerbe; um eines Phantoms willen wolle man eine nutzlose, folgenreiche Ausperrung vornehmen, und doch lasse sich die ganze Differenz durch ein wenig Verzicht und Nachgiebigkeit sehr leicht erledigen.

Was es schon während dieser Ausführungen zu erregten Weisfallen und Mißfallungsgebungen gekommen, so steigerten sich diese zu einem wahren Tumult, als sich Herr Rahardt und andre in ihren Eingebungen zu persönlichen Angriffen hinreihen ließen. Der Vorsitzende machte mehrfach vergeblich den Versuch, die Ruhe wieder herzustellen. Worte wie „Verständnis“, „ehrlos“, „Gemeinheit“ und eine ganze Reihe ähnlicher Kraftausdrücke flogen nur so durch den Saal, es gab Klage-Androhungen, Prüfte ballten sich, es schien, als sollte es zu Tätlichkeiten kommen. Kurz, ein allgemeiner, regelrechter Radau, dessen Wirkung sich bis zum Schluß bemerkbar machte. Nachdem noch eine Anzahl Redner in mehr oder minder leidenschaftlicher Weise gesprochen, kam man nach Mittagsnacht zur Abstimmung. Von den ca. 1000 Anwesenden stimmten per Allomation etwa die eine Hälfte für, die andre Hälfte gegen den Vorstandsantrag. Der Vorsitzende proklamierte das erstere als Majorität; nach heftigem Widerspruch erfolgte die zweite Abstimmung, das Resultat war daselbe wie vorher. Nun erklärte der Vorstand, es sei unmöglich, auf diese Art zu einem praktischen Ergebnisse zu kommen. Ein Redner erklärte hierauf die Versammlung überhaupt für incompetent, in einer so wichtigen Frage Beschluß zu fassen; von ca. 2700 Meistern seien nur etwa 1000 Mann erschienen, die Hälfte hiervon sei gegen die Ausperrung; redne man hierzu noch die große Mehrzahl der aus dem Verdrub über die Vorstandspolitik ferngebliebenen, so ergebe sich, daß die übergroße Mehrheit der Meister von der Ausperrung nichts wissen wolle. Beschlüsse fassen und beschließen halten, sei aber sehr zweifelhaft, diese Erfahrung habe ja auch Herr Rasse mit seinen „Miedmännern“ erst kürzlich machen müssen; er beantrage deshalb eine Urabstimmung. Am überhaupte zu einem Resultat zu kommen, wurde schließlich unter allgemeiner Thräne folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung spricht dem Vorstand ihre Vertrauen aus und beauftragt denselben, für die Ausperrung einen späteren Termin als den 15. Oktober ins Auge zu fassen; auch muß aber die Ausperrung eine Urabstimmung veranlassen werden.“

Mit der Ausperrung scheint es demnach noch gute Wege zu haben, denn der Vorsitzende erklärte: Meine Herren, Sie kennen unsere Tischlermeister schlecht; wenn die eine Urabstimmung vornehmen wollen, dann haben wir noch einem Vierteljahr noch nicht 100 Antworten in Händen.

Eine Versammlung zusammenkommen, und dann mit Hinzuziehung eines arbeitserfindlichen Beschluß durchzuführen, ist allerdings bequemer, gelingt aber zum Glück nicht immer, wie vorstehendes Beispiel zeigt.

Eine öffentliche Versammlung der Bäckerarbeiter, die am Dienstag in den Germania-Sälen tagte, beschäftigte sich mit dem Verbandstag der Bäckermeister in Köln a. Rh., über dessen Verhandlungen wir seiner Zeit das Wesentlichste berichteten. Nach einem

ausführlichen Referat von Fr. Scheider über die reaktionären, arbeitserfindlichen Bestrebungen und Beschlüsse des Verbandstages und nach einer längeren Diskussion, in der auch die überaus traurigen Zustände, wie sie trotz der Bundesratsverordnung gegenwärtig im Bäckereibetriebe herrschen, einer heftigen Kritik unterzogen worden sind, wurde folgende Resolution beschloffen: „Die Versammlung der Bäckermeister und Innungen erklärt, daß sie vom Verbandstag der Bäcker-Innungen in Köln keinen andern Ausgang erwartet hat. Die Bäckermeister sind überzeugt, daß das ganze Erbe der in den Innungen organisierten Meister nur darauf gerichtet ist, ihre Gesellen und deren Bestrebungen zu unterdrücken sowie jeden Fortschritt zu bekämpfen.“

Die Versammlung erklärt, ihren Weg zur einseitigen Befreiung der Arbeiter ruhig weiter zu geben, unbeeinträchtigt um das Geschrei der Innungen. Die Versammlung ist sich bewußt, daß sie den Unterdrückungsgehilfen ihrer Meister nur dann erfolgreich Widerstand entgegenzusetzen, sowie die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern kann, wenn die Gesellen so stark und kräftig organisiert sind wie ihre Meister. Pflicht eines jeden Bäcker-Arbeiters ist es deshalb, sofort dem deutschen Bäckerverband beizutreten.“

Mitgeteilt wurde noch, daß im Bezirk Norden die Bäckermeister schon am 15. d. Mts. per Karte davon in Kenntnis gesetzt worden sind, daß am 17. die Versammlung der Innung revidieren werden. So wie hier wird im allgemeinen verfahren und es ist klar, daß derartige Revisionen nur zum Schein vorgenommen werden.

Als Kandidat für die Gewerbegerichtswahlen wurde Heyshold von der Versammlung nominiert.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hielt am 10. d. Mts. seine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand u. a.: „Stellungnahme und Aufstellung von Kandidaten zur Gewerbegerichtswahl.“ Hierzu wurde beschloffen, trotzdem die Verbandskollegen beschloffen haben, unter aufzustellenden Kandidaten nicht anzuerkennen, 3 mitrer Kollegen (die Mandate laufen in diesem Jahre ab) wieder aufzustellen. Als Kandidaten wurden Heller, Herforth und Dönke aufgestellt.

Gerichts-Beilage.

Der seiner Zeit flüchtig gewordene frühere Gerichtsvolzhilfer Paul Kanneberg stand gestern mit der Anklage der Unterschlagung vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Den Vorsitz führte Landgerichts-Direktor Oppermann, die Anklage vertrat Erster Staatsanwalt Cretschmar, die Verteidigung führte Rechtsanwält Dr. Werthner. Der Angeklagte ist beschuldigt, fortgesetzt Unterschlagungen an amtlichen Geldern im Gesamtbetrag von etwa 3000 Mark begangen zu haben. Er hat fast zwanzig Jahre der Kaiserlichen Marine angehört und dort die verschiedenen Chargen vom Schiffsjungen bis zum Feldwebel bekleidet. Er ist mit dem Führungszug „Sehr gut“ abgegangen. Im Jahre 1898 bestand er die Gerichtsvollzieher-Prüfung und wurde am 14. Juli 1898 zum Gerichtsvollzieher ernannt. Ende August 1901 hat er sich heimlich aus seiner Wohnung entfernt und ist beglückt von der Frau eines Kaufmanns Schumann, von hier nach Amerika geflüchtet. Eine sofort vorgenommene Revision ergab, daß er seit dem Frühjahr 1901 in ca. 40 Häfen Geldbeträge, die er für Parteien, sei es im Wege von Zwangsversteigerungen, sei es aus Auktionserlösen vereinnahmt hatte, nicht an seine Auftraggeber bezug auf die Staatskasse abgeführt hatte. Die Gesamtsumme ist auf 2450 M. ermittelt. Ende 1901 ist der Angeklagte in Chicago schiffenommen und im Mai d. J. nach hier ausgeliefert worden. Die Auslieferung ist von den amerikanischen Behörden unbeschränkt bewilligt und verfügt worden. Der Angeklagte, der bei seinen ersten Vernehmungen in der Voruntersuchung zugegeben hatte, daß er in zahlreichen Fällen Geldbühren, die er für die Staatskasse einzuziehen hatte, nicht abgeliefert und ebenso die oben genannten 2450 M. an die Verwalterberechtigten nicht abgeführt habe, erklärt sich dennoch für nichtschuldig. Er will nicht wissen, wie die Geldbeträge entstanden und wo die tatsächlich von ihm vereinnahmten Gelder geblieben sind, denn er behauptet, daß er infolge eines vor längerer Zeit erlittenen Unfalls unzurechnungsfähig sei. Der Unfall soll sich 1898 zugezogen und darin bestanden haben, daß ihn während einer Seefahrt bei flürmendem Wetter ein Tisch auf den Kopf gefallen sei. Er behauptet, daß sich daraus eine latente Kopfkrankheit entwickelt habe, die nach der neuen Gerichtsvolzhilfer-Organisation zum Ausdruck gekommen sei. Er sei durch diese zu Geldstrafen gezwungen und mit Arbeiten überlastet worden und habe sich infolge seiner Krankheit in seinen Obliegenheiten nicht mehr zurechtfinden können. Demgegenüber wird behauptet, daß er schon seit Frühjahr 1901 sehr bummelig gewesen sei, sich tagelang auf dem Bureau nicht habe sehen lassen, Parteigelder mit eigenem Geldern vermischt, Geldbeträge nicht in seine Register, insbesondere in das zur Kontrolle bestimmte Vollstreckungsbuch eingetragen habe u. d. Ferner steht fest, daß er, obwohl er seit 1898 verheiratet und Vater zweier Kinder ist, ein Verhältnis mit der Frau Schumann unterhalte. Er will glauben machen, daß er ein Opfer des Ehepartners Schumann geworden sei. Die Eheleute hätten ihn ganz planlos umgarnt, weil sie, wie er behauptet, seinen krankhaften Zustand besser erkannten, wie seine vorgesetzte Behörde und er löste sich das Fehlen der Gelder nur dahin erklären, daß, wenn er bei Schumann zum Besuch war, ihm Gelder gestohlen sein müßten. Er hat überhaupt ein Schuld auf die Eheleute Schumann zu schieben und behauptet, daß Frau Schumann ihn zu der gemeinschaftlichen Flucht nach Amerika überredet, daß er selbst sich zu der Reise 500 M. abheborat, Frau Schumann aber zweifelloso ein mit ihrem Mann abgestartetes Spiel getrieben habe, denn sie habe ihrem Manne von allen Stationen Mittelungen über ihren Aufenthalt gemacht. Im übrigen trage auch seine vorgesetzte Behörde einen großen Teil der Schuld an seinem Unheil, denn er habe aus Grund der Verfügungen des Präsidenten des Amtsgerichts seinen Auftraggebern monatlich etwa 200 M. zu kreditieren gehabt, ohne daß ihm Mittel zur Gewährung des Kredits zur Verfügung ständen. — Der Gerichtsarzt Dr. Puppe hat den Angeklagten seiner Zeit auf Anordnung des Gerichts untersucht. Nach dem Gutachten des Dr. Puppe ist der Angeklagte ein nervöser Mensch, ein Neutralisierer, aber nicht unzurechnungsfähig. — Nach den Feststellungen des Rechnungs-Präsidenten Fallgraf seien die Unregelmäßigkeiten des Angeklagten hauptsächlich in die Zeit vom 1. Januar bis 1. Juli 1901, nach den Probachmann des ehemaligen Schreibers des Angeklagten war dessen Geschäftsführung durchaus lichterlich. Nach seiner Flucht fand man in der Kasse nur wenig über 3 M. vor. Der Staatsanwalt beantragte 4 Jahre Gefängnis. Ehrverlust und Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter. Der Gerichtshof beschloß die Ablehnung des Verurteilungsantrags und verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren und dreijährigem Ehrverlust.

Parteitag

der deutschen Socialdemokratie.

Dienstag-Nachmittagssitzung.

München, 10. September. (Privat-Telegramm.)

In der Nachmittagsitzung wird die Polenfrage besprochen. Bogowski, Polen und Heymann, Breslau treten für die Resolution zugunsten ein und wenden sich gegen Bebel's Verjüngungs-Anwendem. Weitere Eingangsversuche mit den nationalitätlichen Polen würden doch resultatlos sein. Winter-Deutsche gibt eine Darstellung der Entwicklung des Streites und hält, wenn er auch dem Amendement Bebel zustimmt, es für fraglich, ob der Gegensatz sich so beseitigen lassen werde. Genosin Luxemburg bestreitet, daß es sich um einen Nationalitätsstreit innerhalb der Socialdemokratie handle. Es handle sich nur um eine Spaltung innerhalb der polnischen Socialdemokratie, um den einseitigen Standpunkt einer Minorität. Nicht als Polen oder Deutsche, sondern als Socialdemokraten haben wir die Reichstags-Kandidaten aufzustellen. Die Wiederherstellung des polnischen Nationalstaates sei ein Streik um des Kaisers Willen. Die Minorität wolle die Befreiung Polens mit der Befreiung der polnischen Arbeiter von der Socialdemokratie beginnen. Die Rednerin acceptiert Bebel's Amendement ohne besondere Hoffnung auf eine Verständigung. Ledebour bekämpft den Antrag Luxemburg, der wie Scheidewasser wirken müsse. Zum Glück mobilisierte ihn Bebel, aber eigentlich sei nur ein Protest gegen die Doppelkandidaturen nötig. Frau Luxemburg habe alles gethan, um die polnischen Socialdemokraten aufzubringen. Redner verweist auf den Fall Kasparyk, dessen Auffassung die Polen zur Rebellion getrieben habe. Bebel verteidigt in großer Rede, die starken Eindruck macht, sein Amendement. Er habe aus dem Antrag Luxemburg nur acceptiert, was der historischen Wahrheit entspreche, im übrigen sei sein Standpunkt von dem der Genosin Luxemburg abweichend. In eingehender historischer Darstellung weist Redner auf die ganz gegebenen Leistungen der deutschen Partei für die polnischen Genossen hin. Auch mit der besonderen polnischen Organisation sei man einverstanden gewesen, aber die eigene Organisation müsse sich genau wie in Oesterreich in die Gesamtorganisation einfügen, und der deutsche Parteitag müsse auch von den Polen als oberste Instanz anerkannt werden. In den letzten Jahren habe man deshalb das Dinstudium zerschneiden müssen, zumal in dem polnischen Partei-Organ die socialdemokratischen Tendenzen immer mehr zurück getreten seien zu Gunsten der nationalen. Für die nationale Propaganda dieses Landes sei die Verantwortung nicht mehr zu tragen gewesen. Das Hand in Hand gehen mit den Polen sei außerordentlich wichtig, die Aufstellung polnischer Sonderkandidaten muß unsere Position im Reichstag erschweren. Wir bieten die Hand zur Verständigung unter der Anerkennung, daß auf beiden Seiten Fehler gemacht worden seien.

Damit schließt die Diskussion. Singer teilt mit, daß ein Antrag vorliegt, der im nächsten jährigen Parteitag spezifizierte Aenderung über die „Neue Zeit“ fordere, und daß Elm, Müller-Hamburg und Siedel um noch eine Anzahl Fragen über die Finanzen, die Ueberwachung und innere Verwaltung der „Neuen Zeit“ gestellt haben. Kuer geht im Schlußwort berichtend auf zahlreiche Einzelheiten der langen Debatte ein und verleiht nochmals die Ueberwachung von Zuschüssen zur Verbesserung der Anstellungen des Vereins „Arbeiterpresse“. In der Polenfrage schließt er sich vollständig Bebel's Ausführungen an. Dann äußert er sich über seine Mitarbeit an den „Socialistischen Monatsheften“. Daß ich Parteileiter bin, weiß ich, ich weiß, daß diese Stellung mir Pflichten auferlegt, die ich, soweit meine Kräfte reichen, auch erfüllen zu haben glaube. Aber es hat etwas Mißliches, jemand gewissermaßen mit Stockschlägen auf den Wangen an seine Parteipflicht zu erinnern. Die Wittheit an der „Neuen Zeit“ habe ich nie abgelehnt, aber ich muß zur schriftstellerischen Arbeit angeregt werden. Die höchsten 6 Artikel, die ich im ganzen für die „Socialistischen Monatshefte“ geschrieben habe, reuen mich nicht, auf theoretische Fragen bin ich darum nicht eingegangen. In den Streit unserer Kirchenwähler habe ich mich nie eingemischt. (Heiterkeit.) Ich bin ein viel zu alter und schlauer Mensch, als daß ich unproduktive Arbeit leistete. (Große Heiterkeit.) Auch den Artikel über den Münchener Parteitag hätte ich für die „Neue Zeit“ geschrieben, wenn sie mich aufgefordert hätte, was ich aber gar nicht verlange, da Bebel seit langen Jahren immer seine Ansichten über den kommenden Parteitag in der „Neuen Zeit“ niedergelegt hat. Das Recht der freien Meinungsäußerung darf nicht so verstanden werden, als gelte es nur für die eigene Meinung. Es geht nicht an, nur für bestimmte Blätter die Mitarbeit zu gestatten und die nichtoffiziellen zu boykottieren. Gerade weil die Redaktionen der „Neuen Zeit“ bestimmte Rücksichten nehmen muß, sind andere Blätter notwendig, die diese Rücksichten nicht zu nehmen brauchen. Das Deficit der „Neuen Zeit“ besteht seit Jahren und ist nicht durch die „Monatshefte“ vermindert. Die „Neue Zeit“ ist auch nicht zurückgegangen. Alle derartigen Reuen machen Deficit, auch die „Monatshefte“. Die immer wiederholten Drohungen mit einem Auseinandergehen der Partei bedürfen mich ismerzlich. Ich habe als alter Kampfgenosse zu gefährlichen Zeiten stets mit in der Welsche gestanden, und mein Blut hat sich mit dem Feindern gemischt. Trotzdem nehme ich solche Drohungen nicht tragisch, ich glauke nicht daran. (Lebhafter Beifall.)

Nach zahlreichen persönlichen Bemerkungen spricht Gerlich in seinem Schlußwort gegen den Vorkamer und Mühlhauener Antrag und teilt mit, daß der nächste Vorstandsbereich die genannten Redner weinungen über die „Neue Zeit“, den „Wahren Jacob“ und die „Gleichheit“ enthalten werde.

Das Resultat der Abstimmung ist die Annahme des Antrags Adolf Hoffmann betr. Verweigerung der Uebernahme von Verpflichtungen, die ohne Zustimmung des Parteivorstandes von der Presse eingegangen sind. Der Antrag Erster, betr. Abgabe des Monatsberichts und des Berichts der Fraction als Beilage für die Parteiblätter wird dem Vorstand zur Erwägung überwiesen. Bezüglich der Polenfrage gelangt die Resolution Luxemburg mit dem Amendement Bebel zur Annahme. Nach Erhaltung des Berichts der Reichsvertreterkommission empfiehlt Richard Fischer als Referent über die Majorität die Resolution der letzten Parteitag. In der Diskussion beantragt Wladimir Hoffmann die Durchführung der Arbeitstheorie, während Müller-Görlich es den Gewerkschaften überlassen will, ob sie die Arbeitstheorie einführen wollen. Im Sinne des Referenten äußern sich Wladimir Hoffmann, Siedel, Weyer, Leipzig, Weis-Becklin usw., daß die Gewerkschaften die Arbeitstheorie in der Hand nehmen, Kosta-Karlson rät zum Verzicht auf die Tagesmessen und empfiehlt neue Verhandlungen auf dem internationalen Kongress. Fischer weist im Schlußwort darauf hin, daß man verpflichtet sei, den Beschluß des internationalen Kongresses durchzuführen oder aber Änderungen zu beantragen. Hierauf wird der Antrag Siedel abgelehnt, die Resolution Fischer mit großer Mehrheit angenommen. Hierauf Schluß der Sitzung.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Die Wurfabrikanten gegen die Grenzsperr.
Branischweig, 10. September. (B. T. V.) Der Verein deutscher Wurfabrikanten hobte heute in einer zahlreich besuchten Versammlung eine Resolution, in welcher hervorgehoben wird, daß, wenn das deutsche Fleischgewerbe und die Fleischernahrung des deutschen Volkes nicht dauernd auf das Schwere geschädigt werden soll, die Jahrs außerordentlichen Schlachtvieh in größerem Maße unbedingt notwendig sei.

Fortschritt auf dem Gebiete des Massenwobdes.

London, 10. September. (V. G.) Dem „Daily Express“ zufolge wurde im Woolwicher Arsenal ein neues Geschloß herbeigeführt, das alle auf dem Kontinent übertrifft. Verhuf schnellerer Handhabung des Geschloßes wird eine neue Patente konstruiert werden.

Roffhan, 10. September. (V. G.) In der Ortschaft Mouth broch nachts ein großes Schandfeuer aus, durch welches zahlreiche Häuser eingestürzt wurden. Das Feuer war von einer wahnwitzigen Frau angelegt worden, welche in den Flammen umkam.

Warth, 10. September. (B. T. V.) Der ganze Bezirk ist als von der Niederpest verheert erklärt; da kein Vieh aus dem Bezirk entsetzt werden darf, befinden sich die Farmer in großer Bedrängnis.

Wien, 10. September. (B. T. V.) Der ganze Bezirk ist als von der Niederpest verheert erklärt; da kein Vieh aus dem Bezirk entsetzt werden darf, befinden sich die Farmer in großer Bedrängnis.

Wien, 10. September. (B. T. V.) Der ganze Bezirk ist als von der Niederpest verheert erklärt; da kein Vieh aus dem Bezirk entsetzt werden darf, befinden sich die Farmer in großer Bedrängnis.

Wien, 10. September. (B. T. V.) Der ganze Bezirk ist als von der Niederpest verheert erklärt; da kein Vieh aus dem Bezirk entsetzt werden darf, befinden sich die Farmer in großer Bedrängnis.

Wien, 10. September. (B. T. V.) Der ganze Bezirk ist als von der Niederpest verheert erklärt; da kein Vieh aus dem Bezirk entsetzt werden darf, befinden sich die Farmer in großer Bedrängnis.

Wien, 10. September. (B. T. V.) Der ganze Bezirk ist als von der Niederpest verheert erklärt; da kein Vieh aus dem Bezirk entsetzt werden darf, befinden sich die Farmer in großer Bedrängnis.

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

München, 15. September 1902.

Rachmittags-Sitzung.

2 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Eingegangen sind wieder verschiedene Begrüßungstelegramme, darunter ein solches vom Sekretariat des internationalen Komitees durch Sekretär Servy.

Den Kassenbericht erstattet nunmehr

Gericsh:

Die Zahlen des Kassenberichts liegen Ihnen im Bericht des Parteivorstandes vor. Des Grundes, warum wir noch einen verhältnismäßig guten Abschluß erzielt haben, hat Auer schon gedacht. Die wirtschaftliche Krise mußte naturgemäß auf die Beitragsleistung ungünstig einwirken. Die nur auf freiwillige Beiträge angewiesene Partei befindet sich in weit weniger vorteilhafter Lage als die Gewerkschaften mit ihrer festen Organisation. In den Beiträgen kommen die Beiträge der Parteiunternehmungen. Diese Einnahmequellen dürfen unter keinen Umständen verstoßt werden. Ich bedaure deshalb, daß selbst Berliner Genossen in ihrem Antrag 52 vorschlagen, kurzer Hand zu defectieren, daß der Neue Welt-Kalender für 30 Pf. verkauft werden solle. Wenn auch dieser Kalender nur eine kleine Einnahmequelle bildet, so sollte doch auch diese nicht in ihrem Ertrag vermindert werden. Weiter lag vor der Antrag der Wandsbeler Genossen, die selbst ihre Verpflichtungen gegenüber der Partei sehr prompt erfüllt haben, die Frage besonders zu behandeln: „Wie stärken wir die Finanzen unserer Partei?“ Wenn auch noch unserm gestrigen Vorschlag diese Frage nicht als besonderes Thema behandelt werden soll, so muß sie doch natürlich von uns erörtert werden. Bereits in Lübeck ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß der „Wahre Jakob“, die „Neue Zeit“ und die „Gleichheit“ nunmehr völlig auf Rechnung des Parteivorstandes, der Gesamtpartei hergestellt und betrieben werden. Der „Wahre Jakob“ hat im Rechnungsjahr 1901 einen Reinerüberschuß von 20 023,45 M. ergeben, gewiß ein erfreuliches, wenn auch noch steigerrungs-fähiges Resultat. Aber der „Wahre Jakob“ hat von jeher zwei Geschwister gehabt, die sich rechts und links liebend an ihn geknüpft haben. Diesen ist er von jeher eine Stütze gewesen. Das hat sich auch jetzt nicht geändert. Durch diese beiden Geschwister wird der Reinertrag des „Wahren Jakob“ wesentlich vermindert.

Die „Neue Zeit“ hat mit einem Deficit von 10 305 M. abgeschlossen (Hört! hört!), die „Gleichheit“ mit einem Deficit von 4480 M. Es ergibt sich also nur ein Reinerüberschuß von einigen tausend Mark aus diesen drei Blättern. Nun ist es ja klar, daß wir bei der wissenschaftlichen Revue noch auf absehbare Zeit mit Zuschuß zu rechnen haben werden. Aber das Deficit kann verringert werden, einmal durch eine Vermehrung der Abonnentenzahl und zweitens dadurch, daß die Parteipostreue und die Expedienten in Parteigeschäften die Abbestellungen rechtzeitig beim Verlag anmelden, damit dieser nicht so unendlich viel Feste zurück bekommt. Bei der verhältnismäßig geringen Auflage der „Neuen Zeit“ beträgt die Zahl der zurückgelassenen Hefte im letzten Jahre nicht weniger als 17 770. Diese Zahl könnte bei allseitigem guten Willen wesentlich herabgemindert werden. Es ist doch eine Unvernunft sonder gleichen, wenn wir erst das teure Papier, Druck und Buchbinderarbeit bezahlen und hinterher Jehntausende von Hefen als Makulatur fortwerfen müssen. Bezüglich der „Gleichheit“ würde uns eine verhältnismäßig geringe Steigerung der Abonnentenziffer schon über den Berg hinweghelfen. Von unserer Genossin Zeilin kann nicht mehr verlangt werden als sie schon leistet, sie hat das menschenmögliche, und was noch zu ihm übrig bleibt, müssen die Genossen selbst thun. Ich habe eine weitere Anregung zu geben: Der „Vorwärts“ veröffentlicht allmonatlich eine Parteiquittung, den Fleißigen zur Ehre und den Faulen zur Nachahmung. Nun lesen aber nicht alle Parteigenossen den „Vorwärts“, die große Masse ist vielmehr auf die Provinz-Parteipresse angewiesen. Nun habe ich die Bemerkung gemacht, daß sich eine Anzahl dieser Blätter anscheinend zu vornehm dünkt, um die Quittungen zu veröffentlichen. Diese bleiben 8 bis 14 Tage liegen und werden schließlich nach 8 bis 14 Tagen in einem verhungerten Anzug in die Blätter eingestopft, die sonst für alle möglichen andren Sachen Platz haben. Auf diese Weise werden die Parteigenossen nicht angeleitet, Beiträge zu leisten. Und sehen Sie sich doch nur die verschiedenen Anträge an, die populäre Flugblätter und Schriften für die Agitation verlangen. Aber diese Sachen kosten doch Geld, und deshalb sollte die Presse dazu beitragen, indem sie die Quittungen in vollem Umfang abdruckt, die Genossen anzuleiten, damit sie sich alle an den Beiträgen für die Parteikasse beteiligen. Ganz besonders bemerkenswert war das Verhalten verschiedener Blätter bei der beliebigen Sammlung. Hier war es ihnen besonders leicht gemacht, indem die Quittung die Beiträge aus Berlin und die aus der Provinz getrennt auswies. Nicht einmal den Anzug über die Provinzbeiträge hat man da gebracht, und die Folge war, daß wir mit einer Flut von Anfragen überschüttet wurden von den Genossen, die wissen wollten, ob ihre Beiträge an die richtige Stelle gelangt seien. Die Parteipresse sollte immer und immer wieder aufheuern, um die Parteifinanzen zu stärken.

Eine genaue Uebersicht über den Stand der Parteipresse kann ich leider nicht geben. Es sind diesmal so viele Verlage mit der eingeforderten Auskunft zurückgeblieben, daß ich keine Statistik aufstellen konnte. Nur die allgemeine Tendenz läßt sich feststellen, und die ist nicht erfreulich. Die Einnahme aus Abonnements und Inseraten sind zurückgegangen. 6 Tageblätter haben ihren Bestands an Abonnenten behaupten können, 16 Blätter haben die winzige Ziffer von 6130 Abonnenten hinzugewonnen, 15 Blätter aber haben 5800 Abonnenten verloren. Im verfloffenen Jahre hat die Parteipresse neues Terrain also nicht erobert. Die Wirkung der Kritik auf eine Reihe von Verlagen war ebenso unerfreulich. In guten Jahren neigen die Genossen leicht zu Gründungen. Wie so manches andre ist auch die Art, wie Geschäfte gegründet werden, nicht besser geworden. Die älteren Genossen werden sich noch erinnern, wie es früher war. Da genigte eine Handvoll, ein Mann repräsentierte in seiner Person das gesamte Erzeuger-, Drucker- und Expeditionspersonal. So ärmlich diese Geschäfte ansahen, so kerngesund war ihre Grundlage. Sie konnten sich organisch entwickeln, nie waren sie der Partei eine Last und ein Gegenstand der Sorge. Es war eine Freude zu sehen, wie diese Geschäfte sich nach und nach zu rechten Stützpunkten der Partei entwickelten. Nun hat die Partei mit ihrer Ausdehnung auch großen geschäftlichen Kredit gewonnen und damit ist die Unternehmungslust der Genossen so gestiegen, daß sie häufig alle geschäftliche Vorsicht außer acht lassen. Daher haben eine Anzahl von Blättern eine Schuldenlast aufgeschauelt, an deren Deckung aus eignen Mitteln in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Man ist damit der Entwicklung bedeutend vorausgeeilt. Dann wendet man sich am letzten Ende immer wieder an die Partei. Dafür bietet der Kassenbericht viele Beispiele. Es sind nun aber manche Geldquellen, die Jahr für Jahr gekniffen sind, mit einem Male versiegt. Aufmerksamem Parteigenossen ist diese Thatsache nicht entgangen. Bei andren Genossen aber hat sich eine eigenartige, romantische Vorstellung vom „Rentamt“ herausgebildet; sie meinen, man brauche in die Kasse nur ein paar Pfennige hineinzustücken und könne doch wie beim „Esel fress' dich“ die Goldstücke nur so heraus-holen. Ich sehe nicht an auszusprechen, daß, wenn immer nur der glühende Wunsch maßgebend ist, das Ziel möglichst schnell zu erreichen, wenn man nicht immer sich selbst erwägt, wenn die Partei sich in der bisherigen Weise weiter engagieren sollte, immer in so unvernünftiger Weise über die verfügbaren Mittel hinaus, daß dann allerdings sehr leicht einmal für eine spätere Parteiklärung

die Frage entstehen kann, ob sie das gesamte Parteivermögen bis zum letzten Pfennig daran setzen will oder einen großen wirtschaftlichen Strich in der Partei herausbekommen will, der jedenfalls von sehr schlimmen Folgen sein müßte. Ich male nicht zu schwarz. Es ist in der That bei solchen Gründungen ein geschäftlicher Optimismus in der Partei vorhanden, der uns sehr leicht in eine unangenehme Situation bringen könnte. Ich würde es für eine Pflichtverletzung halten, wenn ich nicht die Parteigenossen, die an solchen Gründungen teilnehmen, eindringlich darauf hinweisen wollte, daß sie stets auf die Verantwortlichkeit vor der Gesamtpartei Rücksicht nehmen. Ich habe diese Ausführungen ganz besonders mit Rücksicht auf die vielen Anträge gemacht, die eine Unterstüßung von Prekuren-Unternehmungen begehren. Ich wiederhole: ich male nicht zu schwarz, sondern wünsche nur, daß die Partei vor Schaden bewahrt wird. (Beifall.)

Den Bericht der Controleure erstattet

Meister:

Wir haben uns mit verschiedenen Beschwerden beschäftigt. Zunächst mit der des Korrektors am „Vorwärts“, Wieth, der eine Gehaltsnachzahlung von drei Wochen verlangte. Nach genauer Prüfung mußten wir die Beschwerde zurückweisen. Wieth wollte eine neue, näher begründete Beschwerde diesem Parteitag unterbreiten, hat mir aber seiner Zeit geschrieben, daß er davon Abstand nehme. Dann hatten wir uns zu befassen mit dem recht unangenehmen Zwist im letzten Berliner Wahlkreise. Leider hatten die Berliner Genossen keine Meinung, sich unserer Entscheidung zu fügen. Als es zu einer Katastrophe zu kommen schien, wurde die Angelegenheit glücklicherweise durch eine freie Kommission aus Berliner Genossen und Genossinnen, dem Parteivorstand, der Fraktion und den Controleuren beigelegt. Die Berliner Delegierten lächeln mir zu; ich hoffe, daß es über Nacht nicht wieder anders geworden ist. (Weiterleil.) Eine weitere Beschwerde ging von dem Genossen John aus. Er war Berichterstatter am „Vorwärts“; aus gewissen Gründen waren Prekurren-Kommission und Redaktion sich darüber einig, daß er seine Thätigkeit einstellen müsse. Die Gründe, die geltend gemacht wurden, waren auch für uns maßgebend; wir waren nicht in der Lage, dem Wunsche von John Rechnung zu tragen. Eine Beschwerde der Genossen Siggler und Herrmann in Nürnberg richtete sich dagegen, daß die Einberufung eines von ihnen gewünschten Schiedsgerichts abgelehnt wurde. Die beiden Genossen waren seiner Zeit in Nürnberg aus dem Verein ausgeschlossen worden und in einen andren Verein eingetreten. Der Parteivorstand hat selbst Stellung zu dieser Frage genommen und ihnen brieflich mitgeteilt, daß beide noch Mitglieder der Partei seien, wenn sie selbst sich als solche betätigen. Die Controleure mußten diese Auffassung teilen und sind der Ansicht, daß sich die beiden Beschwerdeführer noch als Parteigenossen zu betrachten hätten.

Die Redaktion der „Sartja“ beschwerte sich, weil die Redaktion des „Vorwärts“ ihr ungebührlich nicht den gewünschten Raum zur Verfügung stellte. Wir stellten nun zunächst fest, daß die „Vorwärts“-Redaktion bei der Sache ganz unbeteiligt war. Die betreffenden Anordnungen waren vom Parteivorstand getroffen worden. Was diese Anordnungen selbst betrifft, so sind wir der Ansicht gewesen, daß die Genossen der „Sartja“ mit dem ihnen zur Verfügung gestellten Raum recht wohl zufrieden sein konnten. Außerdem ging die Beschwerde so verspätet ein, daß sie schon aus diesem Grunde hinfällig war.

Ferner lag eine Beschwerde vor von den Genossen in Bochum. Ein dortiger, in Kostlage befindlicher Genosse hat vom Parteivorstand eine zweimalige Unterstüßung von 150 und 100 M. erhalten. Der betreffende Genosse hat dann eine Stellung erhalten; es ergaben sich jedoch Mißbilligkeiten, so daß von beiden Teilen der Wunsch ausgesprochen wurde, er möge aus dieser Stellung wieder austreten. Die Genossen in Bochum waren nun der Ansicht, daß sich der Parteivorstand verfehlt habe, indem er sie vor Bewilligung der Unterstüßungen nicht befragt hat. Die Controleure haben aber die Beschwerde zurückgewiesen, da sie den Vorstand nicht für verpflichtet halten, solche Gründungen einzuziehen, wenn, wie in diesem Falle, ihm die Sachlage und die Perion genau bekannt ist. Die Bochumer glauben, solche Erfindung habe unter allen Umständen zu erfolgen. Das ist ein Irrtum. Wenn dem Vorstand die Verhältnisse nicht genau bekannt sind, holt er sich stets Auskünfte ein. Aber in diesem Falle handelte es sich um einen alten Genossen, der dem Vorstand sehr genau bekannt war und insolgedessen wiesen wir die Beschwerde zurück. Die Bochumer haben sich damit aber nicht zufrieden und unterbreiteten uns ihre Beschwerde nochmals. Kurz vor dem Parteitag erhielten wir noch einmal genau denselben Brief, den wir bis heute aus Mangel an Zeit noch nicht erledigen konnten.

Eine weitere Beschwerde lag von den Genossen in Mülhausen vor. Sie hatten vom Vorstande vergebens die Stellung einer Koution zur Herausgabe einer Tageszeitung — 20 000 M. — verlangt. Auer hat die Sache schon eingehend behandelt. Der Standpunkt der Controleure deckt sich mit dem des Vorstandes. Der Vorstand ist nicht berechtigt, und die Controleure erst recht nicht, solche ungeheuren Summen für einzelne Bezirke festzusetzen. Parteigeld ist Kultur, das jeden Angehörigen zur Hand sein muß. Für Elch-Vertheilungen ist außerordentlich viel und gern gethan worden, weil man der besonderen Situation dort Rechnung getragen hat. 19 000 M. sind hergegeben worden in der Hoffnung, daß nun nichts weiter gefordert, sondern das Kapital veräußert werden würde. Für Straßburg sind zu einer Koution 12 000 M. gegeben worden, jetzt verlangen die Straßburger weiter 8000 M., weil sie das Blatt nach der Stadt verlegen wollen. Würden den Mülhausern die 20 000 M. gegeben, dann wären 40 000 M. allein in Elsaß-Lothringen festgelegt. Das geht nicht, so wünschenswert auch es sein mag. Man muß sich einschränken und warten, bis die eigne Kraft so weit reicht. Die Kontrollkommission hat gestern die Beschwerde der Mülhäuser abgelehnt.

Dann hat sich die Kontrollkommission noch mit einer Beschwerde des Gewerkschafts für Nordböhmen zu beschäftigen gehabt. Der Gewerkschafts-Vorstand ist der Ansicht, daß in der Kassenführung des früheren Gewerkschafts-Kloppf Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Beweise dafür aber hat er nicht anführen können. Ein Vermittlungs-versuch ist vergeblich geblieben. Kloppf will die Bücher nicht ausliefern, was ihm als großes Vergehen angesehen wird. Er erklärt, daß er, einem alten Gewerkschaftsmitglied, nachdem die Gewerkschafts-Kontrollkommission, Bücher und Belege verbrannt habe. Die Revisoren bestreiten, daß dies Uebung gewesen sei. Jetzt sind Rechnungen präsentiert, zu denen die Belege fehlen sollen. In einem uns weiter zugegangenen Schreiben wird uns mitgeteilt, daß Kloppf zugegeben habe, daß eine Summe von 200 M., die er bereits erhalten habe, nochmals in einer Rechnung präsentiert worden sei. Daraus haben wir den Genossen in Nürnberg den Rat gegeben, den erforderlichen Instanzenweg zu benutzen und das Weitere selbst zu veranlassen.

Nun hat uns noch beschäftigt der Cigarrenarbeiter Kerl in Delmenhorst, der seine Wiederaufnahme beantragt. Kerl, der seiner Zeit ausgeschlossen worden war, war Redacteur des in Delmenhorst erscheinenden Blattes gewesen. Die Parteigenossen glaubten, er habe eigenmächtig, die bei seiner Entlassung fällige Geldfrage geregelt. Kerl hatte früher niemals gegen seine Ausschließung protestiert. Er zieht an, es sei ihm eine zweite Verhandlung, nachdem er an der ersten nicht habe teilnehmen können, verweigert worden. Wir haben uns für unkompetent erklärt, jemanden, der gegen seine Ausschließung überhaupt keine Einwendungen erhoben hat, wieder aufzunehmen. Wir haben ihn darauf verwiesen, sich in Delmenhorst zur Wiederaufnahme zu melden. Würde ihm diese verweigert, könnte er die Parteizustuzungen in Anspruch nehmen.

Endlich hat uns der bereits erwähnte Herr Wieth kurz vor dem Parteitag noch eine sehr unangenehme Beschwerde eingereicht, weil es notwendig geworden war, ihm seine Stellung zu kündigen. Er

protestiert gegen diese Kündigung, die er als Resultat von allerlei Machinationen ansieht. Mit dieser Beschwerde sind wir gestern nicht fertig geworden, ich werde Ihnen später darüber berichten.

Die Revisionen der Parteikasse, der Buchabrechnung und des Partei-Organs „Vorwärts“ usw. haben nie zu Monitis Veranlassung gegeben. Ich beantrage Decharge.

Zum Schluß muß ich mein tiefstes Bedauern zum Ausdruck bringen über den schweren Verlust, den wir erlitten haben durch den Tod unsres Veteranen Meyner. (Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.) Wir, die wir die Kleinarbeit der Controleure mit ihm zu erledigen gehabt haben, wissen am besten, welchen treuen und braven Genossen wir an ihm verloren haben. Die Partei wird sein Andenken ehren. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Singer bittet, auf die auf die Presse, auf Agitation und auf Taktik bezüglichen Anträge, die doch noch gesondert zur Verhandlung kommen, möglichst wenig einzugehen und über die Polenfrage besonders zu debattieren.

Der Parteitag ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Agiter-Pforzheim will eine sich auf die Einberufung eines besonderen preussischen Landtages beziehende Resolution beschließen, wird aber von Singer darauf aufmerksam gemacht, daß der Parteitag sich bereits gestern Abend dazu entschieden habe, diese Frage den preussischen Genossen zu überlassen.

Wolf-Bochum:

Wir Bochumer waren mit den Beschlüssen bezüglich der Gründung eines Centralorgans für Rheinland und Westfalen keineswegs einverstanden, wir wurden erst zur Beratung hinzugezogen, als die Sache schon perfekt war, und da erklärte ich ausdrücklich, daß wir es dem Parteivorstand nicht verdenken können, wenn er unter solchen Umständen seine früheren Versprechungen uns gegenüber nicht aufrecht erhält. Die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit eines besonderen Blattes für Bochum hat auch der Parteivorstand anerkannt. Es ist richtig, daß der Parteivorstand für uns große Zusätze geleistet hat, aber wir haben die Schulden, die sonst das Dortmund-Blatt gemacht hatte, auf unser Konto übernommen. Jetzt haben unsere Genossen sich dahin entschieden, daß sie ihr Blatt aus eigener Kraft halten und sich nicht auf den Parteivorstand verlassen wollen. Unsere Verbindlichkeiten werden wir später nachkommen. Wir haben es gewagt, das Blatt zu gründen, weil sich das für unsere Wahlkreise als notwendig herausstellte. Die Einnahmen im Kreise sind schon erheblich gestiegen, und wir haben Hoffnung, das Deficit in einigen Jahren zu decken. Was die Beschwerde an Bochum betrifft, so wurde die betreffende Stellung ausdrücklich nur auf eine bestimmte Zeit vergeben. Der Genosse wieth, daß er die Stellung annahm; wir hielten ihn einer Unterstüßung nicht für würdig. Der Parteivorstand war nicht genügend informiert.

Kiesel-Berlin VI:

Meister hat erwähnt, daß die Controleure auch mit den Genossen des 6. Berliner Wahlkreises zu thun gehabt haben. Er hat aber nicht gesagt, daß es sich nur um einen Teil der Genossen dieses Wahlkreises handelte. Die übergroße Mehrzahl der Genossen hat sich dem Schiedspruch der Controleure gern angegeschlossen. Der hierzu vorliegende Antrag ist hinter dem Rücken der Organisation an den Parteitag gebracht worden. Bei dem Antrag 3, der Protest einlegt gegen die Versicherung der Partei-Angestellten durch den Vorstand, sind die Antragsteller, Parteigenossen in Berlin VI, von durchaus idealistischen Motiven geleitet worden. Sie glauben, daß die Partei als solche eine Einbuße durch solche Beitragsleistungen für den Verein „Arbeiterpresse“ erleiden kann. Der Genosse Kröhn, der diesen Antrag beschwor, wollte mit seinem Antrag nur der Partei dienen. Er fürchtete, daß es eine Schande ohne Ende werden würde, wenn Parteigelder zu solchen Zwecken verwendet würden. Das Gefühl der Empörung hat dann die Parteigenossen dazu bestimmt, dem Antrag ohne weiteres zuzustimmen. Man war der Auffassung, daß den in Dienste der Partei thätigen Genossen, die alle Abend erst um 2 bis 3 Uhr spät von Versammlungen usw. nach Hause kommen, die auch einmal in die Hände des Staatsanwaltes geraten können durch ihre Reden, die sie nicht so Kontrollirten können wie ein Redacteur, mindestens daselbe Recht zustehe. Man hält derartige Unternehmungen für durchaus nicht notwendig innerhalb der socialdemokratischen Partei. Sie stehen mit dem alten Geist der Partei in Widerspruch.

Frohme-Hamburg:

Der Bericht des Parteivorstandes befriedigt mich in manchen wichtigen Punkten nicht. Das ist allerdings nicht die Schuld des Vorstandes, die Schuld liegt vielmehr bei andren Stellen. Es ist wohl mit Recht zu verlangen, daß die Vorstandsberichte ein eingehendes und erschöpfendes Bild von der ganzen Parteibewegung geben. Das war bei den Berichten nicht der Fall. Was besonders fehlt, sind Ausgaben über die Stärke der einzelnen socialdemokratischen Organisationen. Nichts ist wichtiger, als eine solche Statistik. Sie soll nicht nur uns, sondern auch der Öffentlichkeit zeigen, wie mächtig die Organisation, wie weit die innere Erstarkung der Partei vorgeschritten ist. Ich weiß wohl, daß sich der Vorstand die eckelhafteste Mühe gab, solche Angaben zu erhalten. Diese Mühe war aber umsonst. Es ist doch unerhört, daß solche Anregungen nicht besser befolgt werden. Auch auf finanziellem Gebiet kann es nicht so weiter gehen, wie bisher. Wir müssen leider die Beobachtung machen, wie das Gros der Parteigenossen die finanziellen Leistungen an die Partei als etwas recht Nebenwichtiges betrachten. Es ist gewiß nichts dagegen zu sagen, wenn die Gewerkschaften immer höhere finanzielle Anforderungen an ihre Mitglieder stellen. Wenn sich aber Genossen unter Berufung darauf von ihren Verpflichtungen gegen die Partei drücken, so ist das nicht recht. Sehr zu tabeln ist auch die große Masse kleiner Vereine und die Vereinsweierei, die unter den Parteigenossen eingedrungen ist. Wir müssen dahin wirken, daß die einzelnen Organisationen in entsprechender Weise ihrer moralischen Vertragspflicht nachkommen. Leider wird sich wohl ein Wobnd nicht finden lassen, der es erlaubt, die Organisationen nach Höhegrade ihrer Stärke zu Leistungen an die Parteikasse heranzuziehen. Aber ihrer moralischen Pflicht sollten sich alle Genossen bewußt sein. Der Wahlkreis Wittena gehört gewiß nicht zu den flauen Zahlern. Wir sind aber doch zu dem Entschluß gekommen, die Beiträge zu erhöhen, um so die Mittel zu gewinnen, daß wir größere Beiträge an die Parteikasse abliefern können. Wir müssen bedenken, daß wir außer durch die bevorstehenden Wahlen auch noch in anderer Weise in Zukunft belastet werden. Es kommen Landtags- und Kommunalwahlen zc. und wenn wir da nicht rechtzeitig für die Parteikasse sorgen, werden alle Gelder für diese Zwecke verwendet. Es giebt eine ganze Anzahl von Wahlkreisen, die Vertreter in den Reichstag schicken, aber nicht einmal so viel Beiträge an die Parteikasse abliefern, als diese Abgeordneten an Entschädigungen erhalten. Dieser Zustand ist abzustellen, wenn nur der nötige gute Wille vorhanden ist. Ich richte die Aufforderung an die versammelten Delegierten, in diesem Sinne in ihren Kreisen zu wirken. (Sehr richtig!)

Adolf Bram-Nürnberg

begründet den Antrag Nürnberg betreffend die Kündigung des Vorstandes über die Durchführung früherer Parteitagbeschlüsse. Wir sind nicht so unbedarft, Anstalt über alle bisher gefassten Beschlüsse zu verlangen, obwohl auch das sehr wünschenswert wäre, sondern wir wollen nur abjährlch wissen, was aus den Beschlüssen des letzten Parteitags geworden ist. Wir gehen von dem Gedanken aus, daß viele Beschlüsse auf Parteitagen gefaßt worden, um nicht gehalten zu werden, wie ein bösharter Mann einmal sagte. Das wird aufhören, wenn in Zukunft immer gezeigt wird, wie leicht Beschlüsse gefaßt und wie schwer sie ausgeführt werden. Unausführbare Beschlüsse wird man dann verhindern, und die Anträge werden auch erstver belämpft werden, wenn man weiß, daß

im nächsten Jahre der Parteivorstand mitteilt, daß wieder ein Dutzend Beschlüsse gefaßt wurden, die unausführbar sind. Aber sagt, vieles bleibt unerledigt, vieles wird ad acta gelegt. Das ist ja nicht sehr schmeichelhaft für den Parteitag, es wird aber sehr lehrreich sein, wenn man das Schwarz auf Weiß zu lesen bekommt. Wenn unser Antrag angenommen wird und wenn ferner, wie es die Uredener Genossen wünschen, am Schlusse des Protokolls die auf dem Parteitag angenommenen Beschlüsse und Resolutionen veröffentlicht werden, dann haben unsere Protokolle einen erheblichen höheren Wert, und unsere agitatorisch thätigen Genossen, Journalisten und dergleichen können sich dann viel leichter als heute orientieren. Was wir wünschen, ist eine rein formale Sache, der jede Spitze gegen den Parteivorstand fehlt. Es liegt im Interesse der Partei, daß der Antrag angenommen, aber nicht ad acta gelegt, sondern auch durchgeführt wird. (Weiterleit.) Ein anderer Wunsch, den ich vorzubringen habe, könnte vielleicht heftig erwidert, ich wünsche, daß der Parteivorstand sich einen Kautschukstempel anschafft. (Weiterleit.) Es giebt nämlich Briefe, die aus der Kreuzbergstraße 80 an die Redaktionen kommen, aus denen man absolut nicht erkennen kann, ob es Briefe des Parteivorstandes oder private Mitteilungen eines sehr geschätzten Parteisekretärs sind. Diese Unterscheidung ist aber für unsere Medacteurs sehr wichtig. Auf Grund des Organisationsstatuts hat der Parteivorstand die Pflicht, die Presse zu überwachen, und die Medacteurs, wenigstens so schlecht wie ich, bekommen von Zeit zu Zeit solche Briefe zugeschickt. Wir wissen aber nicht, ob es sich da um Briefe handelt, die auf Grund des Organisationsstatuts vom Parteivorstand gefaßt werden, oder nur um freundliche Rippenstöße eines nicht ganz unbekanntem Parteisekretärs. (Weiterleit.) Mein Vorgänger in der „Frankfurter Tagespost“ bekam mal solchen freundlichen Brief, weil er sich in einem Artikel gegen die Stellung Vernsteins zur Kolonialpolitik wandte. Es hieß in dem Brief, unser Standpunkt zur Kolonialpolitik sei veraltet. Ich bekam, als ich den Stuttgarter „Beobachter“, der um wegen der Verelendungstheorie angriff, anwählte, einen Brief, in dem gesagt war: ach, mit der Verelendungstheorie das ist ja Unsinn! (Hört! hört!) Ein andermal bekam ich einen Brief aus der Kreuzbergstraße 80, weil ich nach dem Rücktritt Millersands einen Artikel veröffentlicht hatte, der nicht gerade von Lob gegen Millersand überfloh. In diesen Briefen wurde auseinandergelegt, Millersand habe doch seine großen Verdienste um. (Hört! hört!) Es wäre doch interessant, wenn man bei diesen Briefen, die ich garnicht mitlesen möchte, und die desto schöner, je größer sie sind. (Weiterleit.) Unterscheide zwischen solchen, die vom Parteivorstand und solchen, die von dem Genossen Auer ausgehen. (Weiterleit.)

Windhoff-Düsseldorf:

Wie haben durchaus keinen Bod geschossen, als wir ein eigenes Blatt gegründet haben. Das Kopfblatt hatte 17-1800 Abonnenten, das eigene Blatt hat 3700-3800 Abonnenten trotz Panik und Streit in den eigenen Reihen. Vom Vorstand haben wir noch keinen Pfifferling bekommen. Während wir in der ersten Woche bei dem eigenen Blatt ein Deficit von 1400 M. hatten, ist dieses Deficit jetzt auf 60-60 M. wöchentlich herabgemindert worden. Würde der Vorstand uns Hilfe leisten, würden wir rasch weiter kommen. Im Vorstand aber herrscht die Meinung, daß mit der Fertigstellung der Düsseldorf Anstaltung, wofür 12000 Arbeiter thätig waren, die Abonnentenzahl um 2000 sich vermindern würde. Das ist nun durchaus nicht richtig gewesen. Durch die Parteipresse lief die Nachfrage, daß der Parteigenosse Wasser in Düsseldorf sich das Eigentum der Düsseldorf Genossen anzuweihen verübt hat. Die „Düsseldorfer Volkszeitung“ brachte die Notiz zuerst, wie ich annehme, in gutem Glauben. Dann übernahm sie der „Vorwärts“. Ich konstatiere hier, daß an der Nachricht kein wahres Wort ist. Genosse Wasser wäre ja verflucht, wenn er sich dieses Eigentum aneignen wollte, das aus einigen Tausend Mark Schulden besteht. (Weiterleit.)

Büchelburg-Hamburg:

Das bedauerlichste Vorwissen in der Parteibewegung ist wohl das, das sich in der letzten Zeit in Bochum zugetragen hat. Genosse Wolf, der den Standpunkt der Bochumer Genossen verteidigt hat, erklärte, daß eine Vereinbarung mit dem Parteivorstand sich nicht habe treffen lassen. Man ist in Bochum der Ansicht des Parteivorstandes nicht gefolgt, der in Dortmund ein Centralorgan für die drei Wahlkreise Dortmund, Essen und Bochum wünscht. Dies Verhalten der Bochumer Genossen ist auf jeden Fall tief zu bedauern. Die Partei hat dort ungeheure Opfer gebracht, es ist ein großer Aufwand, neue Schrift, neue Maschinen usw. angeschafft worden. Die großen Summen sind aus allgemeinen Parteimitteln gestossen. Die Bochumer Genossen hätten also die Pflicht, diesen Opfern der Partei durch Unterstützung des Dortmund Centralorgans Rechnung zu tragen. Wenn sich später herausgestellt hätte, daß in diesem Centralorgan die speziellen Interessen Bochums nicht genügend berücksichtigt werden könnten, so hätten die Bochumer Genossen auf dem nächsten Parteitag mit ihren Beschwerden kommen können. Die drei Wahlkreise Dortmund, Essen und Bochum sind gewissermaßen als ein einziger Ort zu betrachten, wir haben es dort mit einer rein industriellen Arbeiterbevölkerung zu thun, die politisch und wirtschaftlich die gleichen Interessen hat. Ich halte es für ausgeschlossen, daß ein besonderes Bochumer Blatt existenzfähig sein könne. Aber selbst, wenn das Blatt notwendig über Wasser gehalten werden könnte, so würde doch keineswegs eine gute Zeitung dort hergerichtet werden können. Der einzige Redacteur, den man anstellen kann, kann doch nur mit der Schere arbeiten. Bei einem Centralorgan könnte man ganz ohne einen Zuschuß der Gesamtpartei auskommen und einen ausreichenden Redaktionsstab anstellen. Das Bochumer Vorhaben kann dahin führen, daß in diesem Bezirke zwei Parteiblätter sich gegenseitig Konkurrenz machen. Das Verhalten der Bochumer Genossen ist ein derartiges, daß sie keine Unterstützung der Gesamtpartei für ihre Interessen beanspruchen können.

Grünwald-Erfurt:

Die Anträge der Erfurter Genossen betz. die Einstellung der hohen Zuschüsse an einzelne Parteiblätter und Hergabe der Berichte des Vorstandes und der Fraktion als Beilagen zu den Parteiblättern bitte ich abzulehnen. Beide Anträge haben materielle Berechtigung, sind aber in der Form unpassierbar. Der zweite Antrag wird erledigt durch die Protokolle, die wir natürlich nicht zu dem Selbstkostenpreis abgeben können, weil wir ja damit ein Geschäft machen müssen. Den ersten Antrag bitte ich dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage der Partei. Die Reichstagswahl haben ja nicht nur den Nachteil, daß sie die Centralkasse leeren, sondern auch den Vorzug, daß sie die Lokalkassen vorher ungewöhnlich füllen. Es giebt eine große Zahl von Wahlkreisen, die es mit ihrer Ehre nicht vereinbar halten, sich für die Wahlen von der Centralkasse einen Zuschuß geben zu lassen. Deshalb sind ihre Kassen gefüllt und sie können auch für ihre Zeitungen etwas thun. Außer der im Vorstandsbericht schon besagten Zersplitterung der Literatur giebt es auch noch eine bedauerliche Zersplitterung der Literatur und man sieht leider Ergebnisse, die durch die rote Farbe ihres Umschlages das zu erkennen lassen, was ihnen vielleicht innerlich an roter Farbe fehlen mag. — Eine Bitte, die ich an den Parteivorstand zu stellen habe, geht dahin, es möge in Zukunft die Tagesordnung nicht schon gleich nach Schluß der parlamentarischen Arbeit, sondern erst kurz vor der Einberufung des Parteitages aufgestellt werden. Das ist schon nötig mit Rücksicht auf die oft recht schnell wechselnde politische Lage. Die Konferenz für die preussischen Landtagswahlen bitte ich möglichst frühzeitig einzuberufen, damit wir dann Zeit haben, uns auf die schwierige Technik der Wahlen vorzubereiten. Noch auf einen Gesichtspunkt habe ich hinzuweisen. Auer hat heute sehr richtig nachgewiesen, daß das Centrum ein ungeheures Maß von Sünden auf sich geladen hat. Das Material zur Verhängung dieser Partei ist also de facto vorhanden; aber die kleinen Agitatoren, die für die Partei so ungemein wichtig sind, wissen oft nicht, wo sie dieses Material zu finden haben. Diese Genossen müssen deshalb aufgefordert werden, sich wichtige Artikel und Notizen über die Centrumfrage anzuschreiben und für die Agitation aufzubehalten. Ich schreibe, indem ich nochmals betone, daß ich die Erfurter Anträge materiell für richtig halte, wenn sie auch wegen der Form nicht passierbar können.

Adolf Hoffmann-Berlin:

Auf jedem Parteitag hören wir Klagen über den ungeheuren Zuschuß für die Presse, auf jedem Parteitag wird gewarnt vor unüberlegten Neugründungen. Das hat aber alles nichts genützt. Deshalb empfiehlt sich vielleicht ein energischeres Mittel. Ich schlage vor, daß alljährlich auf dem Parteitag ein Ausschuß gewählt wird, der prüft, welche Blätter unterstützt werden sollen und daß der Parteitag die Unterstützungen beschließt. Auer hat recht: die Genossen sagen sich eben, wenn wir festsetzen, setzen wir dem Vorstand die Pistole auf die Brust, dann muß er bewilligen. Es thut aber gar nichts, wenn ein Blatt, das nicht lebensfähig ist, schon im ersten Jahre zu Grunde geht, als daß es fortgesetzt unterstützt wird. (Sehr richtig!) Gericht hat auch auf die 10000 Mark Deficit der „Neuen Zeit“ hingewiesen. Ich glaube doch, daß sich dieses Deficit bei reger Agitation beseitigen läßt. Aber da stoßen wir auf einen alten Fehler. Wo eine Zeitung lebensfähig ist, da werden zwei und drei gegründet. Genau daselbe gilt von der „Neuen Zeit“ und dem andern Blatt. Bei diesem aber handelt es sich nicht um eine Parteigründung, sondern um ein Privatunternehmen. Da sollte aber für jeden Genossen nicht maßgebend sein zu sagen: Ich mag nicht für die „Neue Zeit“ schreiben, sie gefällt mir nicht. Bringen Sie doch hier vor, was Sie an Änderungen wünschen. (Sehr richtig!) Aber sorgen Sie nicht zu Gunsten eines Privatunternehmens dafür, daß das Deficit eines Parteiorgans größer wird. (Sehr richtig!) Ein großer Teil der Berliner Genossen steht auf dem Standpunkt von Berlin VI. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen, die die schwierige und gefährliche Kleinarbeit mangellos leisten, besteht kein Unterstützungsfonds wie für die nicht ganz schlecht gestellten Angestellten der Parteigründungen, die die Versicherung schließlich selbst bezahlen können. (Sehr richtig!)

Stephni-Weizig:

Die Unterstützungsgenossenschaft soll den gesamten Angestellten der Partei und Gewerkschaften zukaufen kommen, es ist ein Einverständnis mit der Generalkommission der Gewerkschaften erzielt worden. Von den Beiträgen in Höhe von 6 M. monatlich zahlen die Gewerkschaften die Hälfte, einige zahlen den ganzen Betrag. Nun ist gesagt, die Agitatoren sind ausgeschlossen. Aber die Genossenschaft ist doch gegründet worden auf Grundlage der Selbstversicherung der Mitglieder, es ist niemand ausgeschlossen, der in der Partei thätig ist, aber in irgend einem finanziellen Zusammenhang zur Partei muß der Betreffende doch stehen. Die Verwaltung hat gegen die Erweiterung des Rahmens der Genossenschaft gewiß nichts einzuwenden. Vor allem mußte jedoch einmal etwas geschaffen werden; wie notwendig das war, ersehen Sie aus der That- sache, daß im Laufe eines einzigen Jahres 6 Genossen gestorben sind, für deren Witwen aus Vereinskassen über 2000 M. Sterbegeld gewährt sind. Wir sind mit dem Verlangen an die Parteiverlage herangehritten, Beiträge zu leisten, und in dankenswerter Weise ist diesem Verlangen Rechnung getragen durch Zuschüsse oder dadurch, daß man einen Teil der Beiträge leistete. Das liegt im Interesse der Partei selbst, die dadurch nur entlastet wird.

Singer: Ich habe den Vorredner nicht unterbrochen, da er sich auf Aenderungen des Verordnungsbezuges bezog. Ich bitte aber dringend, die jetzige Debatte nicht dazu zu benutzen, um über alle vorliegenden Anträge zu verhandeln. Ein gewisser formeller Zusammenhang ist ja nicht zu leugnen; wenn wir aber alle Anträge jetzt debattieren, so entsteht eine Verwirrung, aus der sich kein Mensch mehr herausfinden kann. Es erscheint mir richtiger, die Bemerkungen bis zur Verhandlung der einzelnen Anträge aufzusparen; es ist ja nicht möglich, die Genossen zu hindern, über die Frage zu sprechen, ob Parteigenossen nur für Parteiblätter schreiben sollen. Aber die Frage der Umwandlung der „Neuen Zeit“ muß auf alle Fälle aus dieser Debatte ausgeschieden.

Büchel-Berlin:

Es ist jetzt und in Zukunft nicht mehr möglich, in dem Maße wie früher die eingegangenen Mittel in der Parteikasse anzuwachsen zu lassen. Die Anforderungen an die Partei sind von Jahr zu Jahr vermehrt worden. Die kommunale Thätigkeit verzehrt einen großen Teil aller von den Parteigenossen aufgebrauchten Mittel. Zu dieser Thätigkeit müssen erhöhte Mittel aufgewendet werden. Wir brauchen Mittel, um vorübergehende Hossbesitzer zu schaffen usw. Auch die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen wird die finanzielle Kraft der Partei stark in Anspruch nehmen. Auer hat mit Recht Verwahrung dagegen eingelegt, daß vom Parteivorstande der Gewerkschaftsbewegung irgendwelche Hindernisse in den Weg gelegt würden. Die heutige Gewerkschaftsbewegung nimmt einen großen Teil der Mittel in Anspruch, die früher an die Partei abgetreten werden konnten. Die Gewerkschaftsbewegung hat vor allen Dingen ihre Teilnehmer in wirtschaftlicher Beziehung sicherzustellen, um dadurch erst die Teilnahme der Arbeiterschaft an dem politischen Kampf zu unterstützen. Die von Berlin, Hamburg und den anderen großen Centren aufgebrauchten Mittel müssen natürlich, wo es not thut, auch den Genossen in den kleinen Orten zu gute kommen, aber der Parteivorstand darf unter keinen Umständen Mittel für solche Unternehmungen angeben, wie wir es leider heute wieder durch den Bericht des Parteivorstandes zu hören bekommen haben. Wenn Bochum recht haben soll, hätten wir das volle Recht für die ländlichen Kreise um Berlin, für die auch der „Vorwärts“ nicht das ausschlaggebende Organ ist. Auch dort müssen wir den Wahlkampf mit Broschüren, Flugblättern usw. führen, ohne besondere Vorortzeitungen zu besitzen. Wir sind aber trotzdem mit dem „Vorwärts“ zufrieden, der ja in erster Linie in Berlin dominierend ist. Man kommt jetzt fast dahin, daß man den Wahlkampf an keinem Orte führen zu können erklärt, wo wir nicht ein eigenes Parteiorgan besitzen. Ich bitte unsern Parteivorstand und speziell unsern Finanzminister (Weiterleit.) noch weit mehr als bisher in dieser Beziehung die Hand auf die Kasse zu legen.

Koch eins. Es berührt schmerzlich, wenn man sehen muß — Sie sehen die roten Hefte dort auf dem Tisch —, daß selbst derjenige Parteigenosse, der in seinem Vorstandsbericht Klage darüber führte, daß die „Neue Zeit“ ein Deficit habe, an der Spitze des neuesten Heftes dieser Zeitschrift seine geistige Arbeit niederlegt. Man zwingt uns, wenn wir heute die geistige Arbeit dieser gebildeten Parteigenossen, die schriftstellerisch thätig sind, lernen lernen wollen, Privatunternehmungen zu unterstützen und damit Parteigründungen willig oder widerwillig untergraben zu helfen. Ob etwas derartiges von leitender Stelle richtig ist, das mögen die Parteigenossen selbst beurteilen.

Singer: Nachdem die Diskussion den Verlauf genommen hat, daß über Mitarbeit an nicht-socialdemokratischen Organen gesprochen wird, halte ich es für richtig, den Antrag 16 auszurufen mit zur Diskussion zu stellen, worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß Potentillen von Parteigenossen, die an Artikeln von Parteiorganen oder im Parteiverlage erscheinenden Zeitschriften oder Broschüren geknüpft werden, wiederum in Parteiorganen usw. gepflogen werden. — Der Antrag wird genügend unterstützt. Die Umwandlung der „Neuen Zeit“ ist einer besonderen Diskussion vorbehalten.

Richard Fischer-Berlin:

Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um auf einige Aenderungen von Braun zu erwidern. Braun meint, die Tendenz des Antrages Wittenberg ginge mir dahin, den Genossen eine Ueberbürdung darüber zu geben, wie viel unnötige und unmögliche Anträge gestellt werden; und er hat den Wunsch ausgesprochen, daß jeweils am Schluß der Protokolle eine Zusammenstellung der angenommenen Anträge erfolgen solle. Es wäre gut, wenn die Genossen, die solche Anregungen geben, mal ab und zu die Protokolle anschauen (Sehr gut!), sie werden dann finden, daß diese Anregungen bereits seit 1888 zur Thatsache geworden sind. Es findet sich am Schluß nicht nur eine Zusammenstellung der angenommenen Anträge, sondern es wird auch Anknüpfung über das Schicksal jedes einzelnen Antrages erteilt.

W. Heine-Berlin:

Ich würde das Wort nicht ergreifen haben, wenn mich nicht Hoffmann mit seinem Vorstoß dazu genötigt hätte. Er findet, daß die „Socialistischen Monatshefte“, deren Mitarbeiter ich ja auch bin, der

Parteiliteratur Konkurrenz machen. Mag sein, aber ob gerade Hoffmann geeignet ist, das zu rügen, das erscheint mir zweifelhaft. Ich möchte ihm doch ins Gedächtnis rufen, daß er seit 10 Jahren einen höchst lukrativen Verlag betreibt, der der Parteiliteratur ganz erhebliche Konkurrenz macht. (Sehr gut.) Ich möchte ihm das nicht zum Vorwurf, das ist sein gutes Recht, aber das Recht, daß er persönlich für sich in Anspruch nimmt, muß er auch andern lassen. Jubel hat sich zum Sprachrohr der Angriffe gegen Auer gemacht, die in verschiedenen Blättern erschienen sind. Ein Blatt hat geschrieben, es wäre ja interessant, daß dem Parteisekretär Auer die Mitarbeit in der „Neuen Zeit“ nicht viel wert sei. Wir wollen doch mal die Sache umdrehen. Wie viel ist denn der „Neuen Zeit“ die Mitarbeit der Genossen wert, die jetzt in den „Monatsheften“ schreiben? Glauben Sie denn, daß wir, die wir für die „Monatshefte“ schreiben, so darauf verfaßt sind, unsere Artikel irgendwo abzulagern?

Glauben Sie denn, ich gehe zu Bloch, und bitte ihn um Gottes Willen, einen Artikel von mir anzunehmen? Nein, umgekehrt, wir alle schreiben nur, wenn uns dieser unaussehliche Redacteur der „Monatshefte“ das Haus einläßt und sagt: Hier ist eine wichtige Frage; darüber müssen Sie schreiben! Dann läßt man sich schließlich bereit schlagen. (Gelächter.) Ja, so ist es. So verfare eine gute Redaktion, und wenn die Redaktion der „Neuen Zeit“ die Mitarbeit von Genossen haben will, so mag sie sich darum bemühen. (Widerstand.) Der Antrag Augsburg richtet sich direkt gegen Verstein, der die im Verlag des „Vorwärts“ erschienenen Broschüren von Kautsky in den „Monatsheften“ rezipiert hat. Ich finde das ungerecht, der ganze Streit zwischen Verstein und Kautsky hörte am besten auf. Aber in diesem Fall war Verstein der Angegriffene, denn diese Kautskyschen Broschüren sind ja gar nicht zur Agitation gegen den äußeren Feind geschrieben, sondern sie dienen zu dem Behalten der Agitation gegen den inneren Feind, der Widerlegung sogenannter Lehren, sie sind so halb Euclydus, halb Balderjubiläum zur Einpunktung guter und Unterdrückung schlechter Gesinnung. Das Deficit der „Neuen Zeit“ bedauere ich, ich erkenne an, daß das offizielle Organ gewisse Rücksichten zu nehmen hat und daß dadurch die Stellung der Redaktion erschwert wird. Aber zu den Rücksichten, die genommen werden müssen, gehört auch die auf die Güte der Partei, aber nach meiner Meinung nimmt Kautsky mehr Rücksicht auf die Einseitigkeit der Anschauungen, er treibt es sogar bis zur Einseitigkeit, und darunter leidet allerdings die Aktionsfähigkeit der Partei. Die Redaktion der „Neuen Zeit“ geht offenbar immer davon aus, daß es nur eine richtige Ansicht giebt, alle anderen Ansichten seien falsch, die richtige müsse propagiert, die falsche bekämpft werden. Wenn der Redaktion der „Neuen Zeit“ etwas angeht, was ihr nicht ganz richtig erscheint, so wird sofort das Schwänzen, die Meinung der Redaktion, angehängt. Das paßt nicht jedem. Wir persönlich ist es allerdings noch nie passiert. Ich würde das voraus, um jedem Einwand nach der Richtung hin abzukommen. Wir haben gehofft, es würde eine Aenderung eintreten. Nun, die Form der „Neuen Zeit“ hat sich ja auch geändert, aber daß sich die Einseitigkeit nicht ändern würde, das haben wir gewußt, seitdem Kautsky in Lübeck die Zustimmung, mehrere Richtungen zu Worte kommen zu lassen, zurückgewiesen hat mit der böhmischen Bemerkung, das wäre literarisches Ueberbrettlum. Mich persönlich berührt das ja nicht. Wenn ich die „Neue Zeit“ für einen geeigneten Resonanzboden hielte, so würde ich auch dafür schreiben, denn mich läßt auch die ganze papierne Fehde gegen einen künstlich zurecht gemachten Revisionismus kalt. Gewiß, denen, die in der „N. Z.“ angegriffen sind, kann man es nicht verdenken, wenn sie nicht dafür schreiben wollen, und es ist eine ungebührliche Zumutung, sie dazu zwingen zu wollen. Ebenso ungebührlich ist es, ihnen zu verbieten, für ein andres Blatt zu schreiben, das von Socialdemokraten gegründet ist, von Socialdemokraten redigiert und geschrieben wird, sofern es ein unabhängiges Blatt ist. Noch weiter geht der Antrag, daß man Schriften, die im Parteiverlag erschienen sind, nur in offiziellen Parteiblättern kritisieren dürfe. Das ist doch ein reines Maulkorbgesetz im Interesse des Parteibuchhandels und der offiziellen Parteilehren. (Zustimmung und Widerspruch.) Wofür soll denn das führen? Ueberhaupt geht mir diese Sanction von allem, was parteioffiziell ist, denn doch zu weit. Das ist nicht als eine bürokratische Engergigkeit, abgetakt unserer schlimmsten Feinde. Wäre der Antrag von nordwärts der Mainlinie gekommen, so würde jeder denken: das ist so der preussische Bureaucratismus, der sich da breit macht. Nun stammt er von südlich der Mainlinie; es scheint, die Verpöschung Wagners hat schon ganz erhebliche Fortschritte gemacht. (Sehr gut und Weiterleit.) Wollen die Bureaucraten die freie Kritik beschränken, so ist das ihre Sache; für uns bedeutet solche Jesuiterei ein Verkommen der Art der geistigen Arbeit, eine Geringschätzung der Freiheit zu geistiger Arbeit. Als Zeugen dafür kann ich Kautsky selbst anführen.

Kautsky erörtert in seiner Broschüre „Am Tage nach der socialen Revolution“ S. 42, 43 die Frage, wie in der socialistischen Gesellschaft der Zeitungsbetrieb möglich sei. Er bemerkt, daß die kapitalistische Seite des heutigen Zeitungsbetriebes nur durch Staatsbetrieb ersetzt werden könnte, und weist dann auf die Gefahren hin, die mit einer solchen Verstaatlichung verbunden sein würden. Er sagt: „Müssen nicht die staatliche Centralisation eines so großen und wichtigen Teiles des geistigen Lebens es mit dem schlimmsten bedrohen, was ihm passieren kann, mit Uniformität und Stagnation.“ Man sieht, unser Freund kennt sich aus, er redet aus eigener Erfahrung. (Weiterleit.) Er fährt fort: „Kann man das geistige Leben von Majoritätsentscheidungen abhängig machen? Würde nicht jede neue Wahrheit zuerst nur von einer Minorität erfährt und verfochten?“ Kautsky meint: „Hier liegt wohl ein ernsthaftes Problem vor, aber kein unlösbares.“ Und als Lösung erscheint ihm die Thätigkeit freier Vereinigungen, die der Wissenschaft und dem öffentlichen Leben dienen und Produktionen auf diesen Gebieten fördern wollen. Also, Kautsky denkt nicht daran, daß man Schriftsteller in der zukünftigen Gesellschaft verbieten könnte, in andern als den offiziellen Staats-Zeitschriften ihre Arbeiten zu veröffentlichen. Aber ich meine, die geistige Freiheit, die wir in der Zukunft haben wollen, wollen wir auch in der Gegenwart für uns beanspruchen. Die „Socialistischen Monatshefte“ sind seiner Zeit gegründet worden aus diesem Gesichtspunkt heraus, lediglich um einen Boden für freie Diskussion über alle Fragen des Socialismus zu schaffen, der nicht durch offizielle Rücksichten eingesengt wird; sie sind von den jungen Leuten mit großen Opfern erhalten worden, sie haben nach und nach eine gewisse Bedeutung erlangt, und Sie können niemand zumuten, daß man ein solches Unternehmen lediglich der offiziellen Partei-Organisation zuliebe einstellt. Das würde heißen, die Partei geistig verarmen. (Beifall und starkes Lachen.)

Schmid-Düsseldorf:

Ich hatte nicht die Absicht, die leidigen Düsseldorf Verhältnisse zu berühren. Aber die Sache ist von Auer berührt worden und deshalb muß ich darauf zurückkommen. Unser sehr gut fundiertes Kopfblatt mußte aus gewissen Umständen in ein täglich erscheinendes eigenes Organ umgewandelt werden. Wir haben das größte Glend deshalb durchkosten müssen und haben uns auch veranlaßt, da wir eines der beiden Unternehmen aufgeben mußten, die Rückzahlung auszulösen. Trotzdem eine ganze Reihe von Leuten geschädigt sind, haben wir die Hoffnung, das Unternehmen halten zu können. Eine Wiederherbeibringung der früheren Verhältnisse wäre für uns ein Rückschlag von 1000 bis 1500 Abonnenten. Wir würden dann auch mit einem demokratischen Konkurrenzorgan zu rechnen haben. Da der Parteivorstand den Düsseldorf Wahlkreis selbst für sehr wichtig hält, so soll er uns auch die Waffen nicht entziehen, die wir haben müssen, um ihn zu halten.

Eduard Verstein-Berlin:

Ich will die Debatte nicht auf das Gebiet des Persönlichen ausarten lassen, sondern nur allgemeine Gesichtspunkte beleuchten. Schon Genosse Grünwald hat es für nötig gehalten, von einer Zeitschrift zu reden, die nur äußerlich mit der Partei zusammenhänge und unter der äußeren Hülle ihres roten Umschlages verdeckt, was ihr an innerer Gesinnung abgehe. Es ist ganz klar, daß damit kein andres Blatt gemeint war als die „Socialistischen Monatshefte“. Dagegen protestiere ich ganz entschieden. Die „Socialistischen Monatshefte“ werden redigiert von einem Parteimitglied, von einem

entragierten Parteigenossen, dem Genossen Bloch, der seit Jahren der Partei angehört und so selbstlos für die Partei wirkt, wie es nach seiner besten Ueberzeugung überhaupt nur der Fall sein kann. Das sollte Gramwald bekannt sein. Die „Socialistischen Monatshefte“ werden von einem Parteigenossen redigiert, und es schreiben für diese Zeitschrift nur Socialisten, die der Socialdemokratie angehören. Hoffmann hat davon gesprochen, die „Neue Zeit“ sei das Parteiorgan, die „Socialistischen Monatshefte“ ein Privatorgan. Ist nun die „Neue Zeit“ in der That das Parteiorgan? Die „Neue Zeit“ ist von der Partei als wissenschaftliche Zeitschrift anerkannt, das ist richtig. Die Partei kommt, was ihr nur zur Ehre gereicht, für das Dasein der „Neuen Zeit“ auf. Aber wird die „Neue Zeit“ als Parteiorgan, als Organ der Partei redigiert? Ganz selbstverständlich wird die „Neue Zeit“ so redigiert, wie es ihrem Redacteur im Parteinteresse am besten zu sein scheint. An seiner Ehrlichkeit der Bestimmung will ich nicht den geringsten Zweifel erheben. Aber wie weit ist sein Gesichtskreis? Ist sein Gesichtskreis so weit, wie derjenige des Redacteurs eines Organs einer so großen Partei sein muß? Ich sage nicht, daß die „Neue Zeit“ darin unrecht hat, daß sie Ansichten kritisiert, die dem Redacteur falsch zu sein scheinen, das ist ihr Recht und ihre Pflicht. Es kommen aber in der „Neuen Zeit“ immer und immer wieder eine Anzahl von Parteigenossen zum Wort, die einen Standpunkt vertreten, der in der Socialdemokratie insofern ein anerkannter ist, als diese Parteigenossen seit Jahrzehnten, seit einem Menschenalter in der Partei wirken, als sie Vertrauensposten innerhalb der Partei ausfüllen; sie wirken innerhalb dieser Zeitschrift sozusagen als eine Gruppe. Wenn jemand nur die „Neue Zeit“ läse, so müßte er bestimmte Vertreter der Partei für ganz falsche und elende Meiner halten. (Woh! Zurufe: Oh! Beweise, Beweise!) Wo der Beweis! Ich mache dem Redacteur der „Neuen Zeit“ als Menschen durchaus keinen Vorwurf. Aber was bedeutet es, wenn dort in höhnlicher, spottender Weise mit dem Worte „Revisionismus“ operiert wird? Was wird darunter verstanden? In der letzten Nummer der „Neuen Zeit“, in der Parteitagsummer, werden Sie einen Artikel finden: „Die neue Methode“, von einem jungen Mann, einem Parteigenossen geschrieben, dessen hervorragende Eigenschaften bisher die gewesen ist, daß er der Erbe eines großen Namens ist. Mit einer Hochmütigkeit, wie man sie einem jungen Burken allenfalls verzeihen kann, mit einer Annahme, in hochtrabender Weise, die vielleicht jemand, der sehr viel geleistet hat, aufsteht, wird da von oben auf den „revisionistischen“ „Kuffstumpf“ geschimpft. (Große Unruhe.) Der Artikel stammt von dem Genossen Karl Liebknecht und richtet sich gegen Jaurès und mit ihm gegen die ganze revisionistische Richtung. (Zuruf: Das ist Ihr Standpunkt!) Wenn Genosse Karl Liebknecht irgend eine bestimmte Auffassung, eine Theorie bekämpft, mag er es thun mit so scharfen Worten wie er nur will, aber eine ganze Anzahl von Parteigenossen so von oben herab abzufertigen, Parteigenossen, die weit länger als er im Dienste der Partei stehen, das sieht ihm nicht zu. (Zurufe: Preßfreiheit!) Ich höre das Wort „Preßfreiheit“. Wenn Genosse K. Liebknecht ein eignes Organ gründete, so wäre nichts dagegen zu sagen; aber wenn die „Neue Zeit“ das Organ der Partei sein will, muß es einen gewissen Takt innerhalb der Partei wahren (Große Unruhe), eine solche Form der Diskussion innehalten, daß man noch als Mensch zu Menschen, als Genosse zu Genossen mit einander verkehren kann. Das ist aber bei einer solchen Art der Diskussion nicht möglich. Wir sind alle der Kritik unterworfen, aber wozu sollen solche Diskussionen führen? Ich könnte noch andre Beispiele anführen. Der Genosse Kollwaggen-Augsburg ist zu seinem Antrage veranlaßt worden offenbar durch den Artikel „Die Kautsky, die Bernstein“, der durch eine ganze Reihe von Parteiblättern gegangen ist. Es handelt sich dabei um meine Kritik von Kautsky's Schrift in den „Socialistischen Monatsheften“. Ich bin in dieser Sache nicht angefaßt, sondern der Ankläger. Doch Kautsky die Broschüren geschrieben hat, wird ihm natürlich, wie sie auch sein mögen, niemand verbieten können. Kautsky ist offenbar von der Meinung ausgegangen, daß seine eine Broschüre bis zu einem gewissen Punkte neue Ansichten über die Auffassung der Revolution enthalte. Das ist sein gutes Recht, das ist sogar ein Verdienst. Das macht seine Broschüre im ganzen zu einer Auffassungsschrift innerhalb der Partei, aber nicht zu einer propagandistischen Broschüre zur Vertretung von Partei-Interessen. Es handelt sich darum, wie sich Kautsky die Entwicklung vorstellt. Ich habe nichts dagegen, daß solche Broschüren geschrieben werden. Aber Kautsky hat ungewisselt in der Broschüre indirekt, aber doch ziemlich verständlich gegen eine Richtung polemisiert — (lebhaftes Zurufe: Das war sein Recht!) — selbstverständlich war das sein gutes Recht, — er hat teilweise gegen mich polemisiert. Also die Broschüre entwickelt erstens neue Ansichten und zweitens war sie polemisch gerichtet. Das hat auch die „Leipziger Volkszeitung“ bestätigt in einem Artikel, der ungewisselt von einer Person, die Kautsky sehr nahe steht, herrührt, von der Genossin Rosa Luxemburg. Darin ist von dem „Geschick und Wandel der Revisionisten“ die Rede, und es wird gesagt, daß die Kautsky'sche Broschüre wie ein frischer Wind in den Reihen des Revisionismus hineinfahre. Da war doch eine Provokation vorhanden, darauf zu antworten. Darauf habe ich geantwortet in der Zeitschrift, an der ich gewöhnlich arbeite, seitdem ich aus der „Neuen Zeit“ ausgetreten bin. Warum ich letzteres that, widerstrebt mir, auseinanderzusetzen; es waren Meinungsverschiedenheiten da, ich mußte herantreten. Ich habe also meine Ansichten in den „Socialistischen Monatsheften“ entwickelt. Der Artikel ist zwar scharf, aber nirgends werden die Rollen und die Ehrlichkeit Kautsky's verächtlich. Was dann vom „Offenbacher Abendblatt“ geschrieben wurde, ist die reine Verdrängung der Thatfachen. Trotzdem haben zahlreiche Parteiblätter den Artikel abgedruckt, einzelne offenbar, ohne meinen Artikel zu kennen. Ich bin stets für Freiheit der Diskussion eingetreten, und ich muß entschieden dagegen protestieren, daß irgend ein Versuch gemacht wird, in dieser Weise, weil vielleicht ein paar gegnerische Blätter davon Notiz genommen haben, einer Diskussion, die durchaus sachlich geführt wurde, ein Ende zu bieten. (Beifall und Pfiffen.)

Bebel:

Ich bin mit Bernstein ganz darin einverstanden, daß nicht nur er, sondern wir alle auf das energischste dagegen zu protestieren hätten, wenn irgendwo in der Partei der Versuch gemacht würde, freie Meinungsäußerungen zu verhindern. (Sehr gut!) Die Dinge werden heute so dargestellt, als sei in der Partei eine Richtung vorhanden, die irgend eine andre Richtung oder eine Minorität unterdrücken wolle. Das ist nach meiner Ueberzeugung das bitterste Unrecht, das man gegen die Partei in ihrer Gesamtheit schleudert. (Sehr richtig!) Denn dieser Vorwurf würde sich nicht gegen einzelne Personen in ihrer Eigenschaft als Redacteurs richten, sondern gegen die Gesamtpartei; speciell gegen die Parteitage, die ja dann ein derartiges Treiben, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, gebildet hätten. Das ist aber nicht geschehen, und insofern jemand Ursache zu haben glaubt, sich über eine Person, also im vorliegenden Fall über den Redacteur der „Neuen Zeit“ beschweren zu müssen, weil er sich zurücksetzt, so giebt es in der Partei Instanzen, an die diese Beschwerden zu richten sind. (Sehr richtig!) Die letzte Instanz ist der Parteitag. Ich bin weit entfernt, das Verfahren von Kautsky als Redacteur ohne weiteres zu billigen, ich erinnere an meinen nach dem Libeller Parteitag in der „Neuen Zeit“ erschienenen Artikel, worin ich das ausdrücklich ausgesprochen und hinzugefügt habe, wer Ursache zu haben glaubt, sich über den Redacteur eines offiziellen Blattes zu beschweren, der weiß auch die Stellen, an die er sich zu wenden hat. Dieser sind an die betr. Organe, in erster Linie an den Parteivorstand, keinerlei solche Beschwerden genommen. (Woh! Hört!) und ich konstatiere, daß auch auf dem Parteitag wohl Klagen laut geworden, aber keine Beschwerden vorgebracht sind. Wie stehen wir nun zu der Presse im allgemeinen? Es giebt keinen einzigen Genossen, der die Meinungsfreiheit in der Partei beschränken will. (Sehr richtig!) Es giebt keine Partei unter allen, die existieren, in der die Meinungsfreiheit so ungehindert zum Ausdruck kommen kann, wie in der Socialdemokratie. Aber Bedingung ist, daß die Presse, die im Dienste der Partei steht, auch der Kontrolle der Funktionäre unterstellt ist. Das ist für im Organisationsstatut ausgesprochen. Nach dieser Richtung hin stehen die „Social. Monatshefte“ außerhalb der Partei. Als seinerzeit die Herausgeber des Vorgängers der „Social. Monatshefte“, des „Social. Akademikers“

an den Parteivorstand den Antrag stellten, den „Social. Akademiker“ als Partei-Organ anzuerkennen und in das Verzeichnis der Parteiblätter aufzunehmen, da lehnte der Parteivorstand diesen Antrag einstimmig ab. (Woh! Hört!) Nun ist die „Neue Zeit“ offiziell anerkanntes Partei-Organ, das Blatt ist aus Parteimitteln direkt und indirekt unterstützt, denn die ganze Partei, die die „Neue Zeit“ erfordert hat, wären, wenn sie nicht hierfür gebracht wären, sonst in anderer Weise der Partei zu gute gekommen. (Sehr wahr!) Nachdem nun seit drei Jahren das Blatt offiziell in das Eigentum der Partei übergegangen ist, hat sich der Parteivorstand veranlaßt gesehen, nachträglich die Genossen aufzufordern, für die Verbreitung einzutreten. Ja, wenn ein dergleicher Erlaß vom Parteivorstand kommt, und auf der andern Seite die betreffenden Angehörigen der Parteivertretung sich freiwillig außerhalb des Organs stellen und selbst die wiederholten Aufforderungen des Redacteurs der „Neuen Zeit“ zur Mitarbeit unbeachtet lassen, so lasse ich es dahingestellt, wie man ein solches Verfahren zu beurteilen hat. Die Personen, die Heine gemeint hat, sind alle Mitglieder von dem Redacteur der „Neuen Zeit“ bis in die letzten Monate aufgefordert, zu schreiben, sie haben es nicht gethan. (Woh! Hört!) Darüber, daß das notwendigerweise demoralisierend wirken muß, kann doch kein Zweifel sein. Wenn ein außerhalb der Partei stehendes Organ in so provokatorischer Weise von sehr hervorragenden Genossen unterstützt wird, was muß das für einen Eindruck machen, und was hat es denn auf der andern Seite für einen Einfluß, die Parteigenossen zur Unterstützung der „Neuen Zeit“ aufzufordern, damit das Deficit aufgehört? Heine meint, es ist nur Interesse der Bernsteiner der Stagnation notwendig, sich Blatt zu haben. Das heißt also, daß bis zu dem Augenblick, wo die „Socialistische Monatshefte“ gegründet sind, eine Stagnation in der Partei herrschte. (Hört! Hört!) Das heißt das nicht! Das wird doch im Ernst kein Mensch behaupten wollen. Sollte der Versuch gemacht werden, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, so wären die im Organisationsstatut vorgesehene Instanzen da, um eingreifen zu können. „Socialistische Monatshefte“ aber stehen außerhalb der Partei, sie haben außerhalb der Partei stehen wollen, sie haben nicht den Versuch gemacht, sich in den Parteitag einzufügen. Ich mache ihnen daraus keinen Vorwurf, aber das muß klar gestellt werden, man einmal die Grenzen für das, was als Parteipresse angesehen werden kann, zu ziehen. Heine sagt, die „Socialistischen Monatshefte“ seien gegründet worden, um die Diskussionen in der Partei zu ermöglichen. Das heißt wieder, daß dieselbe irgendwo beschränkt ist, und bis zum Beweise des Gegenteils bestreite ich das auf das entschiedenste.

Nun sind die Dinge soweit gediehen, daß Bernstein das Wort Revisionismus schon als eine Verhöhnung ansieht. (Widerspruch von Bernstein.) Ja, es wäre mal, mein lieber Bernstein, das Wort Revisionismus ist nicht von den Dogmatikern erfinden worden, das Wort hat Ihr ja selbst erfunden. (Zuruf: Schöncant!) Ich habe das Wort in Ihrer Presse zuerst gelesen, und wie es eine Verhöhnung sein soll, wenn man eine bestimmte Richtung — und eine solche ist es doch (Wernstein: Nein!) — als Revisionismus bezeichnet, das kann ich nicht verstehen. Geschicht denn nicht bei Euch dasselbe? Wohl! Ihr behaupten, daß Ihr in Ihrer Presse nicht angreift? Sind wir nicht die Dogmatiker, sind wir nicht die Principientreter? Bin ich nicht in der letzten Nummer der „Socialistischen Monatshefte“ persönlich angegriffen worden? Ich habe nichts dagegen einzuwenden, denn es ist doch selbstverständlich, daß bei Meinungsverschiedenheiten ein Schreiben herüber und hinüber stattfindet. Man ist weiter dazu übergegangen, von den Kautsky'schen Broschüren zu behaupten, sie seien unklar, aber nicht propagandistisch. Was ist das für eine Listerei? Jede aufklärende Schrift wirkt propagandistisch, aber einerlei, was die Kautsky'sche Schrift ist, ob nur unklar und nicht propagandistisch oder beides, das ist ja ganz gleichgültig. Es sind zwei durchaus sachlich gehaltene Broschüren, in denen auch nicht in einer einzigen Zeile irgend eine Bemerkung enthalten ist, die man wirklich als beleidigend ansehen kann, man müßte denn eine sehr feine Haut haben. Wenn solche Broschüren von der andern Seite auf den Index gesetzt werden, kann man doch nicht fernhin von Preßfreiheit reden. Denn wenn Ihr ein Recht habt, Eure Meinung vorzutragen, hat auch die andre Richtung das Recht, und nur das ist in der Kautsky'schen Broschüre geschehen.

Im höchsten Grade bin ich überrascht, wie der Artikel von Karl Liebknecht eine Kritik finden konnte, wie sie ihm Bernstein hat widerfahren lassen. Ich habe den Artikel mit großer Interesse gelesen, es war eine der ersten Arbeiten, die ich von Karl Liebknecht gelesen habe, ich habe gefunden, daß der junge Mann eine schwebende Feder führt, und das hat mich gefreut. Aber ich bestreite entschieden und bitte den Beweis zu führen, daß darin auch nur eine beleidigende Zeile ist. Wie ist der Artikel entstanden? Jaurès hat aus der Veröffentlichung des Klassen von Liebknecht im „Vorwärts“ versucht, diesen für die revisionistische Richtung auszusprechen, und dagegen wehrt sich der Sohn, der auf dem Standpunkt seines Vaters steht; er sagt: Hände weg, der Alte ist mein Vater, der gehört nicht zu Euch. Und darin hat er vollständig recht. (Stärklicher Beifall.) Wenn also der Sohn Liebknecht den Vater, der selber nicht mehr antworten kann — und ich sage, wenn er antworten könnte, die Antwort des Alten würde noch ganz anders gelungen haben (lebhaftes Zustimmung), darauf lömte Ihr Euch verlassen — wenn der Sohn den Vater in Scham nimmt, so ist das etwas ganz Selbstverständliches. Noch einmal: es ist keine Zeile in dem Artikel, die die Gegner als Beleidigung, als Verhöhnung, als Herabsetzung ansehen könnten. Man hat also keine Ursache, sich in dieser Beziehung zu beschweren. Es ist ja außerordentlich bedauerlich, daß wir eine solche Debatte haben, die vor einigen Jahren einfach unmöglich gewesen wäre. (Sehr richtig!) Mit den Gegenfragen innerhalb der Partei, die nun einmal vorhanden sind und mit denen wir zu rechnen haben — darüber wird sich keiner täuschen —, ist es diese Art der Polemik in die Partei hineingekommen. Haben und denken sind Fehler gemacht worden, und wenn die Diskussion den Erfolg hätte, daß man sich auf beiden Seiten vergewaltigte, daß wir Genossen einer und derselben Partei sind, daß wir deshalb auch notwendigerweise gewisse Mäßigkeiten zu nehmen haben, so wäre das ein großer Vorteil.

Dr. David-Mainz:

Bebel hat wiederholt erklärt, es sei niemand nimmerdot gemacht worden in der „Neuen Zeit“, es sei für die Mitarbeiter der „Socialistischen Monatshefte“ nicht notwendig gewesen, aus der „Neuen Zeit“ zu flüchten. Bebel irrte in dieser Beziehung. Es haben in der That Mündelotmachungen stattgefunden. Ich bitte dies zunächst als Thatsache anzuerkennen zu wollen. (Zuruf: Ohne Beweis nicht!) Den Beweis hat ja Bernstein für sich geführt, ich will ihn, da Sie es provozieren, für meine Person ausführen. Ich habe seiner Zeit anlässlich der Agrardiskussion, die mich wiederholt in Gegensatz zu Kautsky gebracht hat, der „Neuen Zeit“ nach dem Erscheinen des Kautsky'schen Buches über die Agrarfrage im Februar eine aktuelle Kritik des Buches zugefandt. Die „Neue Zeit“ hat wegen Raum-mangels diese Kritik erst im Oktober desselben Jahres gebrannt. (Zuruf: Na also!) Unmittelbar nach der Drucklegung meiner Kritik erfolgte die Antwort des Genossen Kautsky. Als ich auf diese Kritik, die sehr scharfe persönliche Ausfälle enthielt, erwiderte, bekam ich die Mitteilung, meine Erwiderung würde aufgenommen werden, ich möge mich aber noch längere Zeit gedulden. (Zuruf: Beschwerde-Instanz!) Beschwerde-Instanz — mit diesem Argument hat ja auch Bebel seinen Vorwurf weiter zu begründen gesucht. Man konnte aber damals wohl selbst formell noch keine Be-

schwerde beim Parteivorstand einreichen, denn der Redacteur der „Neuen Zeit“ stand durchaus nicht in dem Verhältnis zum Parteivorstand, das letzterer ein Eingriffsrecht oder die Oberaufsicht über seine redactionelle Thätigkeit hätte ausüben können. (Sehr richtig!) Eine solche Oberaufsicht ist auch gar nicht möglich. Sie werden es aber doch begreifen, daß einem auf diese Weise das Gefühl beigebracht wird, daß die Mitarbeit an der „Neuen Zeit“ nicht sehr gern gesehen wird, wenn man auf diese Weise gezwungen hinausgearollt wird. Man kann einem gewiß keinen Vorwurf daraus machen, wenn man nun seine Meinung an anderer Stelle zum Ausdruck zu bringen sich ansieht. Die „Socialistischen Monatshefte“ sind seiner Zeit gegründet worden, um in den Kreisen der Studenten Propaganda zu machen; das Blatt ist gewissermaßen hervorgegangen aus dem „Socialistischen Studenten“ und ist damals mit großen Opfern gehalten worden. Auch an den „Socialistischen Monatsheften“ ist die Mitarbeit lange Zeit durchaus unentgeltlich gewesen, auch heute noch werden mit diesem Blatte Geschäfte in keiner Weise gemacht, es bedeutet auch heute noch ein finanzielles Opfer. Wenn man die Sache von der finanziellen Seite nimmt, wie es Hoffmann gethan hat, und behauptet, die „Socialistischen Monatshefte“ seien schuld daran, daß die „Neue Zeit“ nicht floriere, so ist das ganz hinfällig. Man müßte dann in die Finanzfrage der „Neuen Zeit“ einmal eintreten. Dann würde vielleicht die Thatsache, daß die „Neue Zeit“ finanziell nicht so floriert, wie sie wohl könnte, doch ein andres Gesicht gewinnen. Jedenfalls erfordern die „Socialistischen Monatshefte“ nicht anständig die Ausgaben wie die „Neue Zeit“. Dieses Blatt war notwendig; seine Bedeutung hat sich ganz natürlich daraus entwickelt, daß diejenigen, die die unter dem Namen Revisionismus zusammengefaßten Anschauungen vertreten, sich ein Organ schaffen mußten, in dem sie ihre Meinung ungehindert wiedergeben konnten. Dies Organ hat auch jederzeit unter der Kontrolle der Partei gestanden; das Argument Bedebel, die „Socialistischen Monatshefte“ ständen außerhalb der Parteikontrolle ist rein formell. Jeder, der für die „Socialistischen Monatshefte“ schreibt und ein Parteigeosse ist, steht mit allen seinen dort entwickelten Anschauungen unter der Kontrolle der Gesamtpartei. (Sehr richtig!) Bebel hat die Ausführungen Vernsteins über die letzte Kautsky'sche Broschüre in ihrem Kernpunkt nicht erfaßt. Diese Broschüren waren Agrarfragebroschüren gegen Bernstein und andre, worauf Vernstein das gute Recht der Abwehr hatte. Niemand aber hatte nachher das Recht, die Sache so zu drehen, als ob sich hier der gute Kautsky, der absolut Friede haben will (Unruhe) und der böse Bernstein stritten, der jenen durchaus in die Waden beißen wollte. An den „Socialistischen Monatsheften“ hat früher auch der alte Liebknecht mitgearbeitet (Zuruf: Wam!), seiner Lebedour und Rosa Luxemburg. Früher war das also offenbar gestattet; warum soll es heute verboten sein? Wenn ich die erbobenen Angriffe in das finanzielle Gewand kleiden, so kann ich das nur für einen Vorwand halten. Was gemeint ist, ist, daß gewisse Genossen, die in den „Socialistischen Monatsheften“ niedergelegte geistige Arbeit unbenutzen ist. (Widerspruch und Zustimmung.) Es publiziert in den „Socialistischen Monatsheften“ ein reiches geistiges Leben. (Zuruf: Donnerwetter! Heiterkeit.) Der reiche Inhalt, der vollständige Ueberblick über das wirtschaftliche und politische Leben werten die „Socialistischen Monatshefte“ zu einer außerordentlich wertvollen socialdemokratischen Zeitschrift (Sehr gut! Widerspruch), die man jetzt von Seiten der Richtung, die das nicht gern sieht, niederdrücken möchte. Dazu nimmt man dann solche Vorwände. Bebel hat wiederholt erklärt, kein Mensch in der Partei wolle den freien Meinungs-austausch unterdrücken. Ich bezweifle nicht die Ehrlichkeit dieser Ueberzeugung (Zuruf: Das ist sehr nett von Ihnen!) — ich meine das ganz ernsthaft (Ja! ja!) und würde es mir voraus, um etwaigen falschen Auffassungen von vornherein die Spitze abzugeben —; Ich habe diese Ueberzeugung nicht, ich sehe unter dem Eindruck, daß man versucht, den freien Meinungs-austausch hinten heranzuziehen. (Lebhafter Widerspruch und Zustimmung.) Diese Ueberzeugung habe ich der Bedebel gegenüber. Nach allen Beobachtungen der letzten Jahre giebt es in der That Leute, die es gern sehen, wenn gewisse Anschauungen möglichst schwer an die Oebren und den Geist der Parteigenossen herantommen. Von diesem Standpunkt aus lasse ich den ganzen Angriff auf. Ich stimme mit Bebel darin völlig überein, daß es unserer Partei unwürdig wäre, wenn dieser Versuch zu einem Erfolge führte. Die Annahme des Antrags Augsburg, die ich für ganz unbedenklich halte, trafe ja auch zahlreiche andre Organe, wie das „Archiv“, die „Kommunale Praxis“; sie trafe die ganze Gewerkschafts- und Arbeiter- und Genossenschafts- (Erneuter Widerspruch.) Es entspräche nicht der Würde der Partei, wenn die freie wissenschaftliche Beschäftigung ihrer Mitglieder irgendwie erschwert würde. Ich bin daher über das Schicksal dieses Angriffs ganz beruhigt und hoffe, daß er der Entwicklung der Partei und auch der „Socialistischen Monatshefte“ nicht den geringsten Abbruch thun wird. (Beifall und Pfiffen.)

Gammel-Mühlhausen:

Nicht das nicht der Streit der Litteraten hier hingeführt, sondern das sachverständige Urteil Hoffmanns über die esch-Lothringische Preßverhältnisse. (Hoffmann hatte darauf hingewiesen, daß in Esch-Lothringen ein zweites Blatt in Mühlhausen herausgegeben werde, während das Blatt in Straßburg noch zuhause kostet.) Ich will ihm sagen, wie die Dinge liegen. Am 20. September v. J. erhielten wir die Mitteilung aus Straßburg, daß uns vom 1. Januar ab von dort keine Zeitung mehr geliefert werde, weil der Parteivorstand einen weiteren Rückgang für das Mühlhäuser Kopfsollat nicht mehr leisten werde. Was sollten wir thun? Bei diesem Bescheide konnten wir uns doch nicht beruhigen. Wir mußten dafür sorgen, daß wir vom 1. Januar ab ein andres Blatt hatten. Mit Hilfe der frankfurter Genossen konnten wir aus Frankfurt a. M. ein Kopfsollat für die oberlothringische Kreise beziehen. Wenn Hoffmann das nicht weiß, sollte er sich doch vorher erkundigen. Nur und Gerich haben auf die großen Summen hingewiesen, die für die esch-Lothringische Presse vom Vorstand ausgeben worden sind. Daran trägt auch der Vorstand mit die Schuld. Auf seine Empfehlung wurde für die „Esch-Lothringische Volkszeitung“ ein Geschäftsführer angestellt, der ungenügend war.

Die weitere Diskussion wird — mit Rücksicht auf das Fest im Gadereller auf morgen verlag.

Persönlich bemerkt:

Adolf Hoffmann: Wenn morgen andre esch-Lothringische Genossen sprechen werden, wird man sehen, daß ich recht habe mit meinen Anschuldigungen der Mühlhäuser. Seine hat hier mein persönliches Geschäft, meinen Vortrags als Buchhändler hinweggezogen. Ich habe mich in meiner Rede beschränkt, überhaupt keine Personen in die Debatte zu ziehen. Ich hätte gewünscht, Heine hätte sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. Ich habe seit zehn Jahren überhaupt keine Parteibroschüre mehr in meinem Verlage verlag, sondern ein ganz andres Gebiet, das der Theaterlitteratur, betreten. Ich habe der Partei nie Konkurrenz gemacht. Ich habe auch Herrn Bloch nicht vorgeworfen, daß er die „Monatshefte“ herausgibt, sondern einen Vorwurf nur den Genossen gemacht, die durch ihre Mitarbeit ein solches Blatt hochbringen, während das andre Blatt niedergebracht wird. Heine's Argumentation verdient, daß ich ihm das Wort zurufe, das er mir einmal in einer Berliner Versammlung zurief: Adulst! **Heine:** Ich will nur konstatieren, daß ich gerade Hoffmann seinen Vorwurf daraus gemacht habe, daß er Buchhändler ist, sondern sein gutes Recht ausdrücklich betont habe, einen solchen Verlag zu haben. Ob die „Jehu Gebote“ vor 12 Jahren zuerst erschienen sind, ist ganz gleichgültig. Sie erschienen auch jetzt weiter und sind eine unserer wirkungsvollsten Agitationsbroschüren. **Hoffmann:** Diese letzte Bemerkung beschämt mich. (Heiterkeit.) Aber widerlegt hat mich Heine nicht. Er hat mir als Buchhändler das Recht abgeprochen, in dieser Frage Kritik zu üben. Aus der Art und Weise, wie ich mir mein Wort recht und scharf verdienen, daß er mir aber keinen Vorwurf machen. Ich nehme ihn ja auch keinen Verur nicht abel. **Heine:** Ich habe Hoffmann nicht das Recht der Kritik abgeprochen, sondern nur sein Argument, man dürfe der Partei keine Konkurrenz machen, durch seine eigene Person widerlegt. Nächste Sitzung: Dienstag 8, u Uhr. **Schluß 6 1/2 Uhr.**

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16-17.
Ecke Leipzigerstraße.

Belle Alliancestr. 1-2.
Am Blücherplatz.

Gr. Frankfurter Str. 113.
Ecke Andreasstraße.

Special-Angebot

Handarbeiten

- Ruhekissen, Aida-Stoff mit Volant und Füllung Stück **1 55** M.
- Bestecktaschen aus Filz für 1 Dutzend Paar Stück **1 05** M.
- Stuben-Paradehandtuch, vorgezeichnet mit Durchbruch Stück **95** Pf.
- Tischdecke, vorgezeichnet mit Durchbrucharbeit Stück **95** Pf.
- Tischläufer, vorgezeichnet mit Durchbrucharbeit Stück **1 35** M.
- Wandschoner, vorgezeichnet mit Durchbrucharbeit Stück **1 35** M.
- Stuben-Paradehandtuch, vorgezeichnet mit Saum Stück **68** Pf.
- Tischdecke, vorgezeichnet mit Saum Stück **58** Pf.
- Tischläufer, vorgezeichnet mit Saum Stück **58** Pf.
- Wandschoner, vorgezeichnet mit Saum Stück **58** Pf.

- Kissen aus Filz mit Volant, Füllung, und reicher Stickerei Stück **2 95** M.
- Besentuch, gestickt, weiss und grau, rot oder blau garniert Stück **2 75** M.

Aparte Garnitur für die Küche.

- Besenhandtuch Stück **1 95** M.
 - Küchentischdecke Stück **1 25** M.
 - Leitungsschoner Stück **60** Pf.
 - Beckenbehang Stück **60** Pf.
 - Lampenputztafeln Stück **65** Pf.
 - Topflappentasche Stück **40** Pf.
 - Eimerspindeldecke Stück **85** Pf.
- vorgezeichnet, Kreuz- oder Stielgüch, rot oder blau garniert.

Löffelkorbchen **25** Pf.
mit gestickter Einlage Stück

Gestickte Schrank-Streifen
für Wäsche- und
Küchen-Spind

2	3	4-theilig
90 Pf.	1 35 M.	1 85 M.

Tablett-Decken
vorgezeichnet mit Franzen, oval
oder eckig

Grösse 1	2	3	4
12	18	24	38 Pf.

vorgezeichnet mit Saum

Grösse 1	2	3	4
9	14	20	25 Pf.

Nadelkissen **35** Pf.
groses Blatt mit Früchten .. Stück

Ein Posten Java-Decken
Grösse ca. 35/35 50/50 50/95 135/135 cm

25 Pf.	58 Pf.	85 Pf.	95 Pf.	2 75 M.
--------	--------	--------	--------	---------

1 Posten Küchenhandtücher **48** Pf.
mit Franzen, vorgezeichnet Stück

Filz - Bürstentasche, zweiteilig, vor-
gezeichnet Stück **23** Pf.

5. Ziehung 3. Klasse 207. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 16. September 1922, vormittags.
Aus bis Gewinne über 172 342, sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Oben vermerkt.) Rückzahl verboten.

63 83 132 227 48 495 626 781 978 1036 149 44 00
220 268 96 534 96 807 72 903 73 73 2000 127 461 629
816 41 93 987 3019 528 725 40 949 4015 50 78 103 42
79 223 435 48 585 639 60 773 90 5091 147 55 65 213
428 42 735 855 99 606 6173 579 043 44 37 13001 715
67 86 889 7138 80 525 33 728 91 96 913 30 8137
506 606 75 864 70 9272 373 651 709

10025 345 54 432 39 75 685 1500 90 825 95 932
11142 51 90 206 336 821 56 761 691 916 12007 64
370 935 13000 13121 85 296 313 687 14017 28 104
370 582 827 907 50 60 15088 155 329 485 933 16127
347 78 405 677 88 927 730 17234 343 458 682 660 88
896 18392 596 612 44 779 90 963 98 19027 76 108
34 282 92 380 442 507 17 34 79 784 883 980

20010 247 323 417 70 89 548 700 35 55 808 21210
24 66 92 424 807 64 776 932 47 86 22015 140 287 396
677 781 839 23180 211 15 370 418 513 51 651 729 71
811 24001 82 115 292 384 506 709 81 905 82 993
25220 341 40 94 980 89 733 800 967 92 26042 195 254
68 541 619 763 81 27326 83 492 528 77 778 852 977
28093 116 200 084 727 923 29415 328 623 719 804 911

30007 50 85 115 454 84 754 82 905 13001 31051 454
78 501 54 620 759 814 973 32554 76 617 19 883 903
84 33166 251 68 927 730 17234 343 458 682 660 88
103 27 477 637 757 804 36 42 911 74 88 35413 629
59 734 70 36478 81 899 650 82 756 62 89 847 63 68
95 65000 37009 83 90 186 98 205 316 447 635 821 80 99
38106 85 206 83 267 750 933 39003 130 319 356 650 92
743 75 822 69 94

40228 70 381 825 740 41079 158 71 80 98 268 77
453 515 17 684 97 890 932 42113 13001 223 301 65 419
686 812 68 43464 643 771 15001 911 44170 82 321 65
490 703 972 45007 107 51 333 439 60 731 809 46002 49
77 195 478 594 603 24 27 80 843 88 912 47144 204
83 350 409 61 673 48047 147 82 274 380 521 80 99
707 32 835 49008 80 80 187 264 329 37 78 82 428 573
80 622 85 780 806 999

50002 30 120 44 234 90 343 56 437 539 60 79 929
82 51090 117 34 217 47 55 300 44 411 751 825 82
52142 76 81 93 300 433 668 739 94 823 53 970 53012
323 71 446 563 625 63 805 912 28 54008 175 561 633
55 720 83 55971 136 261 343 730 823 925 73 90
56127 32 400 573 754 98 835 900 57018 27 70 88 127
76 337 30 71 412 83 544 99 735 845 78 58184 62 214
205 433 603 51 758 79 809 54 59026 271 326 92 110001
414 41 61 768 830 93 916 32 76

60150 741 909 31 968 6134 49 573 605 30 769 75
877 86 62488 613 28 781 875 917 63193 417 33 67 542
92 600 24 35 984 87 64000 300 60007 28 355 475 92
92 65001 54 215 490 330 809 60007 28 355 475 92
597 816 917 74 67239 45 77 95 487 692 63 707 34 829
47 55 79 68 68021 13001 308 715 48 49 50 831 35
69376 521 25 70 694 784 823 39 53

70098 110 261 327 77 425 53 64 821 603 742 849
71079 13001 401 576 606 720 60 72000 25 88 94 246
91 422 607 73374 484 510 64 625 110000 81 871 92 962
73 74048 190 78 267 92 515 33 67 86 700 62 887 912
92 75000 64 111 232 71 319 473 696 816 923 76067
59 68 242 316 23 68 407 680 769 927 85 77349 479
758 873 50 78046 112 51 266 509 688 738 82 15001
948 922 97 79156 225 421 67 90 309 28 31 80 785 86 57
806 49 965 1300 78

80668 131 42 95 307 66 526 15000 702 831 35
92410 137 691 800 909 82064 163 62 226 378 414
68 599 67 88 905 83004 60 206 319 86 450 738
84009 136 248 254 418 49 66 862 95 85001 14 129
479 840 90 994 86046 118 238 390 498 581 606 19 795
973 87126 67 96 207 34 471 74 307 637 84 97 717 82
827 992 88696 500 747 54 806 23 89014 113 331 67
692 633 49 787 865 75 949

90134 87 290 628 700 808 929 91327 409 629
817 963 92082 197 225 353 85 89 412 510 19 608
43001 93008 309 60 68 919 94033 123 301 30 432
5728 838 992 95000 118 287 494 740 913 35 77 96
96183 427 535 70 615 781 883 960 97053 160 239
492 698 731 839 43 91 98032 96 135 303 426 677
804 44 30 99047 213 46 50 66 92 370 862

100028 224 13001 60 11000 490 567 780 86 938
1800 78 101276 319 406 68 509 83 84 88 95 681 96
771 830 41 65 995 102508 303 98 474 723 806 70
1103022 23 123 292 12 29 390 416 862 125 45 54
104022 392 472 582 68 775 956 1057070 125 45 54
304 403 74 838 994 103097 19 401 87 610 107005
667 211 363 477 502 630 99 13001 429 74 585 761 817
321 466 837 109122 94 331 13001 616 111257 97 359
110090 380 469 11000 505 616 111257 97 359

5. Ziehung 3. Klasse 207. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 16. September 1922, nachmittags.
Aus bis Gewinne über 172 342, sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Oben vermerkt.) Rückzahl verboten.

432 72 612 865 988 112481 592 603 980 113008
45 94 136 245 570 670 99 720 882 936 83 114086 95
180 93 205 81 305 58 497 516 33 614 297 13001 811
954 115002 107 97 110001 546 69 638 87 930 75
116087 368 563 641 76 96 709 825 956 83 117154
405 23 091 734 806 36 61 62 118101 23 233 64 471
541 617 860 94 942 79 119153 244 72 333 529 73
600 88 707 27 990

120039 721 121044 88 154 215 370 92 432 530
668 74 901 122135 68 341 46 594 737 81 99 123409
10 770 837 971 124070 212 990 125106 210 77 315
23 89 458 524 23 609 816 985 126280 91 531 38 43
92 625 766 868 931 127092 493 585 95 99 622 32 95
822 946 128060 120 310 502 56 82 129020 101 16
66 490 530 636 735 801 992

130004 115 000 161 240 342 600 816 36 49 69
907 131101 54 214 25 45 453 65 503 64 80 643 80 95
98 800 4 132233 507 81 780 133062 321 65 95 588
85 605 804 66 74 972 134217 387 800 135997 211
45 368 26 35 454 600 90 732 60 811 78 136060 30
222 418 502 657 75 762 807 46 926 137039 167 64 313
18 416 55 955 138170 221 86 319 702 139176 13001
94 220 62 453 637 743 68 838 988 90

140150 216 487 577 93 673 708 141018 159 428
520 703 89 816 55 142010 30 34 350 431 800 15001
96 143047 279 320 39 408 144067 114 788 844 974
94 145124 418 68 881 907 88 147443 513 61 703 14 876
148036 309 69 439 630 69 872 937 149338 441 95
600 21 86 867 68 950 78 90

150000 10 43 151 67 388 92 98 437 74 742 818
15001 23 151091 94 129 295 679 802 13 152342 702
153176 301 329 60 457 510 615 838 13001 71 916 49
154281 339 559 624 66 155136 63 306 21 676 738 847
156072 111 512 624 864 824 27 157005 370 458
98 567 624 53 54 62 788 807 904 158000 189 461 86
504 695 779 811 17 20 50 985 159073 144 245 361 421
621 831 78

160235 64 313 22 110001 32 436 55 61 510 31
703 849 989 161382 477 638 748 91 162076 71 34
163038 105 31 230 41 364 439 597 811 91 929 164098
200 306 517 165080 151 538 61 612 783 945 166008
321 513 821 87 907 167051 138 241 60 347 515 58 691
67 83 958 168148 287 443 70 331 641 47 743 829 83
169101 31 56 919 33

170150 780 923 171213 414 73 685 723 858 96
947 172108 288 418 520 650 79 173042 47 325 424
699 842 924 25 27 57 73 87 174061 159 73 363 73
548 740 840 996 175001 11 67 276 552 842 98 933 130001
98 176298 345 484 34 532 70 6 8 721 91 851 52 84
903 177008 70 85 149 291 457 62 538 87 742 848 93
988 178032 226 35 36 690 705 887 903 99 179111
38 315 80 499 562 739 66 79 950

180662 90 110 259 390 445 896 904 15 58 81
181457 622 82 767 942 182103 40 23 228 354 429 73
733 94 811 183034 71 110 381 96 465 95 501 61 184229
699 887 93 185241 46 358 551 707 186139 320 30 34
70 453 88 581 635 836 64 95 900 66 91 187093 198 263
302 430 583 619 861 904 72 188017 403 30 51 633 709
189191 93 706 72 933 68

190026 238 333 433 511 25 714 32 55 944 191103
209 579 821 61 963 94 192088 131 255 398 39 50 89
481 628 76 854 968 193015 46 364 505 704 95 194514
70 98 626 31 802 912 49 195320 47 414 44 705 517 920
50 74 87 196014 80 355 352 69 486 515 635 776 829 60
197078 128 63 224 344 443 574 990 198013 313 32
84 253 438 530 80 82 86 699 935 199311 50 437 84 518
47 691 852

200236 317 468 612 79 839 98 906 201097 232
78 339 519 622 32 787 960 51 66 202090 75 173 477
800 203035 64 107 45 260 693 799 925 71 2204044
150 383 413 552 34 616 29 741 43 815 68 2050911
150 382 54 74 411 110001 42 45 74 682 822 853 92
206082 108 428 40 52 519 32 967 923 207170 343
98 411 633 911 208037 47 90 217 353 412 63 67 63
626 600 853 209023 331 480 627 70 731 82 954

210067 94 113 53 246 390 11 441 518 613 95 810
89 211007 222 481 515 69 619 418 549 92 635 822 47 78
99 128 52 79 222 47 84 87 94 418 549 92 635 822 47 78
038 78 213242 318 33 41 94 488 214041 115 32 215
19 318 44 66 408 667 763 831 927 47 82 215105 426
32 689 740 899 935 216038 94 179 388 572 919 217045
340 13001 57 455 671 778 218054 69 101 514 36 60
840 62 65 988 219187 80 882 711 63 838

220080 222 23 303 419 535 221268 308 61 433
86 535 688 222577 720 887 223153 217 27 304 39
476 88 697 18 26 786 840 985 224028 131 232 464
559 874 906 98

Im Gewinnschein verbleibend: 1 Gewinn an 30 000 Mk.
3 an 2000 Mk., 4 an 1000 Mk., 5 an 500 Mk.

5. Ziehung 3. Klasse 207. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 16. September 1922, nachmittags.
Aus bis Gewinne über 172 342, sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Oben vermerkt.) Rückzahl verboten.

45 116 687 96 819 76 956 1123 274 445 831 91 2098
129 325 067 3002 122 343 96 412 529 659 79 737 895 905
79 4060 13001 67 137 209 313 73 480 539 5026 194 96
98 490 501 14 650 88 6391 437 47 62 71 73 623 41 781
905 19 33 39 7196 294 381 555 755 130000 8699
393 754 63 817 9618 819 51 961

10046 126 726 31 36 61 13001 80 11036 270 78 404
611 54 782 969 12008 96 231 30 340 419 67 529 45 77
80 676 87 756 95 932 13071 188 235 342 82 466 531 678
727 912 14078 167 296 479 767 849 63 935 15033 303
455 68 682 885 625 16294 599 690 975 17010 33 38
67 145 50 472 98 697 734 61 913 75 18143 309 442 573
718 835 89 19146 98 276 88 341 540 637 764 89 811
20230 444 814 918 32 21000 220 29 96 404 86
663 722 990 22040 95 194 383 494 625 719 29 54 933
74 86 23224 385 499 587 744 908 18 41 88 24150
216 71 84 418 89 524 83 731 846 25140 547 801 85
26036 227 43 385 714 77 858 924 73 639 772 93 983 39018
99 13001 394 484 590 32 67 684 718 900 28325 418
953 29255 79 392 13001 7 24 40 88 501 47 99 754 853 70

30007 130 280 452 518 69 648 845 984 31396 402
9 613 88 792 824 32000 2 155 299 476 621 73 33075
206 65 13001 349 51 404 632 67 34094 311 615 758 872
976 35005 127 291 436 696 99 759 813 973 36001 53
80 83 92 182 247 325 98 694 18 22 70 779 83 838 919
37022 168 200 8 367 457 69 651 722 68 38009 30
88 148 91 97 230 85 442 516 49 639 772 93 983 39018
61 279 333 77 482 510 664 72 97 912

40143 388 414 49 512 615 66 702 817 60 41341
667 725 88 825 43234 66 475 916 58 43602 979 44659
121 27 73 970 813 516 640 904 51 45010 19 106 213
26 29 83 508 805 46228 43 510 629 691 754 900 82
47223 69 308 905 42 87 739 51 818 901 48310 457
720 53 49474 563 671 732 63 941

50070 82 338 96 474 97 522 819 956 51105 41 754
77 960

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Zweiter Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

München, 16. September.

Beginn 9 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Der Vorsitzende teilt mit, daß als Vertreter der Landesorganisation der deutschen und österreichisch-ungarischen Socialdemokraten in der Schweiz Genosse Ludwig Witt aus Zürich als Gast anwesend ist.

Zunächst erstattet den

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Böble - Straßburg: Auf dem Parteitag sind anwesend 205 Delegierte mit 250 Mandaten, 37 Reichstagsabgeordnete, die Mitglieder des Parteivorstandes, die Controleure, 4 Genossen, welche auf Grund ihrer Stellung zur Parteipresse zur Teilnahme berechtigt sind, der Genosse Löwenstein-München als Landtags-Abgeordneter, ferner 12 auswärtige Gäste, deren Namen vom Präsidium des Parteitages schon bekannt gegeben wurden. Einige Reichstags-Abgeordnete sind mit Mandaten versehen und deshalb als Delegierte aufgeführt. Die Kommission beantragt, diese sämtlichen Mandate, soweit sie im Sinne des Organisationsstatuts als Mandate angesehen werden können, für gültig zu erklären.

Der Parteitag erhebt debattelos diesen Antrag zum Beschluß. Böble - Straßburg: Ein Protest liegt vor gegen das Mandat des Genossen Kroll-Chemnitz, dieser wurde in einer regelrecht einberufenen Parteiversammlung als Delegierter gewählt, auf einer späteren Konferenz wurde allerdings von den Chemnitzer Genossen der Wunsch geäußert, der Genosse Kroll solle sein Mandat wieder abgeben, was er jedoch nicht that. In dem Protest wird selbst angegeben, daß Genosse Kroll zu Recht gewählt ist, und deshalb beantragt die Kommission, dem Proteste des Vorstandes des socialdemokratischen Vereins in Chemnitz nicht stattzugeben und das Mandat für gültig zu erklären.

Dieser Antrag wird ebenfalls ohne Debatte genehmigt. Böble - Straßburg führt fort: Gegen das Mandat des Genossen Windhoff-Düsseldorf liegt ein Protest vor vom Vorstand des Arbeiter-Bildungsvereins in Ratingen und andern Genossen. Windhoff sei nicht zu Recht gewählt worden, er habe, nachdem er in einer öffentlichen Parteiverammlung bei der Wahl unterlag, eine Kreis-Konferenz einberufen und sich dort wählen lassen. In der Kommission ist festgesetzt worden, daß die dortige Neu-Organisation bereits in Kraft getreten und Windhoff von der Kreis-Konferenz mit Recht gewählt ist. Es wird beantragt, das Mandat für gültig zu erklären.

Windhoff-Düsseldorf führt aus, daß die Einberufung einer Kreis-Konferenz zu Recht erfolgte. Diejenigen Personen, die jetzt gegen mein Mandat protestieren, haben auf der Kreis-Konferenz kein Wort gegen mich gesprochen.

Das Mandat wird für gültig erklärt. Böble - Straßburg: Das Mandat der Frau Weiß als Vertreterin der Frauen und Mädchen der socialdemokratischen Partei des Wahlkreises Düsseldorf liegt nicht im Original vor, sie bringt nun die Abschrift eines von einigen Frauen unterschriebenen Mandats zum Parteitag, die lediglich von Windhoff bestätigt wurde, obwohl ihm, wie er zugibt, das Original nicht zu Gesicht gekommen ist. Die Behauptung, daß eine öffentliche Versammlung nicht mehr möglich war, ist schon dadurch widerlegt, daß das Mandat bereits am 18. August angefertigt wurde. Die Kommission hat dieses Mandat für ungültig erklärt, weil sie auch die Ueberzeugung gewonnen hat, daß man in Düsseldorf in den weitesten Kreisen von dieser Delegation nichts weiß.

Frau Weiß-Düsseldorf: Ich wurde von den socialdemokratischen Frauen in Düsseldorf zur Frauenkonferenz gewählt. Durch die Unthun der Behörden wurde es uns aber unmöglich gemacht, der öffentlichen Parteiverammlung beizuwohnen, wo die Delegierten zum Parteitag selbst gewählt werden sollten; es wurde nun zwar eine neue Versammlung einberufen, da wir aber der Ansicht waren, daß wir auch das zweite Mal ausgewiesen würden, sind wir gar nicht hingegangen. Nun haben wir zwar einen Frauenverein, in dem wir jedoch keine Politik treiben dürfen. Wir haben deshalb, um die Delegation einer Frau zu ermöglichen, auf einer Liste die Unterschriften gesammelt, durch Nachlässigkeit ist diese Originalliste verloren gegangen, sie wurde von einem Genossen seiner Frau übergeben, die sie mir übermitteln sollte. Ich bitte, das Mandat nicht zu losschicken, damit die Düsseldorf-Frauen hier vertreten sind.

Obert - Bremen erwidert, dem Antrag der Kommission beizutreten. Frau Weiß wurde schon Mitte August als Vertreterin zur Frauenkonferenz gewählt, aber ohne Delegation für den Parteitag selbst. Durch Betragen des Genossen Ludw. Schmid, der Dekan des Düsseldorf-Gewerkschaftshauses ist, haben wir festgestellt, daß es sehr wohl möglich gewesen wäre, noch eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Wenn wir nicht so verfahren, dann bekommen wir so viele Mandate von Frauen, daß es Ausschuss ergeben wird. Das Mandat der Frau Weiß wird losschickt, doch wird sie als Gast gern zu den weiteren Verhandlungen zugelassen.

Darauf wird die

Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes fortgesetzt.

Vorläufig abgeschlossen ist dabei die Polenfrage. Eingegangen ist ein Antrag 95a, Hoffmann-Berlin:

Der Parteitag beschließt: Finanzielle Verpflichtungen, welche von der bestehenden oder neu zu gründenden Parteipresse ohne Zustimmung des Parteivorstandes eingegangen werden, sind von letzterem unter keinen Umständen ganz oder teilweise zu übernehmen.

Der Antrag wird genügend unterstützt. Zu der späteren Verhandlung über die Polenfrage liegt zu dem Antrag 91 Zuzumburg eine Resolution 95 Bebel vor, die später mit zur Diskussion gestellt werden wird:

Der Parteitag wolle die letzten drei Absätze der Resolution Zuzumburg und Genossen durch folgenden Wortlaut ersetzen:

„So muß die Absonderung einer polnischen Gruppe der „polnischen socialistischen Partei“, die sich in einer Gruppe der Gesamtpartei gestellt hat, als ein ungerechtfertigtes Vorgehen angesehen werden. Der Parteitag verurteilt scharf die von der Gruppe „polnische socialistische Partei“ promovierten Doppelkandidaturen in Ober-Sachsen und ersucht den Parteivorstand, nochmals den Versuch zu machen, eine Verständigung zwischen den freitrenden Parteien herbeizuführen, die im Interesse der gesamten Socialdemokratie liegt.“

Böble - Straßburg: Es ist gestern ausführlich auf die einflussreichsten Verhältnisse Bezug genommen worden. 1894 wurde das erste in Straßburg gegründete Blatt, die „Clay-Vorbirgische Volkszeitung“, mit einem Abonnentenstand von 5000 Abonnenten von der Regierung unterdrückt. Einige von außerhalb der Reichslande empfangene Blätter hielten den Diktaturparagraphen zum Opfer. 1898 wurde ein Fonds zur Gründung eines neuen Blattes aufgebracht. Ein Fehler war es, daß man das Blatt hart in Straßburg in einem Dorfe der Straßburg erschienen ließ, um die hohe Kontion zu ersparen. Auch reichten die von den Parteigenossen aufgebrauchten Mittel für ein Centralblatt Clay-Vorbirgische nicht aus. Es haben sich nun zwischen Straßburg und Wülhausen Dinge zugezogen, die ein weiteres Zusammenarbeiten der Genossen an diesen beiden Orten unmöglich machten. — Wir bekamen durch Wülhäuser Korrespondenzen ver-

schiedene Prozesse, deren Kosten wir Straßburger nicht allein übernehmen konnten; nachdem uns nun der Parteivorstand den Zuschuß gestrichen hatte, konnten wir den Wülhäusern das Blatt nicht mehr in der bisherigen Weise liefern, wir konnten uns durch die Wülhäuser nicht unterstützen lassen, zumal letztere einen eignen Fonds für ein eignes Blatt gegründet hatten. Die Straßburger haben nun ein Lokalblatt gegründet, das, seitdem wir die Wülhäuser los sind, ganz gute Fortschritte gemacht hat. Wir sind herzlich froh, daß wir die Wülhäuser los sind. (Heiterkeit.)

Lebender-Gäst:

Zunächst muß ich bedauern, daß gestern wieder eine Verneinungs-Debatte heraufbeschworen ist. Die Genossen haben keine Lust, sich auch diesmal wieder mit der bewußten Frage zu befassen. (Sehr richtig!) Sie wollen produktiv arbeiten. Die Akademiker sind es, die die Debatte begonnen haben. (Widerspruch und Zuruf: Hofmann, Jubel!) Vielleicht wäre es rationell, wenn die Akademiker zwei oder drei Tage vor dem allgemeinen Parteitag ihren besondern Parteitag abhalten. (Heiterkeit.) Der Streit um die „S. M.“ ist nicht so erheblicher Natur. Die Artikel, die Auer und andre dafür geschrieben haben, werden von den Arbeitern besser verstanden, als die Artikel in der „Neuen Zeit“, die zu theoretisch sind. Wenn das Wissen des Arbeiters bereichert wird, so kann es uns ganz gleichgültig sein, ob das durch die „Neue Zeit“ oder durch die „Soz. Monatshefte“ geschieht. Wo das Lehrende herkommt, sollen wir es nehmen. Der Streit zwischen „Monatsheften“ und „Neue Zeit“ wäre am besten dadurch aus der Welt zu schaffen, daß Bloch die Redaktion der „Neuen Zeit“ und Kautsky die Redaktion der „Monatshefte“ übernimmt. (Große Heiterkeit.) In den verschiedenen Begründungsartikeln der Parteiblätter hieß es, dieser Parteitag werde einer der höchsten sein, den es bis jetzt gegeben hat. Dem Anschein nach ist das nicht der Fall. (Sehr wahr!)

Doch nun zurück zum Bericht des Parteivorstandes! Die Genossen, die mich delegiert haben, sind der Meinung, daß die Prekunderstellungen zu sehr angewachsen sind. Wo Ausflücht notwendig ist, soll der Parteivorstand die Presse des betreffenden Bezirks nach Kräften unterstützen, aber verpöbeln dürfen wir das Geld nicht. Mit Rengründungen haben wir schlechte Erfahrungen gemacht; da muß man vorsichtig sein. Vielleicht empfiehlt es sich, verschiedene Blätter zu verschmelzen. Wir halten die Absicht, das Frankfurter mit dem Münchner Organ zu vereinigen, um das Defizit des letzteren zu verringern, aber die Verhandlungen sind gescheitert. Weiter empfiehlt es sich, die Zeitungen zu verschmelzen. Der alljährlich wiederkehrende, finanziellen Angelegenheiten könnte dadurch abgeholfen werden, daß die Genossen nicht so viel Vergnügungsvereine betreiben. Auch sollte man den gut situierten Genossen einmal näher auf den Puls rücken und ihnen klar machen, daß es nicht genügt, den Stimmzettel für uns abzugeben, sondern daß es auch finanzieller Opfer bedarf. Die jüngeren agitatorisch thätigen Genossen sollte mehr Agitationmaterial für die Kleinarbeit geliefert werden. Dem Vorschlag von Frohme, daß der Vorstand in seinem Bericht eine genauere Uebersicht über den Stand der Organisation geben soll, schließe ich mich an.

Koll-Karlruhe:

Eine Reform der Parteifinanzen ist dringend notwendig. Dem Vorstand werden alle möglichen Verpflichtungen aufgebürdet, aber er hat keine Mittel, die Genossen zu materiellen Beiträgen zu zwingen. Er ist, von dem Ertrag der Partei-Unternehmungen abgesehen, durchaus auf freiwillige Beiträge angewiesen. In Stuttgart wurde beschlossen, daß die Organisationen und Vertrauensleute 10 Prozent ihrer Einnahmen an den Vorstand abzuliefern haben. Dieser Beschluß ist aber nicht durchgeführt worden, weil der Vorstand niemand zur Beachtung des Beschlusses zwingen konnte. Die alte Organisationsform genügt nicht mehr. Der Vorstand sollte mit der Reichstagsfraktion und den Landesvorständen zusammen beraten, wie eine festere Form gefunden und Remedur geschaffen werden kann. Die Organisationen sollten höhere Beiträge nehmen. Die Arbeiter-Gesangsvereine, die Arbeiter-Musikvereine erheben höhere Beiträge als die Partei. Der Vereinsmeierei muß entgegen getreten werden. Es wird in diesen Vergnügungsvereinen gelegentlich bei den Festen eine schlimme Deutlichkeit geübt. Auch sollten jetzt schon Extrabeiträge für die Wahlen erhoben werden, sonst muß der Vorstand wieder ungeheure Summen an die Wahlkreise geben. Der Streit um die „Socialistischen Monatshefte“ ist ganz überflüssigerweise vom Hann gebrochen worden, bei dieser Debatte kommt für die Partei absolut nichts heraus und die Genossen im Lande ärgern sich nur darüber. Ist es denn für die Partei ein Schaden, daß die „Socialistischen Monatshefte“ erscheinen? Die „Socialistischen Monatshefte“ können einem Bedürfnis entgegen und haben sich entwickelt. Die „Neue Zeit“ geht zurück. Die Ursache ist nicht bei denen zu suchen, die für die „Socialistischen Monatshefte“ schreiben, sondern in der Organisation und Redaktion der „Neuen Zeit“. Wir haben nicht das Recht, den Genossen vorzuschreiben; in dieser Zeitschrift muß man schreiben, in jener nicht. Die Hauptfrage ist, daß ihre Artikel mit den Partei-Grundsätzen in Uebereinstimmung bleiben. Die Entwicklung der „Neuen Zeit“ wird nicht durch die „Socialistischen Monatshefte“ gefördert. Tausende von Abonnenten können noch für die „Neue Zeit“ und für die „Socialistischen Monatshefte“ gewonnen werden. Die Hauptsache ist, daß agitiert wird und daß man gegenständig Toleranz übt und sich nicht fortwährend Herunterreiht. Aber die „Neue Zeit“ kostet, jezt sie wöchentlich erscheint, 1 M. monatlich, und das können sich viele nicht leisten. Die Mitarbeiter sind der „Neuen Zeit“ doch nicht durch Zufall verloren gegangen; sie hat nur noch ein paar Mitarbeiter. Bebel sagt: es wird leiner mundtot gemacht. Aber man versteht es doch, einen mundtot zu machen, wenn er un bequem ist.

Kollwagen-Augsburg:

Der Augsburger Antrag ist lediglich aus dem Bestreben hervorgegangen, verschiedene hervorragende Parteigenossen an ihre Pflicht gegenüber den Partei-Organen zu erinnern. (Sehr richtig!) Wir finden im Vorstandsbereich eine Position: Rinderumfah bei der Verhandlung Vorwärts 7899 Marx. Das hängt gewiß mit der wirtschaftlichen Depression zusammen, aber auch die Abstinenz verschiedener Parteigenossen gegenüber der „Neuen Zeit“ hat dies Resultat mit herbeiführen können. An der „Neuen Zeit“ arbeiten verdienstvoll wenige Reichstags-Abgeordnete mit, fast sämtliche Reichstags-Abgeordnete der Partei laden ihre Elaborate in den „Socialistischen Monatsheften“ ab, in einem Organ, das nicht im Parteiverlag erscheint. Wir haben einen kleinen Buchhandel und wissen, daß es die Arbeiterschaft ungeheure Opfer kostet, beide Zeitschriften lernen zu lernen. Sie müssen aber heute beide halten. Die „Neue Zeit“ muß nicht nur für Theoretiker, sondern auch für die breite Masse der Arbeiter geschrieben werden, unsere Agitatoren sollen daraus Kenntnis schöpfen. Die Kontroverse Verneinung-Kautsky ist nur dazu angethan, unseren Antrag zu stützen. Die Arbeiterkassette wird es in der gegenwärtigen ersten Zeit nicht verschiden, wenn innerhalb der Socialdemokratie fortgesetzt derartige Meinungsverschiedenheiten eine Rolle spielen. Wenn wirklich die Meinungsstreitigkeiten unterdrückt werden ist, muß Remedur eintreten. Langt die Redaktion nicht, dann weg damit, dann müssen die Beiträgen aber mit einem Antrag herbeizutreten. Besonders auffallend ist, daß auch ein Mitglied des Parteivorstandes seine Elaborate bei den „Socialistischen Monatsheften“ abläßt. Der Parteivorstand sollte in erster Linie die Organe unterstützen, die er selbst den Genossen zur Verbreitung empfiehlt. So aber gestaltet er gerade die „Socialistischen Monatshefte“ interessant. (Heiterkeit.) Auer Antrag will, daß Polemiken gegen Artikel in der „Neuen Zeit“ wieder in Organen des Parteiverlages erscheinen. Das ist das mindeste, was man verlangen kann; es muß sich ja in den Köpfen der Genossen der Eindruck festsetzen, daß es zwei Lager innerhalb der Partei giebt. Wir sind aber die einzige Partei. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen. (Bravo!)

Braun-München:

Ich bin ein ganz netter Kerl (Rufe: Na, na!), ich will nicht von den „Monatsheften“ und der „Neuen Zeit“ sprechen, sondern den Antrag von München nochmals erklären. Fischer hat diesen Antrag nicht begriffen, er hat auf das Protokoll hingewiesen, das über das Schicksal der gefassten Beschlüsse Auskunft erteilt. Nein, wir wollen, daß auf dem nächsten Parteitag mitgeteilt werde, was der Parteivorstand und die Fraktion gethan haben, um die in München gefassten Beschlüsse durchzuführen. Das ist etwas ganz andres, als was Fischer dem Parteitag weiß macht.

Kautsky:

Ich bin nicht in der Lage, so nett zu sein wie mein Freund Braun, ich muß von der „Neuen Zeit“ sprechen. Ich habe diese Diskussion nicht gesucht und auch nicht gewünscht. Wie wenig ich wünsche, daß die Verneinungs-Debatte wieder aufgenommen wird, habe ich dadurch bewiesen, daß ich auf die wiederholten Angriffe von Verneinung noch in den letzten Monaten, die mitunter sehr stark waren, keine Erwiderung habe. Habe ich aber die Diskussion nicht gewünscht, so habe ich auch gar keinen Grund, mich über sie zu beklagen. Im Gegenteil: es ist mir dadurch eine sehr angenehme Ueberzeugung bereitet worden. In den letzten Jahren wurden in der Partei allerhand Gerüchte kolportiert über das schwarze Schredensregiment, das der Großinquisitor führt, der jede Meinungsäußerung, die ihm nicht paßt, gewaltsam unterdrückt. Und was haben wir gestern und heute hier gehört? Nichts als Lappalien. Genow bedauere ich es, daß die „Neue Zeit“ eine Reihe von Mitarbeitern verloren hat, aber glauben sie nicht, daß die „Neue Zeit“ dadurch in Verlegenheit geraten ist. Ich veröffentliche viele Artikel von ganz unbekanntem Leute, aber nicht aus Mangel an glänzenden Namen, sondern weil ich bestrebt bin, aus der „Neuen Zeit“, wenn es auch eine wissenschaftliche Zeitschrift sei soll, nicht eine ausschließlich akademische Zeitschrift zu machen, sondern eine Zeitschrift, in der das proletarische Element ausgiebig zu Worte kommt. Es ist ein Organ des proletarischen Klassenkampfes und auf diesem Gebiete können wir alle von Proletariern lernen. Sind auch die Artikel mitunter uninteressant, so bilden sie doch einen der wichtigsten Teile der „Neuen Zeit“. Wenn ich Mitarbeiter verloren habe, so bedauere ich das nicht als Redacteur, sondern als Parteigenosse. Welches sind denn die Ursachen, die eine Reihe von Genossen von der Mitarbeit an der „Neuen Zeit“ zurückhalten? Einmal soll ich nicht zudringlich genug sein, ich soll den Leuten nicht immer auf der Pelle sitzen, sie nicht maltrahieren können, und zweitens soll ich die Leute schlecht behandeln und sie durch alle möglichen, mehr oder minder unständigen Weisheiten hinausjagen. Was Zudringlichkeit anbelangt, ja, in der Beziehung bin ich allerdings nicht auf beschlagen; da kann ich die Konkurrenz nach keiner Seite hin ansprechen, da muß ich den Kampf aufgeben. (Sehr gut.) Wodurch habe ich die Genossen aus der „Neuen Zeit“ vertrieben? Ich soll sie dadurch vertrieben haben, daß ich in jedem Artikel, der mir nicht paßt, eine Redaktionsnote gemacht habe. Nun, das liegt längere Zeit zurück, in der letzten Zeit ist das nicht mehr geschehen; und ich habe die Rosen nicht gemacht, um die Genossen zu degradieren, sondern weil ich gefast sein muß, daß jeder Artikel, der in der „Neuen Zeit“ erscheint, von den Gegnern gegen uns ausgenutzt würde, sobald er eine Handhabe dazu bietet. Es erscheinen eine Menge Artikel, mit denen ich nicht einverstanden bin, die ich aber trotzdem aufnehme, weil ich sie für nützlich halte, und von denen ich jedoch fürchte, daß sie gegen uns ausgenutzt werden könnten; dem beuge ich dadurch vor, daß ich darauf hinweise, daß einzig und allein der Autor für den betreffenden Artikel verantwortlich ist. Nun kann man über diese Frage denken, wie man will, jedenfalls habe ich diese Taktik vor längeren Jahren eingeschlagen und, merkwürdigerweise! damals haben die Genossen für die „Neue Zeit“ gearbeitet, seitdem wir keine Jahrbücher mehr dringen, arbeiten sie nicht mehr für uns. (Rufe: Hört! hört!) Vor dem schlechten Ton habe ich keine solche Angst, es ist das ein Zeichen einer gewissen Delusion, einer gewissen Greisenschaftigkeit, wenn man immer so großes Gewicht auf den guten Ton legt. (Sehr richtig!) Früher war es Mode, daß jeder von der Leder frei weg sprach, wie ihm der Schnabel gewachsen war. So hat es auch die Bourgeoisie in ihren guten Zeiten gemacht, erst als sie gewissenhaft wurde, hat sie sich an den guten Ton gehalten. Und das sollen wir jetzt plötzlich auch machen? Ich würde es für ein trauriges Zeichen halten, wenn wir soviel Wert auf den guten Ton legen. Trotzdem aber war ich in den letzten Jahren ängstlich bemüht, jedes Wort zu vermeiden, das irgend eine Feindschaft auf der Erde verleben und ihre zerle Haut drücken könnte. Ich habe immer gedacht, daß die Genossen das Wort Revisionisten als Ehre ansehen; statt dessen halten sie das für eine Beschimpfung; es scheint, daß die Genossen, die sich als die kritischen Genossen bezeichnen, das Recht für sich in Anspruch nehmen, alles zu kritisieren, daß sie selbst aber keine Kritik vertragen können. (Sehr richtig! Rufe: Historische Jungfrauen!) Aber gegen etwa die Genossen, die so empfindlich sind in Bezug auf den guten Ton, und in gutem Ton voran? Gerade in der sogenannten Revisionisten-Presse — entschuldigen Sie, daß ich das Wort gebrauche (Heiterkeit) — findet man nicht immer den guten Ton. Ich weise nur auf die Artikel von Jegerin hin, in denen Genossen, die für meine Programmforderungen, das Mitglieder, eintreten, als Ibioten hingestellt werden. Nennen Sie mir einen einzigen Artikel der „Neuen Zeit“, in dem in dieser Weise gegen Genossen polemisiert wird. Dieselben Leute, die sich schon gekränkt fühlen, wenn man sie Revisionisten nennt, haben Mitleid mit mangelhaftem Empfindungsvermögen, wenn andre Genossen als Ibioten hinstellt werden. Verneinung fühlt sich beleidigt durch den erfindend gefärbten Artikel von Karl Liebknecht. Nun, Liebknecht hat auf eine Provokation hin geschrieben, Jegerin ohne jede Provokation. Die Revisionisten werden von uns niemals ohne Provokation angegriffen, aber sie verlangen, daß wir zu allen Angriffen schweigen! Nun soll ich auch dadurch Genossen hinausjagen, daß ich Artikel, die mir nicht paßten, einfach hinausjagte und den Leuten auf diese Weise das Mitarbeiterverstehele. Zum Beweis wurde nun ein einziger Fall, der Fall David vorgebracht. In Wirklichkeit ist dieser Fall nicht vereinzelt, wir leiden so an Mangel, daß wir ununterbrochen nicht aktuelle Artikel zurückstellen müssen, nicht nur von Revisionisten, sondern auch von guten Marxisten. Ich habe in den letzten Jahren sogar etwa zwanzig gegen Verneinung gerichtete Artikel überhaupt zurückgewiesen. Nach der Davidischen Logik wären also die Gegner Verneinung in der „Neuen Zeit“ vollständig mundtot gemacht. Wie verhält es sich nun mit David?

Er hat im Februar einen Artikel geschrieben, der im Oktober abgedruckt wurde. Der Artikel wurde mir zu derselben Zeit eingeschickt, als eben die Großkritik von Verneinung erschienen war. Ich schrieb an David: Ihr Artikel verurteilt mich zwar sehr, aber das ist für mich kein Grund, ihn abzulehnen; ich will ihn gerne bringen, jedoch können wir nicht zwei Polemiken neben einander führen. Eben ist das Buch von Verneinung erschienen, womit sich die ganze bürgerliche Presse beschäftigt, während sich mit der Agrarfrage momentan kaum jemand beschäftigt; gestatten Sie daher, daß ich Ihren Artikel zurückstelle, bis die Diskussion über Verneinung erledigt ist. Ich habe also David nicht mundtot gemacht, sondern nur seinen Artikel zurückgestellt zu Gunsten von Verneinung. Ich habe diesen den Vorleitt vor David gelassen. Das ist die Windumkehrung der Revisionisten! Die Verneinungs-Debatte zeigt sich allerdings über den ganzen Sommer hin, aber ich habe sofort, nachdem sie beendet war, Davids Artikel abgedruckt; er schickte mir dann wieder einen Artikel, ich schrieb ihm: ich würde denselben bringen, er sei aber viel zu lang, ich würde ihn früher veröffentlichen können, wenn er ihn etwas kürzen würde. David erwiderte, ich möchte ihm das Manuskript zurückgeben, er wolle schon ab er kürzen könne; ich schickte ihm das Manuskript, aber noch und weiter sah man niemals wieder. (Hört, hört!) David hat sich darüber weder bei einer höheren

Instand noch bei mir befristet, ich wüßte gar nicht, daß er sich verlegt hätte und jetzt sagt er, seine Würde erlaube ihm nicht mehr, für die „Neue Zeit“ zu schreiben. Wenn man so empfindlich ist, dann hört allerdings alles auf. Ferner soll ich Bernstein heranzogekannt haben. Auch das ist nicht richtig; die Mitarbeiterschaft an der „Neuen Zeit“ habe ich ihm nicht verleiht, aber er war gewissermaßen mein Mitredakteur und unser persönliches Verhältnis wurde durch den Kampf ein unenträgliches, dadurch wurde auch unser Zusammenarbeiten unenträglich. Sie werden das begreiflich finden. Sollte etwa jemand verlangen, daß seine oder Volkmar mit Frau Lugenburg zusammen ein Blatt redigieren soll (Heiterkeit), ich glaube, seine und Volkmar würden das entschieden ablehnen, ob aber dann David als Beistandiger von Frau Lugenburg aufzutreten und verlangen würde, daß man sie mit Volkmar zusammenbringt, das glaube ich nicht. (Heiterkeit.) Gegen die Mitarbeiterschaft Bernsteins habe ich nie etwas einzuwenden gehabt, ich habe ihn sogar nach Schluß des Lübecker Parteitages aufgefordert, für die „Neue Zeit“ zu schreiben. (Hört! hört!) Können Sie die Sache nicht persönlich auf. Ich mußte wohl meinen Willen persönlich werden, aber täuschen wir uns nicht: Es handelt sich um tiefgehende taktische Meinungsverschiedenheiten, um Meinungsverschiedenheiten, die eben noch die italienischen Genossen aufstießen erregt und die die französischen Genossen vollständig auseinandergetrieben haben! Seien Sie froh, daß wir einig geblieben sind und daß bloß eine gewisse Neizbarkeit das einzige Resultat all dieser Debatten ist. Ich hoffe, daß diese Neizbarkeit in kurzem verschwinden wird. Wir stehen vor großen Entscheidungen. Die Reichstagswahlen werden uns zusammenschweißen und der letzte Rest von Erbitterung wird dadurch beseitigt werden, ich erwarte davon einen großen Triumph, der bei der Bourgeoisie wieder den sozialistischen Schreden hervorruft und dieser sozialistische Schreden wird noch durch die amerikanische Krise vermehrt werden. Die Reichstagswahlen, der Kampf um den Posttarif, sie bedeuten nicht das Ende des Kampfes, sie sind der Anfang des großen Kampfes. In diesem Kampfe wird der Rest von revisionistischen Nebeln zerstört werden (Widerpruch und Zustimmung) und wir werden wieder unsere Endziele in den Vordergrund stellen. (Wiederholung.) Dann werden wir alle wieder einig sein in dem Ruf: Nieder mit dem Kapitalismus, es lebe die Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall.)

Singer: Es ist ein Antrag eingegangen auf Schluß der Debatte über die Mitarbeit von Parteigenossen an den „Socialistischen Monatsheften“ sowie über den Revisionismus. (Heiterkeit.) Das scheint mir ein sehr eigenartiger Antrag zu sein. Ich kann einen Antrag verstehen, der die Diskussion schließen will, aber ein Antrag, der einen Teil der Fragen ungeschlichtet läßt, scheint mir kaum zulässig. — Der Antrag ist nicht genügend unterstügt.

Stadthagen:

Auer erwähnte, daß der Verein „Arbeiterpresse“ in übermäßiger Laune einmal „Streikverein“ genannt worden sei. Der Grund, weswegen ein großer Teil der Genossen gegen die Versicherung, für die ich durchaus bin, ist, liegt nicht darin, daß der Verein einmal übermäßig als Streikverein bezeichnet worden ist, sondern daß das leider bei der Gründung von Mitgliedern des Vereins „Arbeiterpresse“ ausgeführt worden ist, man dürfe in die Statuten nichts hineinnehmen, was einen Streik hindert, man müsse einen Streik als letztes Mittel gegen die Organe der Partei reservieren. (Hört! hört!) Ich freue mich, daß im Laufe der Entwicklung des Vereins „Arbeiterpresse“ diese Richtung ziemlich gleich Null geworden ist. Wäre das nicht so, so müßte der Verein zweifellos auf das schärfste bekämpft werden. Ein Vorwurf ist also nur zu erheben gegen diejenigen Mitglieder des Vereins, die in der That einen Streikverein daraus machen wollten. Was die Frage der „Socialistischen Monatshefte“ anlangt, so habe ich selten so viel Anzüglichkeiten aneinandergehäuft gefunden wie gestern. David sagte, es seien die „Socialistischen Monatshefte“ unter großen Opfern selbstlos ins Leben getreten. Die Thatsachen sind absolut andere. Der „Socialistische Akademiker“ ist im Jahre 1893 nicht von den jetzigen Mitarbeitern der „Monatshefte“ gegründet worden, sondern von anderen (Sehr richtig!) unter persönlichen Opfern und schweren Geldopfern. Damit sollte nicht ein sozialdemokratisches Organ — das ist es auch heute noch nicht — gegründet werden, sondern ein sozialistisches Organ, das allen Richtungen des Sozialismus Raum giebt. Ich habe die Schriftstücke und die Anträge hier. 1897 ist das Blatt umgewandelt in die „Socialistischen Monatshefte“. Das Programm ist daselbst geblieben, es sollte ein Organ sein, das alle sozialistischen Richtungen, also auch die kathechrisch-socialistischen, die liberal-socialistischen usw. umfaßt.

Die damaligen Gründer haben sich zum großen Teil zurückgezogen, als das Blatt in den Verlag von Edelheim überging. Einige von den Gründern hatten für die Unterstüttung des Blattes über 500 Mark jährlich beigetragen. Selbstverständlich brauchte ihnen Edelheim diese Opfer nicht zu erstatten; die Betreffenden hätten das wohl auch kaum angenommen. Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn ein Sozialdemokrat unter Hervorhebung seines Namens in irgend einem bürgerlichen oder antisozialdemokratischen Blatte schreibt. Wenn aber von einem Blatt, wie die „Socialistischen Monatshefte“, ausdrücklich erklärt wird, daß sie kein sozialdemokratisches Blatt sind, sondern ihre Spalten allen sozialistischen Strömungen öffnen: so soll man nicht damit kommen und unter der Platte, daß es ein Parteiorgan sei, Klatsch machen in einer Art und Weise, daß Edelheim und Wertheim die reinen Waisenkinder dagegen sind (Sehr gut! Große Heiterkeit!) Von allen diesen Dingen haben die Herren Mitarbeiter wahrscheinlich gar keine Ahnung. Die „Socialistischen Monatshefte“ wollen einen Teil freiden zwischen die Gewerkschaften und die Partei, ein Versuch, der auf das allerhöchste bekämpft werden muß. Der Redakteur ist ja ein Sozialdemokrat. Ich kenne Herrn Bloch und weiß, daß er sich als einen Sozialdemokraten achtet. Aber noch im vergangenen Jahre war er der Meinung, daß der Franz Oppenheimer nie für andre Parteien als die sozialdemokratische eingetreten sei. Von einem so gewandten Redakteur sollte man annehmen, daß er wenigstens die Stellung von Leuten wie Oppenheimer kenne, der nie aus seiner Ansicht ein Hehl gemacht hat; Oppenheimer ist nie Sozialdemokrat gewesen, er schrieb noch im Oktober 1901 in der „Welt am Montag“ in einem Artikel über Rudolf Virchow: „Wir, die wir nach wie vor unerschütterlich auf dem Standpunkt stehen, daß nur der Liberalismus im alten ersten Sinne die Welt erfüllen kann, die wir die Ueberzeugung von der psychologischen Unmöglichkeit der sozialistischen Erwartungen teilen usw.“ (Hört, hört!) Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe von Fällen anführen. Also der zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie, zwischen Anarchismus und Sozialdemokratie und Unterschied nicht herankommen kann, der auf Anfrage von wirklichen Sozialdemokraten erwidert hat: „Selbstverständlich sind Anarchisten und Oppenheimer usw. alles Sozialdemokraten!“ (Woh! Vers! ruf! Das ist alles gelogen!) Wenn Sie, Herr Bloch, auch einen solchen Ton in Ihrem Organ, den „Socialistischen Monatsheften“, haben, so haben Sie doch kein Recht, hier eine derartige unverschämte Redewendung zu gebrauchen! (Große Unruhe. Hört, hört!)

Singer (unterbrechend): Ich habe den Zwischenruf nicht gehört; würde ich ihn gehört haben, so würde ich ihn mit derselben Entschiedenheit wie Stadthagen gerügt haben. — Ich muß sagen, daß es ein Mißbrauch des Gastrechtes ist, wenn jemand, der nicht Mitglied des Parteitages ist, sich herausnimmt, in einer solchen Weise die Verhandlungen des Parteitages zu stören. — Ich hoffe, daß das nicht wieder vorkommt, sonst müßte man entsprechende Maßregeln ergreifen.

Stadthagen (fortfahrend): Die „Socialistischen Monatshefte“ sind keineswegs ein sozialdemokratisches Organ, so viel Sozialdemokraten daran auch mitarbeiten mögen. Im übrigen bemüht sich der Redakteur, wie uns ja gestern erzählt ist, mit solcher Liebenswürdigkeit bei seinen Mitarbeitern um Artikel, daß man sich vor einem Reisenden nicht retten kann. Nach den Mitteilungen, die mir von Genossen Julian Vorkordt-Königsberg geworden sind, liegt seit dem Jahre 1900, d. h. seitdem das privatkapitalistische Unternehmen Edelheim

dahinter steht, System darin, daß man diejenigen zur Mitarbeit aufgefordert werden, die sich Revisionisten nennen und dann nachher sich darüber beklagen, daß sie Revisionisten genannt werden. (Sehr gut.) Mir ist von Julian Vorkordt, der selber von Bloch zur Mitarbeit aufgefordert wurde, im vorigen Jahre ein Brief zugegangen, in dem dargelegt wird: Vorkordt hatte in der Leipziger Endkunderevision-Affäre einen Gegenartikel geschrieben, Bloch erklärte, er könne ihn nicht aufnehmen, aber nicht wegen des Inhalts, sondern wegen Raummangels, die Sache sei allerdings aktuell, sie könne ja aber noch 4-5 Monate lagern. Bloch fuhr dann fort: „Ich mache Ihnen folgenden Vorschlag: Sie lassen Ihren Artikel zunächst einmal ruhig liegen. Sowie ich nur irgend Raum erübrigen kann, teile ich es Ihnen mit, und Sie senden mir das Manuskript wieder ein, allerdings etwas umgeändert. Der aktuelle Fall ist dann vermutlich nicht mehr von Interesse usw.“ (Große Unruhe.) Genosse David, das ist Ihr Redakteur? (Sehr gut!) Aus dem Cirkular, das der Verlag der „Socialistischen Monatshefte“ gegenüber dem Presekretar des Parteivorstandes erlassen hat, möchte ich Ihnen gleich einige Stellen vorlesen. Für den „guten Ton“ gewisser Partei-Organen will ich zuvor nur noch eine mir vorliegende Zeitungsausschnitte zitieren, wo davon die Rede ist, daß der Sozialdemokrat auf ihrem Parteitage von den Uebertheoretikern, den Ueberdogmatikern, den alles oder nichts- und mit dem Kopf durch die Wand-Politikern aus unsrer Reihen Anspöckel zwischen die Beine geworfen werden, daß diese Männer versuchen würden, den Parteitag auf das Niveau ihrer Geistesfreiheit herabzuziehen. (Hört, hört! Große Unruhe.) Das ist der gute Ton! Ich bezweifle nicht, daß Sie einen guten Ton haben, nur behalten Sie ihn bei sich. (Große Heiterkeit und Unruhe.) Der Verlag der „Socialistischen Monatshefte“ wendet sich an die Gewerkschaftsführer und bittet, die „Socialistischen Monatshefte“ doch unter allen Umständen abonnieren zu wollen. Es heißt da in dem Cirkular: „Wir wissen zwar, daß die jetzige Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit es vielen Genossen fast unmöglich macht, selbst den geringen Abonnementspreis der „Socialistischen Monatshefte“ aufzutreiben. Andererseits glauben wir, daß die „Socialistischen Monatshefte“ so viel Wertvolles bieten, daß niemand, der nicht durch Not direkt dazu gezwungen ist, auf ihre Vorteile verzichten sollte.“ Weiter wird gesagt, was die „Socialistischen Monatshefte“ alles bieten; schließlich wird ausgeführt: „Wir werden Ihnen zu nächst vorschlagen, daß Ihre Organisation als solche auf ein Exemplar der Zeitschrift abonniert. Ferner wäre es sehr zweckmäßig, wenn Sie dieses Schreiben in Ihrer nächsten Versammlung vorlesen und daselbst zum Abonnement der Zeitschrift auffordern wollten. Als Gegenleistung für die damit verbundene Mühe erbieten wir uns für jeden Abonnenten, den Sie uns auf der Liste angeben, an die Kasse der Organisation den Betrag von 50 Pf. zu zahlen.“ (Hört! hört! Große Unruhe.) Mit solchen Mitteln kann allerdings ein Parteiorgan nicht vorgehen. Die „Socialistischen Monatshefte“ sind auf dem Gebiet der periodisch erscheinenden Zeitschriften genau das, was der „Lokal-Anzeiger“ und die übrige Generalanzeiger-Presse müssen Parteizeitungen gegenüber sind. Wir müssen verlangen, daß nicht ein Organ sich bildet, wie es die Redaktion zweifellos thut durch einseitige Duldung eines Standpunktes, lediglich gegen die Partei Front macht, so daß wir im Reichstag in jeder Session gegen die „Socialistischen Monatshefte“ haben aufzutreten müssen. Auch in dieser Session haben wir — allerdings fehlt der Hinweis in dem Parlamentsbericht für die Arbeiterpresse — in der Volksfrage die „Socialistischen Monatshefte“ wieder von den Hochschöhen abschütteln müssen. Das ist kein sozialdemokratisches Organ. Arbeiter, die noch einen Rest von selbständiger Denksucht bewahrt haben, sollten nicht auf die Autoritätsdünkel hineinfallen, von der dies Blatt allerdings voll ist. (Lebhafter Beifall und große Unruhe.)

Volkmar:

Ich bin der Meinung, daß man in solchen Dingen nicht an die Leidenschaft, die gewöhnlich blind ist, sondern einfach an den Verstand appellieren soll. Ich bin persönlich eigentlich recht wenig in der Frage interessiert, ich habe ein einfaches, schlichtes Gemüt (Heiterkeit), das nicht sehr schriftstellerisch veranlagt ist, und ich empfinde wenig das Bedürfnis, jeden Gedanken, der mir kommt, augenblicklich auch anderen Leuten aufdrängen zu wollen. Ich habe mich an der Diskussion über den ganzen Komplex von Fragen, um den es sich hier dreht, wenig oder eigentlich gar nicht beteiligt. Pflichtgemäß habe ich vor den Versammlungen der Parteitage die verschiedenen Streitfragen der letzten Jahre wieder nachgesehen, und ich habe mich gefreut, daß ich recht daran gethan habe, mich nicht zu beteiligen. Nach genauer Einsicht habe ich mir sagen müssen, daß nach meiner Auffassung neun Zehntel aller Befragten hätte bleiben können (sehr richtig!), ohne daß die Partei etwas dabei verloren hätte. Ich werde mich also nicht weiter, als notwendig ist, auf die Sache einlassen. Die Thatsache steht fest: es wird darüber gesagt, daß die „Neue Zeit“ fortwährend zurückgeht. (Zurufe.) Ich denke: ein Blatt, das 10000 Mark Defizit macht, wird wohl zurückgehen. (Zuruf: Das war immer so!) So, dann ist es immer zurückgegangen. (Große Heiterkeit.) Das Blatt steht schlecht, macht Defizit, trotz der Autorität der Partei, während andererseits die „Socialistischen Monatshefte“, wie man über sie auch denken mag, fortwährend in die Höhe gegangen sind und gegenwärtig eine Verbreitung erreicht haben, die andern Blättern ganz angenehm sein würde. Ueber diese Thatsache ist zunächst weiter nicht zu reden. Ich bestreite durchaus nicht, daß das nicht angenehm für die Partei ist und daß es kein regelmäßiger Zustand ist, während die andre Zeitschrift, die sehr lange kein Partei-Organ war und erst seit einigen Jahren in Wirklichkeit diesen Titel verdient, sich so weiten Einfluß verschafft hat. Es scheint mir aber doch höchst merkwürdig, daß unter so vielen klugen Männern, die über diese Dinge gesprochen haben, keiner den Grund, der die Lage verursacht hat, klar erkannt hat. Mir scheint es das einfachste von der Welt, daß die Ursache zunächst da zu suchen ist, wo sie vernünftigerweise zu suchen ist, das ist bei der Redaktion. Alles spräche doch dafür, daß ein Blatt, das die Autorität und den Geldbeistand der Partei hinter sich hat, einen außerordentlichen Einfluß erreichte und in die Höhe kommen müßte. Wenn es das nicht gethan hat, so kann das nur an der Redaktion liegen. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, bin ich der Ueberzeugung: Sie können beschließen, was Sie wollen, eine Aenderung tritt so lange nicht ein, als nicht andre Redaktionsprinzipien eintreten. Kautsky hat, wie auch früher, die Sache ja sehr hübsch dargestellt; er hat gesagt: „Was macht man mir eigentlich zum Vorwurf? Das sind ja Kappalien!“ Für mich steht aber die Sache einfach so: In Kautsky, über dessen Verdienste und Fähigkeiten ich ihm keine Komplimente zu machen brauche — die stehen fest — lebt ein Geist der Einseitigkeit, der Engbrüstigkeit, der Unbilligkeit gegenüber andern Meinungen, wie es in unser Partei kaum bei einem andern hervorragenden Parteigenossen der Fall ist. Daß das nicht bestritten werden kann, hat uns Kautsky ja selbst auf dem Parteitage im vorigen Jahre gesagt, als ihm dort persönliche Vorwürfe gemacht wurden und als man von der Denkfreiheit sprach, die wir gegenüber den bürgerlichen Parteien forderten, hat er es als einfach lächerlich bezeichnet, die gleichen Anforderungen an die Denkfreiheit innerhalb unserer Partei zu stellen. Denn die bürgerliche Gesellschaft sei ein Zwangsinstitut, aber der Eintritt in unsere Partei sei etwas freiwilliges, infolgedessen könne man diese Forderung nicht stellen. Er hat hinzugefügt, er betrachte als erstes die Einseitigkeit der Partei. Es geht ihm damit so, wie Goethe sagt: „Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist der Herren eigener Geist.“ Die Einseitigkeit der Partei, das ist für mich die Einseitigkeit, die eure Grundzüge, eure spezielle Meinung bedeutet. Andre Ansichten werden als falsch betrachtet, sie werden nicht litterarisch bekämpft, sondern man sucht sie auf jede Weise niederguzwingen. Das ist der Unterschied, der zwischen der „Neuen Zeit“ und den „Socialistischen Monatsheften“ besteht. Was der Verleger der „Monatshefte“ macht, davon weiß ich nichts, das geht mich auch zunächst nichts an. Es handelt sich um den litterarischen Inhalt. Jeder einzelne Parteigenosse, der dort schreibt, tritt mit seinem Namen auf, deckt seine Ansichten verantwortlich, und es wird einfach der Meinung der Leser überlassen, ihre Facit zu ziehen. Das will aber gerade Kautsky nicht, er hat ja erklärt, daß sein Organ nicht dazu

da sei, verschiedene Meinungen zu vertreten, sondern die Einseitigkeit der Partei soll darin verteidigt werden. Er sagt nun: das sind Kappalien. Ich möchte einen Vergleich ziehen: ich gehe nicht gern in eine Versammlung, in der ein erblicher, d. h. immer der gleiche Vorgesetzte vorhanden ist, der mir in der Debatte nur mit Mißtrauen entgegentritt und mir bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ins Wort fällt, der mich meine eigenen Gedanken nicht einmal richtig ausführen läßt und dann hinterher bei jeder Gelegenheit mit dem schwersten Geschnitz auffährt. Das ist nicht nur einem, das ist vielen geschehen. Es ist heute gefragt worden, was denn eigentlich so schlimmes gewesen sei. Haben Sie denn die Debatten der letzten Jahre vergessen? Erinnern Sie sich nicht, daß einer Reihe von Genossen, mich nehme ich aus — mir ist es Wurst (Heiterkeit) — sehr schlimme Dinge vorgeworfen worden sind, daß sie lächerlich gemacht sind? Die Vorwürfe, ihr Thun sei geeignet, die Partei zu sprengen, sie seien auf dem Wege ins bürgerliche Lager hinüber, sind doch unter Sozialdemokraten keine Kleinigkeiten. Im vorigen Jahre hat sich selbst Ueber veranlaßt gesehen, dem Kautsky einen kleinen Stammbuchvers zu schreiben. Damals hat es geheißen: Wir haben uns geschlagen und werden uns wieder betragen und es ist auch schon eine gewisse Besserung eingetreten. Aber es scheint auch das Äußerste zu sein, was Kautsky überhaupt zu leisten vermag. Ich halte es nicht für recht, wenn die Redaktion über alles, was in der deutschen und ausländischen Sozialdemokratie geschieht, von oben herab urteilt, wenn Kautsky, der Mann, der an der Spitze der größten Wanderversammlung in Frankreich steht, der „große Parteiverberber“ genannt wird, der nicht schnell genug verschwinden könne. Und wie unhöflich, um nicht mehr zu sagen, hat man dem Genossen Vanderveelde erwidert, als er seinen Brief veröffentlichte. Das erachte ich für eine Taktlosigkeit, das kann vielleicht in einem freien Organ geschehen, aber in einem Organ, das sich annahm, das wissenschaftliche Organ der Partei zu sein, muß der Redakteur sich jeden Augenblick der Verantwortung, die er trägt, bewußt sein. Nun wird gesagt, man könne sich ja beschweren. Das antworten uns auch die Minister jedesmal auf unsre Anklagen. (Heiterkeit.) Es heißt dann, wo sind denn die Beschwerden? Nicht wahr, Herr Geheimerat, es sind keine da? (Erneute Heiterkeit.) Wer würde sich auch gerne beschweren über einen Redakteur wie Kautsky. Ich glaub ihn genau zu kennen, um zu wissen, daß Beschwerden gar nichts ändern würden. Kautsky muß so genossen werden, wie er ist (Heiterkeit), er wird sich nicht ändern oder höchstens nur noch einseitiger werden, als er schon ist. (Heiterkeit.) Bebel hat ja schon in einem Artikel, den er im vorigen Jahre auf eine Aeusserung von mir in einer hiesigen Parteiversammlung geschrieben hat, den Einwand gemacht: warum beschwert man sich nicht? Ich stelle die Gegenfrage: wenn wirklich die Partei-Anstalten und der Vorstand so leicht bei der Hand sind, hier Remedur einzutreten zu lassen, warum haben wir denn bei den zahlreichen unerhörten Dingen, die in der „Neuen Zeit“ vorgekommen sind, nie etwas von einem Eingreifen des Parteivorstandes gehört? (Wannsch ruf: doch!) Ja, hinterher wie es gebricht war. Auf den ersten Artikel der Serie über die Opportunisten hättet Ihr schon genau sehen können, worauf die Sache hinausgeht, und sagen können: in der Weise verfährt man nicht gegen Parteigenossen. Aber nichts habt Ihr gethan. Ihr habt es hinausgehen lassen und die Betreffenden haben sich damit abfinden müssen. Also damit kann man mir nicht kommen. Der Geist, der in der Redaktion der „Neuen Zeit“ herrscht, ist eben derartig, daß die Leute weggegangen sind. Welchen vernünftigen Grund könnt ihr denn dafür angeben, daß bekannte Parteigenossen, Reichstags-Abgeordnete für die Mitarbeit der „Neuen Zeit“ verloren gegangen sind? Wollt Ihr etwa die Theorie aufstellen, ein Komplott sei im Gange, um die Partei zu sprengen oder ins bürgerliche Lager zu führen? Das wäre doch lächerlich, es muß doch ein Grund vorhanden sein. Und das ist der: Sie haben sich abgefunden gefügt durch den Geist der in der Redaktion der „Neuen Zeit“ herrscht, der ihnen nicht den nötigen Ellenbogenraum läßt, und deshalb sind sie zu dem andern Organ gegangen. Wenn eine Aenderung in der „Neuen Zeit“ möglich wäre, würde ich mich am meisten darüber freuen. Ich erkläre aber, daß ich das für gänzlich ausgeschlossen halte. Es ist der ewige Geist der Kontrolle, der Geist der Disziplin — einer falschen Disziplin — der Disziplin des Kaiserhofes, gegen den man sich wendet; denken Sie doch daran, daß Sie es mit selbständigen Menschen zu thun haben. Lassen Sie sie sich doch aussprechen und die Partei entscheiden, es ist ein Gefühl der Schwäche, wenn man das verhindern will. (Sehr richtig!) Der Antrag Augsburg ist nach meiner Meinung geradezu grotesk. (Heiterkeit.) Ich habe geglaubt, als ich den Antrag las, die Augsburger hätten sich in der Adresse geirrt, es sei ein Antrag für die Centrumpartei, für die Kirchenorgane mit dem Censor obenan, wo nur eine Meinung recht ist. Ich spreche weiter nicht gegen den Antrag, zumal der Antragsteller ebenso glänzend gegen den eigenen Antrag gesprochen hat. (Heiterkeit.) Lassen Sie ruhig alle Meinungen frei ansprechen, sobald es in ehrlicher und loyaler (Auf: loyaler!) Weise geschieht. Lassen Sie keine Zwangsmaßregeln eintreten! Bebel meinte gestern, von einer Einschränkung der Meinungsfreiheit sei keine Rede. Aber der Antrag Augsburg bedeutet das (Webel: Ich bin nicht für ihn), aber andre Leute sind noch im Saale. Es wird darin gefordert, daß Polemiken nur in Parteiblättern ausgefochten werden dürfen. Das heißt doch nichts weiter als: Wenn es dem Parteiverlag nicht gefällt, den Artikel aufzunehmen, dann sind die Leute mundtot. (Sehr richtig!) Sobald die Parteigenossen versuchen, Artikel zu verhindern, denen sie weiter nichts vorwerfen können, als daß sie in einer Zeitschrift erscheinen, die nicht im Parteiverband steht, dann handelt es sich um einen Meinungsdruck, dann will man die Meinungsfreiheit unterdrücken. Ich glaube nicht, daß Sie das thun werden, schon deshalb nicht, weil es keinen praktischen Erfolg hätte. Das einzige, was geschehen könnte, wäre, daß das blühende Leben, das sich in den „Socialistischen Monatsheften“ entwickelt, erstickt würde, ohne daß damit der „Neuen Zeit“ geholfen wäre. Wenn Sie glauben, daß sich dann die betreffenden Genossen dem Censurgesetz Kautskys unterwerfen werden, dann täuschen Sie sich, sie würden es einfach unterlassen, überhaupt zu schreiben und nichts würde an die Stelle treten. Wenn der Versuch unternommen würde, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, dann wäre der kein echter Sozialdemokrat, der es fertig bräme, sich einer solchen Censur zu unterwerfen. Das wäre wahrhaftig nicht der Mühe wert, zur Sozialdemokratie zu gehen und die alten Unfreiheiten los zu werden, nur um sie mit einer neuen zu vertauschen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Jettin-Stuttgart:

Ich stimme in vielen Beziehungen mit der Kritik überein, die an der „Neuen Zeit“ geübt worden ist. Es ist kein Zweifel, daß die „Neue Zeit“ vielfach der Aktualität entbehrt, kein Zweifel auch, daß es ihr nicht immer gelungen ist, in dem gleichen Maße wie die „Socialistischen Monatshefte“ neue Kräfte zur Mitarbeit heranzuziehen. Niemand, glaube ich, ist ungenügend, der diesen Mangel mehr empfunden als Kautsky selbst. Aber diese Mängel sind zum Teil sehr erklärlich, es verbindet eben nicht jeder die Eigenschaften eines betrieblichen Geschäftsführenden zugleich mit der Gesplogtheit, sich als Redakteur zur Vorderthür hinauszuwerfen zu lassen und zur hinteren Thür wieder hereinzurollen. (Sehr gut!) Vielesicht werden die Anregungen, die Kautsky heute empfangt, dazu beitragen, daß er sich nicht und mehr jenem Ideal des Redakteurs nähert, das seine gestern aufgestellt hat, und daß er auch ein solcher mündlicher Redakteur wird (Heiterkeit), der es lernt, die Leute breit anzulagen, denen, wie seine sich ausdrückt, gar nicht viel an der Mitarbeiterschaft gelegen ist. Was die Heranziehungen weiterer Kräfte anbetrifft, auch solcher, deren Entwicklungsgang noch nicht abgeschlossen ist, so kann man ganz gut die Bedenken begreifen, die Kautsky davon abgehalten haben, solchen Kräften einen breiten Spielraum in der „Neuen Zeit“ einzuräumen. Es ist das Verantwortlichkeitsgefühl, das er als Leiter des offiziellen Organs der Sozialdemokratie, der Gesamtpartei und seinem eigenen Gewissen gegenüber hat, es ist die Erkenntnis, daß die „Neue Zeit“ in Kreise dringt, wo der einzelne Leser nicht alles so nach-

Sprechen kann, wie es Vollmar als Ideal hingestellt hat, ein Ideal, das wir heute noch nicht verwirklicht sehen. Gerade in den letzten Jahren ist es gelungen, neue Kräfte heranzuziehen und zwar erstens Arbeiter aus dem Proletariat selbst. Sie dürfen nicht die einzelne Nummer der „Neuen Zeit“ mit der einzelnen Nummer der „Monatshefte“ vergleichen. Bedenken Sie, daß das eine ein Monatsblatt, das andere ein Wochenblatt ist. Man hat als einen der wichtigsten Gründe, weshalb es so vielen Genossen beliebt worden ist, an der „Neuen Zeit“ mitzuarbeiten, den Ton derselben angeführt. Es ist darüber schon manches Wort hier gesagt worden, ich will nur das eine hinzufügen: wenn die Revisionsisten sich durch das Wort Revisionist beleidigt fühlen, könnten wir uns nicht mit demselben Recht beleidigt fühlen, wenn man uns fortwährend Revolutionäre mit dem 4fachen r nennt, oder die Unentschiedenen, die Zielbewußten usw.? In dieser Beziehung ist, wie schon in Läden gesagt wurde, gefündigt worden in und außerhalb Deutschlands, und wir haben uns da gegenseitig gewiß nichts vorzuwerfen. Kautsky ist der Vorwurf der Einseitigkeit gemacht, aber das Material, das zum Beweis dafür angeführt wird, reicht nicht aus. Der Redakteur derjenigen Zeitschrift, die sich nicht nur annimmt das wissenschaftliche Organ der Partei zu sein, sondern die es tatsächlich ist, es von Anfang an auch gewesen ist, wenigstens aus bestimmten Gründen vielleicht die offizielle Anerkennung gefehlt hat, ist zu einer gewissen Reizbarkeit gekommen, die sich ein außerhalb der Kontrolle der Parteistellungen stehendes Organ nicht anzuverleihen braucht. Kautsky hat schon darauf hingewiesen, welche Rücksichten zu nehmen er gezwungen ist. Aber es kommt noch ein anderes hinzu: als Redakteur der wissenschaftlichen Zeitschrift der Sozialdemokratie hat er auch darüber zu wachen, daß die Ansichten sich immer mehr klären und immer weiter entwickeln werden. Da ist er der Partei wie seinem Gewissen dafür verantwortlich, daß solche Meinungen zum Ausdruck kommen, die seiner eigenen festen Überzeugung nach im Interesse der Gesamtpartei, im Interesse des gewaltigen proletarischen Massenkampfes liegen, und durch des Verantwortlichkeitsgefühl ist er ohne Zweifel verpflichtet, manchmal dem oder jenem Artikel eine Fußnote oder das von David bemängelte Schwänchen anzuhängen. Wenn David darin schon eine Beschränkung der Meinungsfreiheit und der Kritik erblickt, so bedauere ich ungemein, daß wir nicht die ungeschriebenen Artikel oder die ungeschriebenen Reden von David gehört beziehungsweise lesen, worin er sich entschieden verteidigt hätte gegen die Aufforderung des „Kautskyschen Volkstums“, der Genossin Luxemburg den Parteimanifest anzugelenken. Wenn wir die ganzen Vorwürfe, die heute erhoben worden sind, betrachten, so sieht es mit den beiden Zeilen so aus: man erkennt wohl das Recht an, die alte Richtung, um sich so auszudrücken, mit aller Schärfe zu kritisieren und auch im schärfsten Tone zu belächeln, man verwahrt sich aber mit allem Nachdruck gegen die Pflicht, selbst jeden scharfen Ton zu vermeiden, man fordert die weitestgehende Meinungs- und Bewegungs-freiheit für die eigenen Ansichten, ist aber empört, wenn auf die Kritik die Gegenkritik mit derselben Freiheit antwortet. Man verlangt eine souveräne Verachtung jeglichem alten Dogma, verlangt aber auf der anderen Seite den unbegrenzten Respekt vor dem eigenen Dogma! Wenn die „Neue Zeit“ vielleicht manchmal bezüglich des Tones wie auch der Tendenz und der Belämpfung anderer Tendenzen im Uebereifer gesündigt haben mag, so wird das begreiflich durch die geschichtlichen Bedingungen, unter denen sie ins Leben getreten ist. Was ist denn die „Neue Zeit“ für die Partei gewesen? Sie war tatsächlich ein Windbeutel, welches das große wissenschaftliche Erbe unserer Meister Marx, Engels, Lassalle etc. zubereitet und nutzbar gemacht hat der Tagespresse, der praktischen Tagesarbeit, dem praktischen politischen Kampf. Und dieser hohen Aufgabe mühte sie sich nicht nur gerecht werden, indem sie die Grundzüge, auf denen unser Programm und unsere Politik ruht, in ruhigen sachlichen Artikeln entwickelte, nein, sie hatte auf der anderen Seite auch die Aufgabe, alle jene bürgerlichen Kreise und Blätter abzuwehren, die den Sozialismus verfälschen und sich an die Rücksicht des Proletariats anhängen wollten. Sie hat den wissenschaftlichen Sozialismus gleichsam in die Partei einführen müssen in stetem Kampf mit dem Pseudo-Sozialismus. Das Massenhandwerk ist ein rauhes Handwerk, und wer sich fortwährend mit den Gegnern herumschlagen muß, der schlägt unwillkürlich auch mal im Kampfe mit den Genossen einen scharfen Ton an, der besser vermieden wäre. Soll die „Neue Zeit“ der Aufgabe getreu bleiben, die sie bis jetzt erfüllt, ich darf wohl sagen glänzend erfüllt hat, so ist es notwendig, daß alle Parteigenossen, die dazu fähig sind und sich berufen fühlen, in rücksichtloser Weise für die „Neue Zeit“ zu arbeiten. Das ist möglich. So gut wie sich die beiden Tendenzen im praktischen Tageskampf der Partei, auf den Parteitag trotz scharfer Auseinandersetzungen doch stets friedlich und scheidlich mit einander vertragen haben, so gut muß und kann das auch in dem Organ der Sozialdemokratie, in der „Neuen Zeit“, der Fall sein. Nur wenn das eintritt, werden uns jene Kräfte wieder zufrühen, die jetzt verärgert und verbittert beiseite stehen. Nur dann kann die Partei sein, was sie sein soll und was sie auch zu sein im Stande ist. Das ist aber das ist, ist nicht nur notwendig im Hinblick auf die bevorstehenden Kämpfe, von denen Kautsky gesprochen hat, sondern auch im Hinblick auf die kleine Tagesarbeit, die wir zu leisten haben. Je mehr neue Elemente in den Vordergrund geschoben werden, um so notwendiger haben wir eine Stelle, die theoretisch leitend, führend, beratend, die Einheitslinie behaltend und stehend ihr zur Seite steht, mit Rücksicht auf das gemeinsame Ziel, und das im Grunde ausgerichtet ist gegen den gemeinsamen Feind und für die Erlämpfung der gemeinsamen Freiheit. (Lebhafter Beifall.)

Ein **Schlussantrag** wird, nachdem ihn Mittag-Halle begründet, Ulrich-Offenbach ihn belämpft hat, **abgelehnt**.

Ulrich-Offenbach: Ich bin weder bei der „Neuen Zeit“ noch bei den „Monatshäften“ irgendwie beteiligt, ich habe also gewiß ein Recht zu sagen, daß ich nicht durch irgend einen Gedankenblase angeleitet bin, und ich bin in meiner Stellungnahme durch keinerlei persönliche Rücksichten beeinflusst. Ich meine, eine Tatsache sollte man doch beachten, daß seit den Debatten im letzten Jahre eine Veränderung der Situation nicht bemerkt wurde. Wir müssen uns klar darüber werden, welches die Ursachen sind, daß ein großer Teil von Parteigenossen an einem Blatt mitarbeitet, das nicht offiziell anerkannt ist. Ich komme zu derselben Überzeugung, die schon Vollmar ausgesprochen hat: die „Neue Zeit“ hat sich viel zu einseitig gehalten und viel zu wenig dem Rechnung getragen, was im vorigen Jahre schon ausgesprochen wurde. Die Redaktion der „Neuen Zeit“ tut nicht gut, wenn sie in so einseitiger Weise ihren Standpunkt als den ansieht, der nur allein zur Geltung kommen kann. Aus Kautskys Reuehrung, es sei ihm das persönliche Zusammenarbeiten mit Bernstein unmöglich, geht hervor, daß Kautsky selbst die Berechtigung der „Monatshäfte“ anerkennt. Das was die „Monatshäfte“ bringen, könnte auch die „Neue Zeit“ bringen. Es ist behauptet worden, man sei auf dem Wege der Besserung, und wenn ich den Sammelruf Kautskys höre, dann scheint mir das allerdings das Mittel zu sein, das zur Überbrückung der Differenzen führt. Wir müssen aber bitten, daß die beiden Seiten ihre Empfindlichkeit fallen lassen und sich nicht fortwährend über den Ton belagern. Die Spitzfinderei der einzelnen Genossen findet bei der dritten Klasse keinen Resonanzboden. Wenn die Autoren, die da meinen, Artikel von welt-erschütternder Bedeutung geschrieben zu haben, hören könnten, wie die Massen darüber denken, so würden sie von ihrer Bedeutung nicht mehr so sehr überzeugt sein. (Lebhafter Zustimmung.) Laßt mich eure talambulische Wortlauberei sein. (Rufe!) Das geht auf Bernstein! Es fällt mir gar nicht ein, Bernstein oder Kautsky herauszufordern; die haben es alle beide nötig, einen Teil von ihrer Empfindlichkeit abzugeben. Angesichts der jetzigen Situation, angesichts des Proletariats, sollte man sich nicht fortwährend in die Haare fassen. Wie in der Provinz haben darunter ganz besonders und mehr zu leiden, als die Theoretiker oben im Olymp (Lebhafter Beifall). Sehr richtig! und uns, die wir draußen im Lande die Agitation zu betreiben haben, kommt es dann bisweilen vor, daß uns der eine Gegner den Kautsky vorreitet und der andre den Bernstein. Wir haben die Pflicht, das Proletariat aufzuklären, daß der

Kapitalismus bekämpft werden muß. Wenn wir aber mit solchen Streitigkeiten uns abgeben müssen, dann können wir nicht arbeiten und deswegen sollten die Genossen eingestellt werden. Man sollte einfach alle Theoretiker gemeinsam einpersen, bis sie sich gegenseitig aufgefressen haben. (Zustimmung.) Ledebour: Dann würde die Partei verimpeln! Das ist nicht wahr! Die Partei hat so viel gesunde Lebenskraft, daß sie trotz der Theoretiker nicht verimpelt ist. (Rufe: Sehr richtig!) Die wissen oft selber nicht, was sie wollen! (Sehr richtig!) Oft fragt man sich, wenn man Artikel von Bernstein oder Kautsky gelesen hat, was sie denn eigentlich gemeint haben; wenn man sie dann fragt, halten sie uns lange Vorlesungen und an deren Ende weiß man erst recht nicht, was sie denn eigentlich wollten. Im übrigen ist die große Masse der Parteigenossen besser über den Marxismus unterrichtet als sich die Herren denken. Das Klassenbewußtsein wird in den Massen immer stärker und beharrt uns vor Dingen, wie wir sie in Frankfurt sehen. Nun noch ein Wort zu dem von Ledebour angeführten Fall. Ich bin der Meinung, es geht doch nicht, Mainz und Frankfurt, wo so verschiedene politische Verhältnisse herrschen, als das Muster eines Gespannes vorzuführen.

Seine: Der scharfe Ton, der in der Debatte gegen die Akademiker angeschlagen worden ist, ist nicht unverdient. Schon 1898 habe ich in ersten Bernstein-Debatte gesagt: Wenn man mehr das Verbindende und weniger das Trennende betonen wollte, dann würde sich dieser ganze Streit nicht so entzündlich ausgewachsen haben. Im Praktischen sind wir ja alle einig, aber die Lust am Theoretischen liegt den Deutschen einmal im Blut, und dieser alte Fehler wird nicht so bald überwunden werden. Einen Vorwurf jedoch verdienen die Akademiker nicht, nicht sie haben diese Debatte in Gang gebracht, sondern Genosse Adolf Hoffmann war es, der es sehr lächelnd nehmen würde, wollte man ihn zu den Akademikern zählen. (Beifall.) In der ganzen Diskussion scheint mir ein Punkt, und zwar der Hauptpunkt noch nicht berührt zu sein. Unsere Mitarbeit an den „Monatshäften“ soll der „Neuen Zeit“ schaden. Der Schaden wird im Defizit der „Neuen Zeit“ gesehen. Wie wir dem Defizit der „Neuen Zeit“ aber durch unsere Mitarbeit an der „Neuen Zeit“ abhelfen sollen, das begreife ich nicht. Die „Neue Zeit“ hat ja jetzt nicht genügend Raum, wenn wir nur noch alle mit meinen Elaborenaten, wie sie ein Redner genannt hat, in die „Neue Zeit“ gehen würden, wo sollte das hin? Das Defizit der „Neuen Zeit“ erklärt sich daraus, daß sie einen viel zu hohen Redaktionsetat hat, nachdem sie Wochenzeitschrift geworden ist, daß sie sich mit ständigen Mitarbeitern belastet hat, die, was ich für selbstverständlich halte, anständig bezahlt werden. Die Existenz der „Socialistischen Monatshäfte“ ist an dem Defizit der „Neuen Zeit“ ganz unabhängig. Frau Jettin hat gesagt, daß die „Neue Zeit“ sich in der Aufnahme von Artikeln eine gewisse Reizbarkeit anfertigen müsse. Ich stimme ihr darin bei, ein offizielles Blatt hat in der That gewisse Rücksichten zu nehmen, an die ein nicht offizielles Blatt nicht gebunden ist. Allerdings meine ich nicht wie sie, daß wir den Arbeitern das selbständige Denken ersparen sollen, dann sind wir ja auch autoritär. Aber ein unabhängiges Blatt kann schreiben, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, und darin liegt ein Vorzug. Webel verweist uns an die Beschwerde-Instanz. Das zeigt aber nur, daß er sich in einem Irrtum über das Wesen der geistigen Arbeit befindet. Wenn ich mich erst beschweren, wenn ich mir erst einen Platz für meinen Artikel erkämpfen soll, dann freut mich die ganze Sache nicht mehr, es dann mühe ich nicht erst die Feder an. Webel sagt, es seien Artikel in den „Socialistischen Monatshäften“ erschienen zum Gaudium unserer Gegner. Ich möchte wissen, wann das geschehen ist. Wenn unsere Gegner sich über etwas gaudieren werden, dann über den Augsburger Antrag und die Debatte über die Mitarbeit an den „Monatshäften“. Sollte es unser Gegner gelücken, die alte Mühle vom Justizhausstand der Sozialdemokratie wieder in Bewegung zu setzen, dann haben ihnen die Antragsteller gründlich Wasser geliefert. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir hat Ulrich mit seiner Mahnung zur Entfesselung des theoretischen Streites ganz aus der Seele gesprochen. Möge sie beherzigt werden von allen Seiten. Ich persönlich lege nicht sehr viel Wert auf diese theoretischen Diskussionen; auch die „Socialistischen Monatshäfte“ verdanken ihr Emporkommen dem Umstande, daß sie sehr viel konkrete Artikel über wichtige Tagesfragen bringen, die sonst nicht kommen würden, weil sich niemand an die richtigen Kräfte wendet. So soll auch die Redaktion der „Neuen Zeit“ verfahren, so soll sie das Blatt interessant machen. Sie möge es versuchen.

Köthen-Hamburg: Ich habe schon auf einem früheren Parteitage eine erste Mahnung an die Schriftsteller gerichtet. Heute will ich sie an die Theoretiker richten. Ich würde mich ihnen verfahren, wie ein Vater mit seinen unehelichen Söhnen. (Beifall.) Wenn man weiß, daß die „Neue Zeit“ ein solches Defizit hat, sollte man seine geistigen Produkte nicht in den „Socialistischen Monatshäften“ ablegen. Spricht man von der Engbrüstigkeit der Redaktion der „Neuen Zeit“, dann sollte man doch nicht mit seinem Namen von und zu auf der Mitarbeiterliste der „Neuen Zeit“ prangen. Die Genossen im Lande werden sich sehr über das mangelhafte Solidaritätsgefühl der Genossen wundern, die in den „Socialistischen Monatshäften“ schreiben. Man kann ja dafür sorgen, daß die „Neue Zeit“ nicht so einseitig ist.

Weiß-Rön: Es ist gut, daß die Frage der „Neuen Zeit“ und der „Socialistischen Monatshäfte“ hier einmal aufgerollt worden ist. So können die Dinge nicht weiter gehen. Die Gesamtpartei ist mit 10000 R. jährlich an der „Neuen Zeit“ interessiert, sie muß wiederum schaffen und der gegenwärtigen Demoralisation ein Ende machen. Der Inhalt unserer geistigen Revue muß den Grundansatzungen unserer Partei entsprechen. Die Tiseltorien und Silberstereorien der Leute, die Marx meißern und sich auf eine Pyramide stellen möchten, damit sie nur sichtbar sind, finden bei der großen Masse, die doch bereits den Sozialismus zur That machen soll, kein Verständnis. Appellieren wir nicht an die geistige, wohl aber an die demokratische Disziplin unserer hervorragenden Parteigenossen. Ich finde es bedauerlich, daß Kautsky seinen Artikel über den Parteitag in den „Monatshäften“ niedergelegt hat. Da muß eine Rabinisterei eintreten. Ich schätze die Arbeiten Kautskys sehr hoch, und ich bin überzeugt, auch wenn er nicht mehr an der Stelle stände, wo er jetzt steht, würde er der Partei noch wie vor mit allen Kräften dienen.

Bernstein: Ich muß zunächst den Vorwurf der Ueberempfindlichkeit zurückweisen. Aber es giebt Dinge, für die ich ewig empfindlich bleiben werde. Das sind die Fragen, wo es sich um die Bestimmung handelt, um die Ueberzeugungstreue. Gegen den Ausdruck „Revisionismus“ habe ich mich gar nicht gewendet. Das Wort stammt nicht von mir, sondern von Schoenlank, und in neuerer Zeit ist ein Buch erschienen von einem Kanne, der außerhalb des Rahmens der Partei steht und seine eigenen Wege geht, der allerdings ein Sozialist ist. In diesem Buche über die Revision des Sozialismus steckt viel Arbeit und viel Geist, es ist von David und mir kritisiert worden und wir haben ausgeführt, daß eine Revision des Sozialismus sich unter keinen Umständen in der Richtung bewegen wird, die dieser Schriftsteller annimmt. Wenn trotzdem auf mich und andre das Wort Revisionäre angewendet wird, so habe ich nichts dagegen, wohl aber müssen wir uns dagegen wehren, als ob die Revisionisten quasi halb und halb Vertreter an der Partei seien. Es ist nicht wahr, daß wir fort und fort die Vertreter der anderen Richtung angreifen. Ich selbst habe die Broschüre von Kautsky über die Handelspolitik, eine wirkliche Agitationsbroschüre kritisiert und ihren Wert rücksichtslos anerkannt. Wo es sich also um die Bahnung gemeinsamer Grundzüge der Partei handelt, gehen wir solidarisch zusammen. Ich habe ferner, als Kautskys Broschüre über die soziale Revolution erschien und der bekannte Lorenz die Gelegenheit ergriff, um Kautsky in verschiedenen Scharmacherorganen zu denunzieren, sofort im „Vorwärts“ zwei Artikel veröffentlicht, in denen ich für Kautsky eingetreten bin. Im wirklichen Kampf werden wir uns wie in die Haare fassen. In dem Artikel von Liebknecht habe ich nur ausgeführt, daß er von dem Aufsicht des Revisionismus spricht. Das zu schreiben stand dem

jungen Manne nicht an. Ich will nicht untersuchen, ob Jaurès ein Recht hat, sich auf den alten Liebknecht zu berufen. Liebknecht hat auch verschiedene Standpunkte zu verschiedenen Zeiten gehabt. Aber andererseits hat man so gethan, als ob Jaurès, die Herde des internationalen Sozialismus, ganz außerhalb der Partei stünde; gewiß kann auch Jaurès in einem bestimmten Punkte Unrecht habe, er kann kritisiert werden, aber nicht wie man Partei-verräter kritisiert. In dem Artikel im „Offenbacher Abendblatt“ hieß es, nachdem die Bourgeoisie durch die Kautskyschen Broschüren zur Hut emporgewacht war, hätte ich den Gegnern zur Freude geschrieben. Das ist falsch. Die „Post“ hat sogar gesagt, Bernsteins Standpunkt sei noch viel gefährlicher als der Kautskys. Ich habe nicht eine ganze Richtung, sondern lediglich das Buch von Kautsky kritisiert, und die Kritik enthält nichts Verlegendes, ich bitte Euch Genossen, seid doch nicht so überaus nervös. (Große Heiterkeit.) Laßt uns doch das Recht der Kritik. Ich habe erst vor ein paar Tagen in einer großen Versammlung zu Frankfurt a. M. unter allgemeinem Beifall ausgesprochen, daß immer Meinungsverschiedenheiten in der Partei bestehen werden, daß ich nicht den Tag herbeisehne, an dem diese geistigen Kämpfe aufhören, denn sie bedeuten unser geistiges Leben. Nun ist mir in der „Weltpolitischen Korrespondenz“ und die „Leipziger Volkszeitung“ hat das ohne meine Zustimmung abgedruckt — vorgelesen worden, ich hätte mich über die Lübecker Resolution hinweggesetzt, es hätte gar keinen Zweck, Resolutionen in Bezug auf mich anzunehmen. Ich habe mich in Lübeck zwar gegen die Resolution Webel gewandt, weil sie etwas Falsches über mich enthielt, aber im Innersten meines Herzens habe ich sie der von Selus vorgezogen, weil sie noch viel energischer als diese das Recht und die Notwendigkeit der freien Kritik betonte. Ich habe dann die Resolution Webel gegen die Angriffe der gegnerischen Presse verteidigt und mir, nachdem ich nach einem ganzen Jahre agitatorischer Tätigkeit für die Partei, einmal gegen eine Broschüre von Kautsky polemisierte, kommt ein Blatt und sagt, ich kümmere mich nicht um Resolutionen. Ich glaube die Lübecker Resolution so loyal wie mir möglich gehalten zu haben. Webel nicht mir, ich freue mich, daß er derselben Ansicht ist. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Nur noch ein Wort: Nach meiner Ansicht gehören „Socialistische Monatshäfte“ und „Neue Zeit“ zur Partei, sie ergänzen sich einander. (Zustimmung und Widerspruch.) Die Partei kann stolz darauf sein, daß sie zwei solche Organe besitzt. (Beifall und Pfiffen.)

Auf Antrag von Rudolph-Rürnberg wird die **Debatte geschlossen**, nachdem Kautsky-Vorlesung sich gegen den Schlussantrag ausgesprochen hat. — Singer teilt mit, daß der Antrag Augsburger zur Tagesordnung ist; der Antragsteller hoffe, daß die Diskussion zur Besserung der Verhältnisse genüge. (Heiterkeit.) Es folgen **persönliche Bemerkungen**.

Kautsky: Den Vorwurf Vollmars, daß ich die „Neue Zeit“ gewissermaßen nicht als Partei-Organ betrachte, sondern als mein persönliches Organ, muß ich entschieden zurückweisen. Allerdings habe ich es in Lübeck als meine Aufgabe bezeichnet, in der „Neuen Zeit“ und durch sie für die Einheitslichkeit der Partei einzutreten. Aber ich verleihe diese Einheitslichkeit so, daß ich in der „Neuen Zeit“ das Organ aller dieser erblicke, die auf dem gemeinsamen Boden des Parteiprogramms stehen und daß ich von der Partei alle jene Maßregeln fernzuhalten suche, die die Grenze zwischen sich und der Partei zu verwischen streben. Ich kann also die Vollmarsche Bemerkung nicht anerkennen und muß meine Konsequenzen zurückweisen.

Emmel-Mühlhausen bemerkt Böhle gegenüber, daß er nicht den Standpunkt eingenommen habe, daß in einem bestimmten Falle die Prozeßkosten nicht bezahlt werden sollen. Die Landeskonferenz habe einen Antrag Böhle, diese Kosten zu zahlen, abgelehnt, aber die Mühlhäuser Genossen hätten später freiwillig den Betrag gezahlt.

David: Frau Jettin hat mir vorgeworfen, ich hätte aus Ueberempfindlichkeit mich gegen die Weibhabe der Fußnoten gewandt; sie hat sich in der Abrede geirrt, das ist von anderer Seite geschehen; ich habe mich ausschließlich gegen diejenigen lebenswichtigen Mittel gewandt, durch die man mir das Material möglichst gemacht hatte, daß man sagte, es ist kein Raum oder es ist nicht gekürzt worden u. dergl. Wenn Kautsky sagte, ich hätte ihm zugemischt, mitten in einer Diskussion über die Bernsteinsfrage auch die Polemik über die Agrarfrage anzunehmen, so werde ich darauf hin, daß mein Artikel eine Kritik eines Buches über die Agrarfrage war, also ein durchaus aktuelles Thema behandelte. Daß er dieses Bestreben bereitelte, war für mich ein berechtigter Grund mich innerlich gegen dieses Verfahren zu wehren. Dadurch, daß es sich um die Kritik eines Buches des Redakteurs handelte, erhielt das Verfahren von Kautsky noch einen ganz besonderen Beigeschmack, der es mir unmöglich machte, die Parteistellungen anzurufen.

Vollmar: Es ist mir nicht eingefallen zu sagen, daß Kautsky die „Neue Zeit“ als sein persönliches Organ betrachte. Ich habe lediglich seine eigene Kennerung vom vorigen Parteitag gelesen, worin er sagt, es könne nicht Aufgabe der „Neuen Zeit“ sein, alle möglichen Meinungen zu Wort kommen zu lassen, sondern er habe die Einheitslichkeit der Partei zu wahren und zu schützen. Meiner Meinung nach ist Kautsky einer der Weiser, die sich gar nicht denken können, daß auch ein anderer recht hat.

Böhle-Strasbourg versucht in einer persönlichen Bemerkung auf die Vorgänge bei der Landeskonferenz in Elzach-Vöhringen einzugehen, wird aber von Singer daran verhindert. Meiner bemerkt sodann, Emmel habe erklärt, je eher das Strassburger Blatt eingehe, desto besser für uns. (Hört! Hört!)

Frau Jettin: Auf Grund der Mitteilungen von David revidiere ich meine Kennerung, soweit sie sich auf die Person von David bezieht, halte sie aber sachlich aufrecht und bedauere sie laueradischhaftlich dem Genossen seine. (Große Heiterkeit.)

Singer teilt mit, daß ein Begrüßungstelegramm der Genossen aus Lothringen eingetroffen ist. Darauf tritt die Mittagspause ein. Schluß 12 1/2 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

- Von der „Güte“**, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag v. Bahnsch.). Ist schon das 12. Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Liebe ist ewig. Roman von Wilhelm von Volz. — Sprach. Von Willporger. — Die Parteilage der deutschen Sozialdemokraten. Von A. Braun. — Eben Gedions Reisen in Centralasien. Von Bruno Vorkamp. — Das alte Steinzeug aus Neuen Markt. Gebieth von Detlev v. Villencron. — Eine Jankerhochzeit in Berlin vor 500 Jahren. Von Hermann Haber. — Die Schatzgräber. Bericht von Gottfried Bürger. — Zum Werdegang der sozialistischen Weltanschauung. Von F. Kämpfner. — Die gute Stunde. Von Paul Bröder. — Maria und Joseph. Ein Bild aus der Zeit von Maria Theresia. (Schluß.) — Notizen. — Rundschreiben: Vöhringen.
- „Der Arbeitsmarkt“**, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Jastrup, Berlin, Verlag von Georg Reimer). Die als Organ des „Verbandes deutscher Arbeitsnachweiser“ erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 24 des 5. Jahrganges unter anderem: Die Fleischpreise in Detailverfolg. — Allgemeines: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Spezialisierung der Arbeitsmarkt-Berichterstattung an der Orts-Kontaktsstelle Leipzig. — Situationsberichte aus einzelnen Gebieten: Bergbau (Arbeitsverhältnisse im niederösterreichischen Bergbau); Metalle und Maschinen (Beschäftigungsgang in Chemnitz, Halle, Hannover, Stuttgart und Mannheim. Fortschritt der Arbeitseile in der Aluminiumindustrie; Branche in Schwabach); Textilgewerbe (Berichts-einrichtungen in der Baumwollspinnerei); Holz- und Sägewerke (Beschäftigung in den Sägewerken, in der Holzindustrie und Holzindustrie. Besichtigung in der Spielwaren-Industrie); Gesundheitswesen (Normale Arbeitszeit in der Eisenindustrie). — Statistische Monatsmaterial: Wetterbericht. — Arbeitsnachweise. — Kranenführer. — Streikverzeichnisse für Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Schweiz. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Dessehalb Arbeitsnachweise in London. — Berliner Zeitung zur Besserung von Strafgefangenen. — Arbeitslosen-Fürsorge: Orientierung über Arbeitslosigkeit und Notstandsarbeiten in Köln. — Arbeitslosen-Fürsorge für die Berliner Ringstrasse. — Besondere: Mitgliederliste des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise nebst zahlreichem Angaben über August 1902.
- Die Nr. 10 des „Zentralen Postillon“** schenkt den Delegierten zum Münchener Parteitag einen Willkommengruß in Knittelversen und giebt außerdem allen vom Reden oder Schreiben mühsig Gewordenen eine lustige Anweisung, wie sie die Fährnisse des Postillons glücklich überwinden. Im übrigen bietet die Nummer aktuellen politischen Stoff und Bilder aus der Gesellschaft.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Tausend Jahre deutscher Kultur.

Theater.

Mittwoch, 17. September.
Opernhaus. Der Pflebertag. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Wallenstein Lager. Die Boccioni. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Krohn). Brigitte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Le Nocond de Cravato. — Colombina. — La Chasse au loup. — L'Homme aux poupées. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Die Brautlosterie. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Lebige Leute. Anfang 8 Uhr.
Reichens. Der Fall Mathieu. (L'affaire Mathieu). Sothei. — Das lebe Sie. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Er und seine Schwester. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Wie man Männer feiert. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. O. (Wollner-Theater). Doktor Klaus. Anfang 8 Uhr.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelm-Bühnen-Theater). Einsame Menschen. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Eine Paria. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Die Dame von Lyon. Anfang 8 Uhr.
Casino. Ehrliche Arbeit. Anfang 8 Uhr.
Kleines. Serenissima. Zwischenfälle. Rotenacht. Familienidyll. Liebessträume. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Olympia. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Wintergarten. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Buntes Theater. Sinfonie im Bade. Hinter Zell. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Berlin bleibt Berlin. Anfang 7 Uhr.
Wilhelm. Der Walzerkönig. Anfang 8 Uhr.
Palast. Eine Nacht im Ballhause. Anfang 8 Uhr.
Steidl. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vollge-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Vollge-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Tausend Jahre deutscher Kultur. Invalidenstr. 57/58. Täglich: Sternwarte.

Sternwarte.

Invalidenstr. 57/58.
Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

Passage-Theater.

Auf das glänzendste renoviert.
Aufgang nur Unter den Linden 22.
Anfang Sonntags 3 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Wochentags Anfang 8 Uhr.
Hella Collier
Deutschlands beste Vortrags-Soubrette.
Savely Goré, neuer russischer Tenor. — Liane d'Amiroff, hohe Schule, geritten auf einer Plattform.
14 erstklassige Nummern.

CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 165.
Die sensationellen lebenden Bilder, dargestellt v. 6 jungen Damen.
Kirehmeiers Berliner Original-Schrammeln.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Entrée 1 M., ab 6 Uhr abends 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Eine Paria.
Lebensbild in 5 Akten (8 Bildern) von Ernst Ritterfeldt.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieleide Vorstellung. Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Erste Kinder-Vorstellung. Täglich und eine Nacht. — Sonntagnachmittag 3 Uhr: Mario Stuart.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, Bahnhof Friedrichstr.
Eröffnung
Sonnabend, 27. Septbr.

Kleines Theater

(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Serenissima-Zwischenspiele
Maienacht. — Familienidyll. Liebessträume.

Casino-Theater.

Lehringstr. 37.
Täglich 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.
Neu! Stella Zaza. Neu! Schmus. Origin. Reiberei. Dazu außerdem großer Erfolg:
Ehrliche Arbeit.
Entrée 30, Par. 50, Kant. 10 bis 2 Pf.

Apollo-Theater

Um 8 Uhr:
Die sensationellen Specialitäten.
Martin Kettner
Solo-Vorträge

Lysistrata

Operette in 2 Akt. v. Paul Lincke mit
Carola x Steidl x Rieck
Krücher x Kettner x Liebau x Runge
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a,
Station der Hochbahn.
Täglich
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Sonntag, Montag und
Dienstag nach der
Sonntag: Tanzkränzen.
Anfang Sonntag 5 Uhr.
Entrée 50 Pf., Dachtage 8
Uhr, Entrée 30 Pf.
Bereitschaftig gültig und Tanz frei.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater)
Mittwochabend 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Suffspiel in 5 Akten von Adolph
Pfeffer.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Moritur.
Freitagabend 8 Uhr:
Moritur.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-
Bühnen-Theater)
Mittwochabend 8 Uhr:
Einsame Menschen.
Drama
in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Die Brant von Messina.
Freitagabend 8 Uhr:
Die Hottenburger.

Arnold Scholz Germania-Prachtsäle

Chaussee-Str. 103.
Jeden Mittwoch und Sonntag:
Hamburger Sänger.
Direktion Otto Steidl und Wih. Wolf.
Anf. 8 Uhr. Vonds gefien. Eintritt 30 Pf.
Donnerstag, 18. September:
1. Grosses Bergter-Konzert
und Familien-Kränzen.
Großer Ball.
Jeden Sonntag
von 5 Uhr ab:
8 große und kleine Säle unter coulanten Bedingungen zu vergeben.

Metropol-Theater

Heute:
Berlin bleibt Berlin.
Grosse Ausstattungsspeise
mit Gesang und Tanz in
5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Erik Meyer-
Helmund.
Emil Thomas a. G. Josef Josephl.
Henry Bender. Flora Siding.
Hansi Reichberg. Wini Grabitz.
— Johanna Junker-Schatz. —
Anfang 8 Uhr.
Rauchen gestattet.

W. Noacks Theater.

Bannstr. 16.
Geschlossen.
Eröffnung
der Winter-Saison
Sonnabend, den 20. September.
(Direktion Robert Dill.)
Goldelse.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Durchg. renoviert.
Direktion: Richard Winkler.
9 Uhr: Der Saison-Schlager
Eine Nacht im Ballhause.
Schwanz in 4 Akten von H. Anstiel.
Lotteking. Käthe. — Dir. R. Winkler.
Lotte Mondo, beste deutsche Soubrette.
Les Premiers, Akrobat-Quintett.
Fritz Brandt, der bel. Salou-Duettist.
The Cronays, Les Aleros, Les Tornés
u. u. u.
Entrée 50 Pf., Parfett 75 Pf.,
revelierter Platz 50 Pf., nummer-
rierter Platz 1 M., Sperrpl. 1,50 M.,
Voge 2 M. — Anfang 8 Uhr.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Bodentage
8 Uhr, Sonntag 7 Uhr
Zugeschiffe 11-1 1/2 Uhr
Operette, Oper, Ballet,
Grosse, Kleine, Pops,
Mumm, Quartett x

Achtung! Gebr. Cranz' Festsäle Achtung!

Neu! Köllnerstr. 8. Neu!
Wir machen den geehrten Vereinen und Gewerkschaften hiermit
bekannt, daß wir oben genannten Gesellschaften nach glänzender
Stenographie am 1. Oktober eröffnen werden. Dasselbe ist modern
und mit allem Komfort, der Reizeit entsprechend, eingerichtet.
Wichtigste Empfehlung: wir den geehrten Vereinen und Gewerks-
schaften unsere **grossen Festsäle** mit neuer Theaterbühne,
1200 Personen fassend, zu allen Festlichkeiten und Ver-
sammlungen und auch noch **Sonnabende im Oktober, No-
vember, Dezember, Januar, Februar und März** frei.
Anmeldungen werden schon jetzt im „Victoria-Garten“, Bab-
str. 12, angenommen. 49369

Preisliste franco.

Agros. Roellste Fabrikate. Konkurrenzlos billig. Versand.
*** Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. ***
100 Stück
London Docks
3,75 M.
„Frela“, ff Mexico, etwa 1/2, am lang, 100 Stück 3,75 Mk. Diese Cigarre wird ander-
weitig mit 5 Mk. verkauft.
Willy 100 St. 2,40 M. Brillante Felix (kl.) 100 St. 3,25 M. St. Andres Mexico 5.— M.
Flor Fina 100 St. 3.— M. St. Felix Brasil 100 St. 4,60 M. Flor de Morado 6,50 M.
El Mundo 100 St. 3,50 M. Flor St. Felix 100 St. 5.— M. Las Dos Naciones 8.— M.
Nicht unter 100 Stück von einer Marke. — 300 Stück portofrei unter Nachnahme.
Nichtkonvenientes erbiten, auch angebrochen, auf unsere Kosten gegen Rückzahlung des gezahlten
Betrages zurück. — Bei Entnahme von 500 Stück gewähren 8 Proz., bei 1000 Stück 6 Proz. Rabatt.
Czollek & Geballe, Cigarren Berlin, Unter den Linden 20, Hof. 1,
Engros im Hause des Hof-Uhrmachers O. Felsing.
Telephon Amt 1. 502.

Codes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die
traurige Nachricht, daß unser lieber
Bruder, Schwager und Onkel
Heinrich Zoschke
Sonntag, den 14. d. M., nachmittags
2 1/2 Uhr, im 88. Lebensjahre nach
kurzer Leiden verstarb. Die Beerdig-
ung findet am Donnerstag, den
18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirch-
hofs aus statt. 1070
Um dieses Beileid bitten
Die trauernden Geschw. u. Schwager.

Arbeiter-Grangverein

Vorwärts I, 80.
Den Sangesbrüdern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Heinrich Zoschke
am Sonntagnachmittag 2 1/2 Uhr plötz-
lich gestorben ist. 21326
Seine feinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstags-
nachmittags 4 Uhr von der Leichen-
halle des Kreuzkirchhofs in Marien-
dorf statt.
Der Vorstand.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

(Zentrale Berlin I.)
Codes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser Kollege
Heinrich Zoschke
am Sonntag, den 14. d. M., ver-
storben ist.
Die Beerdigung findet am Donner-
stag, den 18. d. M., nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des Hei-
ligen Kreuzkirchhofs in Marien-
dorf statt. Um rege Beteiligung er-
sucht. 4915 Die Ortsverwaltung.

Carl Schindler

Likör-Fabrik
55. Chausseest. 55.
Achtung!
Billig! Billig! Billig!
Beste Emsenberger Briquetts
ab 100 Stück von 50 Pf. an. Holz in Kästen: Kiste 50 Pf. Eigne
Brennholzschneiderei. Alle andern Brennmaterialien preiswert. Anfuhr und
Abfuhr berechnen. Billig! Handwagen haben zur Verfügung.
Ferdinand Gräning, O., Jungstr. 43/44
18/23
Teleph.: Amt 7a 7924. 50291*

Schweizer Uhren-Industrie.
Allen Fachmännern, Offizieren, Post, Bahn-
und Polizeibeamten, sowie Jedem, der eine
gute Uhr braucht, empfehlen wir unsere
Original Schweizer Elektro-Gold-Remon-
te-Uhren. Diese Uhren besitzen ein vor-
zügliches, verlässliches, 36 stündiges
Werk, sind genau reguliert und er-
probt und leisten wir für jede Uhr eine
dreijährige, schriftliche Garantie. Die
Gehäuse, welche auf der Pariser Weltaus-
stellung mit der silbernen Medaille aus-
gezeichnet wurden, bestehen aus 3 De-Kahn
mit Spruceholz (Savanne), sind hochmodern,
präzise angefertigt, feinst gelochert
und graviert und mit echtem Gold auf
elektrischem Wege zerzt überzogen, das
ein das Aussehen von echt goldenen Uhren
besitzen und der beste Schutz für unsere
goldenen Uhren sind. Preis einer Herren-
oder Damenuhr nur 15 Mk. (früher 25 Mk.)
franko u. zollfrei. Zu jeder Uhr ein
Futteral gratis. Hochzeits-, moderne
Ketten für Herren und Damen (auch Hal-
ketten) à 5.—, 8.— und 12.— Mk. Jede
nicht konventionelle Uhr wird anstandslos
zurückgenommen, daher kein Risiko!
Versand gegen Nachnahme oder vorherige
Geldentnahme. Feststellungen sind zu
richten an das Uhren-Versandhaus
„Chronos“ in Basel (Schweiz). — Briefe kosten 30 Pfg., Postkarten 10 Pfg.

Nur 15 Mk.
Die einzig dastehenden
Fielitz-Briquetts
tollerste Marke des ganzen Seifenberges. Kleinstwiler,
Ober- und Niederlaufener Kohlen-Regen in kleine Stücke
geschlagen, erziehen durch ihre grobporige Struktur vollständig
die Steintohle und überziehen durch ihre langandauernde
Glut den Coaks und Doppelste. Den Beweis kann sich jede
Hausfrau durch eine Probe selbst liefern.
Billigste Bezugsquelle
Edmund Beese, Comptoir: Schwedterstr. 43.
Filialen für den Kleinverkauf:
Anklamerstrasse 23. Patbuserstrasse 17.
Anklamerstrasse 51. Rheinsbergerstr. 27.
Chorinerstrasse 68. (Inhaber: C. Haberlandt).
Dragonerstrasse 6a. Schlemmstrasse 42.
Dunkerstrasse 89. Stargarderstrasse 57.
Fehrbellinerstrasse 18. Strausenerstrasse 14.
Griebenerstrasse 29. Svinmünderstr. 81.
Oderbergerstrasse 51. Weissenburgerstr. 34
Pappel-Allee 27. (Inhaber: E. Rühl). 4829*

Sommertheater

Marienbad
Babstr. 35/36, Seelundbäumen.
Täglich:
Der Brandstifter.
Operette in 1 Akt von Lindberer.
Willy Reichhold: Dir. R. Wagner.
Erstklassige Spezialitäten.
Entrée 20 Pf.
Bonds und Programmposten haben
Gültigkeit. 20876

Billardtuche

zu Fabrikpreisen. 20876
Albert Marwitz, Neue Weltstr. 27, I.
Dr. Simmel, Prinsenzstr. 41.
Spezialist für 35/10*
Haut- und Haarleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Berliner Reichstags-Wahlkreis. Am Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet Fischerstraße 25 (Schuhmacher-Zimmerei) die Wahlvereins-Versammlung statt. Der Stadtverordnete Genosse Borgmann hat das Referat übernommen. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Reinickendorf. Heute, abends 9 Uhr, findet in Wilhelmstraße, im Lokal von Apel, die monatliche Vereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Brückner. 2. Verschiedenes.

Grünau. Der Wahlverein hält Sonnabend bei Duchauffour, Köpplerstraße 79, sein 10. Stiftungsfest ab. Dessenfalls Kaffeefest findet nicht statt. Herrenkarten kosten 50 Pf., Damenkarten 30 Pf. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Kokales.

Feder, Papier und Tinte, wie reimt sich das zusammen?

Wir erhalten von einem Federhändler folgende Zuschrift: Sehr geehrte Redaktion! In Ihrer gestrigen Nummer geben Sie einen ganz interessanten Rat für die Schöpfung der eifrigen Schreibfähigkeit, die in den städtischen Bureaus gelbt wird. Ein Freund von Rechenegumpeln, kamen wir aber bei Betrachtung der Zahlen einige Bedenken, die Sie als Kenner vielleicht beschwichtigen können.

Es wurden 108 753 Bogen Papier beschrieben. Dazu wurden 3360 Groß oder, da ein Groß 144 Stück zählt, 483 840 Stück Stahlfedern verbraucht, das heißt, für jeden Bogen Papier etwa 4 1/2 Stahlfedern.

Auch mit der Tinte kriegt ich's nicht klar. Nehmen wir an, die 108 753 Bogen Papier seien ohne Ausnahme Reichsformat gewesen, (in Wirklichkeit sind wohl ein großer Teil keine Briefbogen dabei gewesen). Ein Bogen Reichsformat misst 33 x 42 cm = 1386 Qcm und da er 2 Seiten hat, giebt das eine Fläche von 2772 Qcm x 108 753 Bogen = 297 608 816 Qcm. Ein Liter ist ein Kubikdecimeter, folglich wurden 2742 Kubikdecimeter Tinte verbraucht. Walzen oder pinseln Sie diesen Wästel zu einem Häutchen von 0,1 mm Dicke aus, so bedeckt er eine Fläche von 274 200 000 Qcm, also ziemlich genau so viel, wie die Fläche des verbrauchten Papiers. Man kann also mit der verbrauchten Tinte das gesamte verbrauchte Papier von beiden Seiten vollständig schwarz überpinseln in der Stärke von 0,1 mm; das heißt, so dick wie das Papier ist.

Wie erklärt sich dieser Zwiespalt? Kocht man in den städtischen Bureaus aus Tinte Kaffee und benutzt man die Stahlfedern als Stednadeln?

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstagnachmittag 5 Uhr stehen u. a. folgende Gegenstände: Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbeforderten Gemeindebeamten. — Wahl je eines Mitgliedes in den Ausschuss für Rechnungssachen und in die Deputation zur Verwaltung der Park-, Garten- und Bannanlagen. — Berichterstatter über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend den Urlaub der städtischen Arbeiter. — Vorlagen betreffend die Abänderung der Statuten der städtischen Stipendien-Stiftungen vom 12. Oktober 1860 und 8. April 1863, — die für Erwerbungen und Beschränkungen von Straßenland auf Grund von Entschädigungsbeschlüssen oder richterlichen Entscheidungen in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1902 gezahlten Beträge, — den Erwerb eines städtischen Grundstücks an der Windstraße für die Zwecke der städtischen Gaswerke, — die erfolgte Abnahme des Neubaus der Gemeinde-Doppelschule in der Böttcherstraße 16, — die Regelung des ärztlichen Dienstes am Waisenhaus und am Arbeiterhaus zu Rummelsburg, die durch die Vergrößerung des Königs von Italien am 28. August 1902 entstandenen Kosten, — die Herstellung des Berichts über die Berliner Gemeinde-Verwaltung für die Jahre 1896 bis 1900, — die Erweiterung der Wasser-Verorgungs-Anlage bei der Sölls-Abwasserkanal in der Oberberger Straße, — die Erwerbung der zur Liebigstraße verwendeten Flächen der Grundstücke Liebigstr. 4/5, — die Erwerbung eines Schulgrundstücks an der Lützauer Straße, — die Beschaffung von Inventar etc. für das Krankenhaus Moabit und das Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhaus, — die Festsetzung des den Erstattungspflichtigen zu berechnenden Einheitspreises des zur ersten Straßenpflasterung verwendeten Materials für die Jahre 1902, 1903 und 1904, — sowie die Einrichtung einer Dienstwohnung für den Verwaltungs-Direktor des Krankenhauses Moabit.

Die Schulgesetz für die höheren Maschinenbau-Schulen sollen künftig auch auf die städtische Baugewerks-Schule in der Ruchbeckenstraße Anwendung finden, welche die theoretische Ausbildung von Bauhandwerkern und Baugewerks-Meistern bezweckt. Stadtschulrat Dr. Gerskenberg hat bereits eine diesbezügliche Entschädigung entworfen, in welcher auch der Fall vorgeführt ist, daß ein Baugewerks-Schüler wegen Unfisches etc. vom Schulbesuche ausgeschlossen werden kann. Auch eine Prüfungs-Ordnung wird die Baugewerks-Schule erhalten.

Die Fleischnot. Mit einem neuen Preisausschlag für Rindfleisch wurden die Hausfrauen Berlins gestern überfallen; der Preis dieses Fleisches ist jetzt um 40—60 Pf. pro Mlo gestiegen. Dieser neue Ausschlag wird zweifellos eine weitere Herabsetzung des Fleischverbrauchs zur Folge haben, umso mehr, als das sogenannte Liebergewicht schon seit längerer Zeit fortgefallen ist.

Daß der konservative Hinweis auf traghende Throne leider nur zu viel für sich hat, zeigt von neuem der Umstand, daß sogar schon die Gendarmen an die Verbesserung ihrer Lage denken. Der Verein ehemaliger Gendarmen bereitet eine Eingabe an das Abgeordnetenhaus vor, in der um eine Erhöhung der durchaus unzureichenden Besoldung der Gendarmen und eine Regulierung ihrer Pensionsverhältnisse gebeten werden soll. Außerdem will man auf die unhaltbare, nicht mehr zeitgemäße Doppelstellung der Gendarmen hinweisen. Der Gendarm ist nach dem Gesetz unmittelbarer Staatsbeamter, steht aber unter den Befehlen und der Strafgerichtsbarkeit militärischer Vorgesetzter. Es finden auf ihn die Bestimmungen des Militär-Strafgesetzbuchs Anwendung. Weiterhin hat der Gendarm Civilvorrechte, die ihm ebenfalls Befehle und Aufträge erteilen, so daß Kolbissionen oftmals nicht zu vermeiden sind. Für die Militär-vorgesetzten sind dabei die Vorschriften des Ordre- und Instruktionsbuchs von 1820 bzw. dessen spätere Nachträge, für die Civilvorgesetzten die Bestimmungen für den Polizeidienst maßgebend. Bei Ermittlung von Verbrechen wird der Gendarm durch die militärischen Anordnungen oft sehr gehemmt, so ist ihm z. B. das Betreten von Wohnungen nur bei bestimmten Dienstfällen gestattet. Einerseits soll er allen Anforderungen eines tüchtigen Soldaten, andererseits denen eines guten Polizeibeamten entsprechen, was sich nicht immer gut vereinbaren läßt. So kann man von einem Beamten, der sich Tag und Nacht auf der Landstraße aufhalten muß, nur schwer verlangen, daß er stets in strammer Haltung und in tadellos sauberer Uniform erscheine. Wenn man der Doppelstellung der Gendarmen ein Ende mache, würden auch deren Leistungen steigen. Unter den geschilderten Umständen ist es ein wahres Glück für die augenblicklich noch bestehende Ordnung, daß noch keine Social-

demokraten im Landtag sitzen. Sonst müßten diese sich der bedrängten Lage der preussischen Gendarmen annehmen, was die Wirkung haben könnte, daß diese Grundstücken des preussischen Staates zu den Luftkutschern Verkauften fähigen. Und wenn es erst soweit gekommen ist, dann kracht alles durcheinander.

Rand u. Hartmann schwebeln weiter im Vergnügen der Staats- und Ordnungsrettung. Die Milchhändler beabsichtigten, nach dem Vorbilde der Schlächter, durch einen Säulenanschlag die Bevölkerung Berlins von dem gegenwärtigen Stande des Milchtrieges zu unterrichten. Es sollte hauptsächlich darauf hingewiesen werden, daß die leitenden Persönlichkeiten der Milchzentrale auch bei der Fleischvertenerung ihre Hand im Spiele hätten. Daß der Name des Leiters der Milchzentrale, des Oberamtmanns Ring-Düppel dabei genannt wurde, war wohl kaum zu verwundern. Die Firma Rand u. Hartmann erklärte nun den Vertretern des Milchhandels, daß sie unbedingt darauf bestehen müsse, daß der Name des Herrn Ring in Texten nicht erwähnt werde, sonst könne sie den Säulenanschlag des Plakates nicht zulassen. Da diese Begünstigung den Aufschlag unverständlich gemacht hätte, beschloßen die Milchhändler, sich mit Zeitungsinsertaten zu begnügen und von einem Säulenanschlag überhaupt abzusehen.

Mit einem Mißgriff hat sich die Verhaftung des Arbeiters Karl Wöhl. Die gestern an Seelig gemeldet wurde, herausgestellt. Die Untersuchung des Falles hat ergeben, daß der Vorgang, der als ein Sittlichkeitsverbrechen hingestellt wurde, durchaus harmloser Natur war und daß dem Verhafteten keinerlei Schuld beizumessen ist. Wöhl ist am nachmittag bereits aus der Haft entlassen worden. Es ist keine Rede davon, daß er dem Kinde irgend etwas zu Leide getan hat.

Ein Diebstahlsfischchen. Auf dem Bahnhof Charlottenburg wurden vor vier Wochen zahlreiche Griffe von Eisenbahnwagen gestohlen. Die Diebe erbeuteten ungefähr drei Centner Messingglocken. Die Hälfte der Beute fand man bei den Nachforschungen auf dem Ackerland in der Nähe der Brücke nicht weit vom Bahnhof wieder. In der Erwartung, daß die Spürhunde auch diese Hälfte der Beute gelegentlich abheben würden, ließ man sie ruhig liegen und stellte jede Nacht eine Wache aus. Während die Wächter getreulich auf ihrem Posten standen, verzichteten die Diebe auf den bewachten Schatz, gingen vielmehr wieder nach dem Bahnhof und stahlen acht andre Griffe.

Straßensperrung. Die Chorinerstraße von der Pionier- bis zur Zehdenickstraße wird behufs Anpflanzung vom 18. d. M. ab bis auf weiteres für Fußgänger und Reiter gesperrt.

Sportsnachrichten. Ellegaard und Ritt sind nunmehr auch zur Teilnahme am Großen Preise von Deutschland in Berlin eingetroffen. Die zwei Berliner, welche für diese beiden angedeuteten Plätze reserviert sind, kommen morgen (Donnerstag) nachmittags 5 Uhr auf der Waldrennbahn Ruffschendamm zum Austrag. Aus Anlaß des Renntages werden noch zwei Rennen eingelegt, an denen alle für den Großen Preis gemeldeten Fahrer teilnehmen können, und zwar ein Kleberrennen und ein Tandem-Rennen.

Feuerbericht. In der Nacht zum Dienstag hatte die Wehr wieder eine ganze Reihe Alarmierungen zu verzeichnen. Gegen Mittwochabend wurde sie nach der Saligerstr. 135 gerufen. Hier war auf noch nicht ermittelte Weise Feuer ausgebrochen, das an dem Inhalt der zahlreichen Wabenverschläge reiche Nahrung gefunden hatte und bei Anbruch der Wehr auch bereits auf den Dachstuhl übergesprungen war. Die 2. Compagnie ging daher auch sofort mit mehreren Schlauchleitungen vor und brachte den Brand nach einständiger Löschtätigkeit zum Stehen. Der größte Teil des Dachstuhles wurde indes zerstört. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich noch stundenlang hin. Auch in der Alexanderstr. 32 hatte die Wehr längere Zeit zu thun. Hier war durch einen Trodenofen ein Brand entstanden, der in kurzer Zeit Regale, Kleinflecken etc. erfaßte. Die Wehr hatte längere Zeit mit einer Schlauchleitung Wasser zu geben, um die Gefahr zu beseitigen. Eine Stunde später war in der Potsdamerstraße vor dem Hause Nr. 5 ein Teerfaß in Brand geraten, während in der Kaiserstr. 34 Möbel und Gardinen durch Feuer beschädigt wurden. Abends 9 1/2 Uhr wurde die Wehr nach der Prinzessinnenstr. 5 gerufen, wo im vierten Stock in einer Kaskaderei ein Feuer ausgebrochen war, das Holzwände, ein Glaslager etc. ergriffen hatte. Die Gefahr wurde bald beseitigt. Kurz vorher gingen am Weidenweg 64 in einer Wohnung Möbel und Kleidungsstücke in Flammen auf, die aber bald erlosch und konnte. Einen Kellerbrand hatte die Wehr nachmittags in der Kanderstr. 30 abgelenkt. In der Hauptstraße wurde hier Verpackungsmaterial und Gerümpel eingeschert. Später war am Grünen Weg 119 in einem Pappkartonlager ein Brand entstanden, der jedoch auf seinen Herd beschränkt werden konnte. In der Saligerstr. 33 mußte um 6 Uhr in einer Küche ein Brand abgelöscht werden, der den Fußboden und die Wollenlage ergriffen hatte. Außerdem wurde die Wehr noch nach der Halbinslstr. 32 gerufen, wo auf dem Boden ein Brand entstanden war, dessen Ablöschung indes bald erfolgen konnte.

Aus den Nachbarorten.

Ren-Weihensee. Die socialdemokratische Fraktion der Gemeindeverordneten hat einen dringlichen Antrag wegen Aufhebung der Grenzperre für Schlachtvieh der Gemeindevertretung zur Beschlußfassung übergeben.

Der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung lag in ihrer Sitzung am Montag u. a. ein Antrag unserer Vertreter vor, den Magistrat zu eruchen, dahingst die Einteilung resp. Abgrenzung der Urwahlbezirke zu den im nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahlen nach den Ergebnissen der Volkszählung vom Jahre 1900 vornehmen zu wollen. Genosse Küster begründete diesen Antrag mit dem Hinweis, daß auch andre Städte in dieser Hinsicht bereits vorgegangen seien, daß die diesmaligen Landtagswahlen durch Beteiligung der Arbeiterpartei ein andres Gepräge erhalten würden und daß für den größten preussischen Landtags-Wahlkreis, wie der unsre, mit den Vorarbeiten sehr zeitig begonnen werden müsse, umso mehr, als nach einem Reglement von 1893 die Gemeinden selbstständig mit der Einteilung der Urwahlbezirke vorgehen könnten. Wider Erwarten stellte sich der Oberbürgermeister Wilde auf den Standpunkt, daß das erwähnte Reglement „jedenfalls“ bei diesen Wahlen nicht mehr angewendet werden dürfe und dafür ein andres herausgegeben werden dürfe. Mit dieser „Begründung“ wurde unser Antrag zur weiteren Recherche bei andern Kommunen“ auf eine der nächsten Sitzungen — vertagt. Daß von den bürgerlichen Vertretern sich keine Stimme erhob, ist bezeichnend, scheinbar ist ihnen die Beteiligung der Arbeiterpartei jetzt schon unbedenklich.

Som Magistrat war die Errichtung einer Direktorial-Gehilfenkette an der Hohenzollernstraße für eine jährliche Vergütung von 600 M. beantragt. Um nun diesbezüglich nicht unliebbare Dinge zur Sprache zu bringen, beschloß man, diese Angelegenheit in — nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln. Sodann wurden noch zwei Einsprüche gegen die Nichtigkeit der jüngst aufgestellten Wählerliste abgewiesen. In dem einen Fall handelt es sich um die Berlinische Wobengemeinschaft, die als Forense wohl Einkommens- aber keine Staatssteuer am Orte entrichtet und auch den erforderlichen sonstigen Ansprüchen nicht genügt. Im andern Fall ist der Retent Richterpreuße. Bei einem Nachtragsantrage, für den die Dringlichkeit ausgesprochen wurde, betreffend die noch in diesem Jahre vorzunehmende Asphaltierung der Ruffhäuserstraße, sprach Genosse Küster den Wunsch aus, bei Vergütung der Arbeiter nur solche Firmen zu beschäftigen, bei denen geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschen, damit nicht wieder, wie bei den Arbeiten in

der jüngst asphaltierten Eisenacherstraße, die beteiligten Arbeiter erst zu dem Mittel des Streiks greifen müssen. Wie recht Genosse Küster damit hatte, beweist, daß für die Herstellung der Ruffhäuserstraße, deren Kosten sich auf 35 000 M. belaufen, tatsächlich eine andre Firma in Aussicht genommen ist. Da nach der neuen Vorlage der Jahrdamm von 12 auf 9 Meter verjüngt werden soll, wurde die Sache nochmals an den Ausschuss zurückverwiesen.

Freitag, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, in der Tonhalle, Friedrichstraße 112, öffentliche Volksernennung mit Vorträgen über: „Fleischnot und agrarische Gefahr“. Referenten: Farrer a. D., Raumann und Redakteur von Gerlach. Jedermann (Männer und Frauen) ist eingeladen.

Verein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins. Versammlung am Mittwoch, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Neue Köpenickerstr. 3. Vortrag des Genossen Georg Davidsohn über: „Kassales Leben“. Gäste willkommen.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perückenmacher (Zweigverein Berlin). Mittwoch, den 17. d. M., abends 10 Uhr, Versammlung bei Bauer, Rosenhagenstr. 57.

Centralverband der Konditorgehilfen und verwandten Berufsgenossen. Mittwoch, den 17. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Heine, Linienstraße 96, Mitglieder-Versammlung. Gäste willkommen.

Vermishtes.

Ein grauenhafter Mordmordversuch ist in der Nähe von Stendal begangen worden. Die Frau des Arbeiters August Kotte aus Stendal, die auf dem benachbarten Rittergute Armin als Tagelöhnerin beschäftigt war, lehrte Sonnabendabend nicht heim. Sonntag früh fand man sie, mit entsetzlichen Wunden bedeckt, auf dem Felde. Die Kerkerte wurde ins Johanniter-Krankenhaus nach Stendal geschafft, wo sie anzugeben vermochte, daß der Mörder Paul Apel Sonnabendmorgen, während sie auf dem Felde arbeitete, an ihr ein Sittlichkeitsverbrechen verüben wollte und sie, als sie Widerstand leistete, derart zugerichtet habe. Erst habe er ihr mit einem Messer zahllose Stiche beigebracht und alsdann mit einem schweren Knüttel auf sie losgeschlagen. Der Thäter, ein kaum 20-jähriger Mensch, ist Sonntagmorgen im Hause seiner Eltern zu Kuebberg verhaftet worden. An ein Aufkommen der unglücklichen Frau wird gezweifelt.

Die aus München geschriebene wird, ist der Heilbauer Michael Rieger zu Irchenbromm, der seiner Zeit mit dem Räuber Anzeihl in Untersuchungshaft saß, jedoch freigesprochen wurde, an der Wosce sucht geflohen.

Eine blutige Begebenheit hat in ganz Italien große Verstärkung hervorgerufen, da an der That einer der berühmtesten Mörder aus Bologna, Augusto Murri, beteiligt ist. Neun Tage nach erfolgtem Tode wurde der bereits in Verewung übergehende Leichnam des Grafen Bonmartini in seiner Wohnung in Bologna aufgefunden. Es wurde festgestellt, daß der Graf mit 17 Dolchstößen getötet worden war. Vor einigen Jahren heiratete der Graf Bonmartini die Tochter des Prof. Murri, trennte sich aber von ihr infolge seines anspruchsvollen Lebenswandels. Kürzlich jedoch, auf das Einschreiten der Eltern hin, vereinigte er sich von neuem mit seiner Frau, ohne jedoch im geringsten seine Reue zu ändern. In der Wohnung des Ermordeten wurden die Schränke erbrochen und sämtliche Schmuckgegenstände daraus gestohlen gefunden, auch war der Graf selbst in der Brieftasche enthaltenen Geldes beraubt worden. In seinem Walle wurden ein Paar Frauen-Weinleider und in seiner Brieftasche ein Brief von einer weiblichen Person aufgefunden, welche dem Grafen ein Stehbildchen gegeben hatte. Während der letzten acht Tage gab sich die Polizei allen möglichen Vermutungen hin; die Frage war, ob es sich um einen Raubmord oder um einen Mordhandelt handelte, ob eine Frauensperson daran beteiligt war, oder ob der Diebstahl nur zur Zerkleinerung der Polizei verübt worden war. Dieser Tage nun wurde das Geheimnis enthüllt, indem der unglückliche Prof. Murri vor dem Gerichte erklärte, daß ihm sein Sohn Emilio aus dem Auslande geschrieben habe, er selbst hätte den Grafen nach einem heftigen Wortwechsel erschossen. Nach seiner Mitteilung wäre Graf Bonmartini mit einem Dolchmesser auf ihn eingedrungen, doch sei es ihm gelungen, dem Grafen die Wundwaffe zu entreißen und sie nach langem jäherlichen Kampfe seinem Gegner in die Brust zu stoßen, worauf er, durch das vergossene Blut wie wahnsinnig gemacht, weiter auf sein Opfer losgeschlagen habe. Soweit die Anzeige. Es war bekannt, daß Murri wegen der Mißhandlungen seiner Schwester einen maulsüchtigen Haß gegen seinen Schwager nährte und welcher Haß auch nach der Wiedervereinigung der Eheleute fort-dauerte. Emilio Murri ist Advokat und ist allgemein als ein geistreicher und lebhafter junger Mann bekannt. Seit Jahren kämpfte er in den Reihen der Socialdemokratie; er wurde kürzlich zum Mitglied des Provinzialrates gewählt. Murri war auch Chefredakteur der Volognesischen Socialisten-Zeitung „Squilla“.

Nach weiteren Mitteilungen ist die Gräfin Bonmartini verhaftet worden. Sie soll nach einer aus Mailand eintreffenden Meldung bereits ein offenes Geständnis abgelegt haben. Danach hatte sie nicht nur um die Ermordung ihres Gatten getrachtet, sondern die That mit ihrem Bruder zusammen geplant. Das wunderbarste ist aber, daß sie auch die Entwendung der Wertpapiere des Ermordeten zugestanden haben soll, wonach die bisher unterstellten Motive der That hinfällig würden, und was bis dahin als ein Mordhandelt über die schändliche Behandlung seiner Schwester empörten Bruders erschien, fänke zu einem gemeinen Raubmorde hinab. Auch ein gleichfalls am Sonnabend verhafteter Dr. Rabbi hat nach derselben Meldung seine Mitthäter-schaft bereits eingestanden. Die von ihm und der Gräfin gemachten Angaben haben weiter zur Verhaftung einer Frauensperson Namens Donetti geführt. Dr. Rabbi soll der frühere Geliebte der Gräfin sein. (A)

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Schulze. Die Spittelstraße ist 1881 abgebrochen worden.

A. Krüger 50. Auguststraße 6 oder Potsdamerstraße 121 g.

Freiwillige. 1. Rein. 2. Wirt. es nicht.

Moabit. Die entsprechende Auskunft erhalten Sie im Bureau der Gewerkschaftskommission, Angel-Allee 15, parterre.

M. Z. In Charlottenburg ist keine Markthalle gebaut und wird auch gegenwärtig keine gebaut. Doch schweben behufs späteren Baus Unterhandlungen.

W. C. Streitende. Und ist davon nichts bekannt.

R. V. Reichsbuch. Es ist von hier direkt nach München gegangen.

R. Schulstraße. Wenden Sie sich an den Ortsvorsteher der Offenbacher Frankenkasse für Frauen, Fr. W. Ding, Pringelstr. 96.

Witterungsübersicht vom 16. September 1902, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. Stationen. Rows include: Schweinbe, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Sapatanda, Petersburg, Gort, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 17. September 1902. Gewisslich, zeitweise auflockernd, vorwiegend trübe mit Regenschauern und ziemlich starken westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Gewerkschafts-Kartell Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 17. September, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Keller, Koppenstraße Nr. 29:

Große öffentliche

Gewerkschafts - Versammlung

sämtlicher im Kartell vereinigten Gewerkschaften.

Tages-Ordnung:

Sind die Mitglieder des Vereins der Töpfer Berlins Streikbrecher?
(Siehe Versammlungsbericht Nr. 193 des „Vorwärts“ vom 20. August).

Um der planmäßig organisierten Vergewaltigung der letzten Versammlung durch die Central-Verbände für diesmal vorzubeugen, findet eine Kontrolle am Eingang des Saales statt. Nur die Mitglieder der im Kartell vereinigten Gewerkschaften haben Zutritt.

Jeder verseehe sich daher mit seinem Mitgliedsbuch. Keiner darf dieser Versammlung fernbleiben; agitiere ein jeder nach besten Kräften.

Der Ausschuss des Berliner Gewerkschafts-Kartells.

291/10

S. K.: Jonny Hinrichsen.

Prämiert mit der goldenen Medaille.

Kraft-Rothwein
Für Blutarmer
u. Kranke
ärztlich
empfohlen

Feurig-Süßer

Sanjalucia

Fl. 150 u. 2 M.
Überall zu haben

In Apotheken, Drogenhandlung, Delikatess- u. Kolonialwarengeschäften.

Verein sozialdemokratischer
Gast- und Schankwirte Berlins
und Umgegend.

Am Freitag, den 19. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, beim Kollegen Klingenberg in Pantow, Kaiser-Friedrichstr. 12:

Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Die soziale Wirkung der Lebensmittelerhöhung auf die Arbeiterklasse.“
2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten.
69/20

Der Vorstand. S. K.: Ferdinand Ewald.

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualität, versch. die 10 Pfunddose zu 6,50 Mk., 5 Pf. 4 Mk. franko. Nordost. Rindfleisch.

E. Reil, Nordost. Bahnhof Rungelshagen, Oldenburg.

Achtung, Vereine!
Sonnabend und Sonntag im Oktober und November Saal frei!
Englischer Garten, Alexanderstr. 27c

Oskar Kumke, früher H. Werner. 21365

Achtung! Töpfer. Achtung!

Am Freitag, den 19. September 1902, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15 (großer Saal):

Grosse Versammlung

aller zum Organisationsgebiet Berlin und Umgegend gehörenden Kollegen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Stellungnahme der Berliner Gewerkschafts-Kommission zu den Beschlüssen der öffentlichen Töpfer-Versammlungen vom 18. Juli und 14. August d. J. und unser ferneres Verhalten in der Angelegenheit.
2. Vorschläge zur Regelung der Fensterfrage.
3. Gewerkschaftliches.

Zudem wir auf die Wichtigkeit der Tages-Ordnung verweisen, ersuchen wir die Kollegen, pünktlich und zahlreich in der Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand der Filiale Berlin des Central-Verbandes der Töpfer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Rixdorf.)
Mittwoch, den 17. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Rixdorf, 151:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Wenderung der Unterstufungsfrage.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Teilzahlung Möbel

monatlich 10 Mk. liefert elegante Herrengarderobe nach Maß. Bar Kasse allerbilligste Preise. **Wer selbst Stoff hat,** fertige Anzüge, Paletot nach Maß von 30 Mark an. **Temporowski, Schneidermeister, Prinzenstr. 55, Ecke Drebbenerstraße.** 49188*

Spiegel u. Polsterwaren reich, zu soliden Preisen, empfiehlt **H. Strelow, Tischlermeister, Rixdorf, Richardstr. 116, am Deutmal.**

Album- u. Lederwarenfabrik
Oskar Gundau,
30. Oranienstrasse 30,
Ecke Adalbertstraße.

Gesangbücher
von 1,25 Mk. an.

Schmucksachen.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reifsteider etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Fachgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. 4855L **M. Schulmeister, Schneidermeister,**
Anzüge nach Mass von 25 Mk. an **Dresdenerstr. 4,** **Hauptstrasse 143**
am Kottbuser Thor. **Schöneberg.**

Kleine Anzeigen. Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Grüntrange Geschäft billig verkauft. **Blondstr. 8.** 20825*

Gardinehaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*

Diebstahl elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und gut erhalten von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstraße. 12988*

Knabenanzüge, Mädchenkleider verkauft billig. **O. Hoffmann, Betschauerstr. 14.** 1300*

Reise spottbillig. Tuchlager Rixdorfstr. 2. 1776*

Teppichdecken spottbillig. **Robrit Weinstraße 20.** 17015*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadescher Markt 4, Bahnhofstraße. 11975*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Bilder, Regulatoren spottbillig. **Verkaufshaus Reanderstr. 6, Teilzahlungen gestattet.**

Möbel, mehrere Zimmer, Paneele sofa 50,00, großer Spiegel, neue Nohrhähle 3,00, Schränke, Vertikalen, Ruhbauwänsche, Leinwand, Teppiche, Küchenanrichtung spottbillig. **Gartenstraße 148 I, Borberhaus.** 1133*

Frederksdorf, Oldenburgerstr., Rute 10 Mark, mit Wasserlaube 15 Mark. Kleine Anzahlung. **Walter, Fischerstraße 12.** 20055*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. **Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II.** 12932*

Herrenanzüge, Paletots, elegante Ausführung, geringe Teilzahlung. **Kunzberg, Wanddörgerstraße 13.** 12158*

Verfallene Wänder! Zur Einsegnung goldene Uhren, Ringe und andre Goldsachen, Ketten jeder Art, sauber und schön, werden spottbillig verkauft. **Altes Gold und Silber** wird gekauft und in Zahlung genommen in der Pfandleihe Prinzenstraße 28, I, Ecke Ritterstraße. 21086*

Gardineverste, spottbillig, Gardinen-Hofstr. 80, Grüner Weg 80, parterre. **Kein Baden.** 13012*

Einsegnungskleider, 12,50, 13,50, 15,00, Mädchenkleider, Mädchenkleider, Mädchenjassen, enorm billige Preise, **Hofenaustraße 104, Rosenbergs, Kottbuscherdamm 93.**

Reisehandlung, Stoffe zur Anfertigung von Herrenanzügen, Knabenanzügen, Mädchenanzügen, Ketten zu Sommeranzügen, Capes, Stoffe, Seidenstoffe, Kleiderstoffe, feine Kleider, Bläse spottbillig, **Schmitt gratis, Rosenbergs, Kottbuscherdamm 93.**

Vorjährige elegante Herren-Anzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. **Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II.**

Möbel, Ausverkauf, Schützenstraße 2, Wegen Aufgabe des Geschäftes sollen viele Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel stonnen billig verkauft werden. **Rüchel, Kleiderstr. 30, Verflo 30, Spiegel, Spiegelstühle 20, Sofa 25, Tisch 10, Stühle 3, Küchenstuhl 18, Paneele 10, 70, Paneele 10, 15, Salongarnituren 75, Wänsche, Salon 40, Schreibtische, sowie viele komplette englische Schlafzimmern, Salons, Wohn- und Speisezimmer. **Brantlente, welche diese Gelegenheit ausnutzen, können für wenig Geld eine gute gebiegene Einrichtung kaufen. Nach gede ich sicheren Deuten auf Teilzahlung. Gelaupte Möbel können bis 15. Oktober lagern und werden durch eignes Geldmann geliefert.****

Stühle billig. **Stuhlager, Rottbuserstraße 4.** 20636

Pianos, 150,00, Garantiefabrik, umgänglich, **Wanddörgerstraße 63, Hof 1113.** 21028*

Teppiche mit Herdenkleidern **Fabrikverste Große Frankfurterstr. 9, parterre.** 137*

Fahrräder, alte und neue, von 25 Mark an. **Mit Doppel-Glockenlager 150 Mark, Tandem 200 Mark, Karl Fischer, Waldstraße 8.** 12908*

Mingelischen, 20,00, gutgehend, **Reanderstraße 7.** 38/6

Polierlappen, saubere, Pfund 30 Pf., verkauft **Handlung, Berlin-Platz 10, Kottbuscherstr. 47/48, Fernsprecher I 3014.**

Einsegnungs-Anzüge, neue, in blau und schwarz Kontingarn und Gestort. **Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße.** 12708*

Teppichdecken billig. **Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.** 137*

Kanarienvögel 1,00, **Buchweiden** 5,70, **Reanderstraße 7.** 38/6*

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, bis 5 Mark Vergütung, **Postkarte, Breitholz, Amalienstraße 4.** 21195*

Mingelisch - Nähmaschine umgänglich billig **Brandenburgstraße 53, I. Hof.** 21185*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, wesentlich 1,00, **Lieferung vom Hauptlager (Postkarte), Brunnenstraße 104, Kridelstr.** 172*

Gelagenheit, **Tafelsofa** 40,00, **Brunnenstraße 45, II. Hof I.** 21295*

Wäsche! **Reichgeschlechter, unkonf!** sind nicht zu haben, aber für den billigen Preis von 80 Pfennig bis 2,25 Mark zu verkaufen. **Central-Bücherei, Ebnauerstraße, vis-a-vis Restaurant Gikulastr. Hof.** 38/7

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. **Röppnerstr. 60/61, Wanddörgerstraße 82, 191***

Schankgeschäft, 13 Halbe Baurisch, 5 Halbe Weißbier, Preis 1400, **Miete 1200, Miras, Ritterstraße 20.** 178

Comer verkauft **Wänsche, rot und grün, zwei Reihen, Tisch, schmale Möbel** wenig gebraucht. **Käfferstraße 32 vorn II.** 73/19

Restaurateur halt! **Verkauf** mein gutes **Tanzgeschäft** bei **Oranienburg** (spottbillig). **Altes Räder** bei **Bogel, Restaurateur, Wanddörgerstraße 2.** 144

Schankgeschäft, nachweislich sichere Ertrags, **nach Abreise halber** verkauft. **500 Mk. Anzahlung, Comptoir Wagnersstraße 12, I.** 21276

Hofbrunnen, Saug-, Damp- und Dampfmaschinen, Gartenlaternen aller Art, **eiserne Ofen, Kochmaschinen, Gasöfen, Kronen, Türen, Doppelarme, Gas, elektrisch, Holzwerk** zum Holzschneiden und zum Drehen **verkauft** billig **Karl Kaufmann, Wänschehoffstraße 19.** 20385

Vermischte Anzeigen.

50 Mark gegen Sicherheit und Zinsen vom **Selbstdarleher** gesucht. **M. W. Postamt 26.** 20065

Rechtsbureau **Habich, Andreasstr. 6** **breitendischig, Rechtschiller, Eingangsgebühr, Materieteilung.** 20076

Unfallfassen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Steglitzerstr. 65. 16046*

Kaufklopperei von **Frau Kolofski, Steinwegstraße 48, Quergebäude** hochparterre. *

Anfertigung eleganter **Herren-garderobe, Teilzahlung** gestattet, **Rareus, Holzmarktstraße** zweiundsechzig. 18099*

Wer Stoff hat, fertige Anzüge nach Maß von **Mark 15,00.** **B. Poldowitz, Schneidermeister, Altonaerstraße 14a.**

Zehenschleifen, Stück 10 Pf. **Greisenhagenstraße 15, Seitenhöf I 17, Dering.** 1763*

Brotbackerlexikon und alle andern Bücher **kauft, bezieht Antiquariat Rixdorfstr. 56, I. Amt VI, 8397.** *

Kleider, Möbel, Betten, Wäsche, Nachlässe, eigener **Wänschebedarf, höchstgehend, Nachbar, Vangestraße 32.**

Fahrradverkauf, **Raglast, Schönhauser Allee 163a.** 120/10*

Divulktion! **Wer sich** über die **ruhmloseste Grausamkeit** unserer Zeit unterrichten will, **verlange** die **Kriegsblätter** des **Weltbundes** gegen **Divulktion,** welche **unentgeltlich** versendet werden **von** **Berliner** **Kriegsbund** **verein, Königgrüderstraße 108, um** **gütigen** **Abdruck** **wird** **geben.** 161b*

Zäie - große und kleine - **sehen** zu **Vorstellungen, Hochzeiten, Tanz-** **schäufen** **sehr** **zur** **Verfügung.** **Constante** **Bedingungen.** **Bernau,** **Schwedlerstraße 23/24.** 12868*

Verleinszimmer für 40 Personen **nach** **einige** **Tage** **frei.** **Vadewig,** **Reinholdstr. 65.** 1202K*

Verleinszimmer, groß, zu **ver-** **geben** **Oberbergerstraße 39.** 163*

Saal, Verleinsräume zu **Verleins-** **lungen** **und** **Sitzungen** **nach** **frei** **Ver-** **leinsstr. 10, Jannasch.** 12592*

Wer Stoff hat? **Fertige** **Herren-** **anzüge** **mit** **Partierfaden** **15** **Mark.** **Feiner** **Stoff** **zum** **ganzen** **Anzug** **10** **Mark.** **Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59, III.** 21095

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Ein- **gabendgebühr, Materieteilung, Raff,** **Brannenstraße 12, 12885**

Hilfe! **Unfallfassen, Invaliden-** **fassen, Wundengeld, Klagenfassen,** **Rohrschneidung, Strohschneidung, Kl-** **mentenfassen, George, Redacteur,** **posttisch** **anerkannter** **Rechtskonsult,** **Nichtestraße 2.** 21245

Rückzahlung **eines** **Rechtsbureau,** **Langjähriger** **Gefängnis-Inspektor.**

Empfehle **mein** **Werb- und** **Druck-Verkauf, Herberge** **für** **sämtliche** **Gewerkschaften, Vereins-** **total** **für** **30-40** **Personen.** **Dafte,** **Utenbahnstraße 20.** 178

Vermietungen.

Freundliche **Wohnungen** **Kottboder-** **straße 31.** 1782*

Zimmer.

Möbliertes **Zimmer** **für** **zwei** **besere** **Herren** **zum** **1. Oktober** **zu** **ver-** **mieten.** **Schlögel, Grüner Weg 34,** **vorn II.** 21100

Freundliche **Stube** **vermietet** **billig.** **Stoffen, Reichenderstraße 127, I.**

Mietsgesuche.

Buchhandlungsgeliche **sucht** **per** **Oktober** **daneben** **angenehmes** **Wohn-** **zimmer.** **Rüde** **Moringplatz, Preis-** **offerten** **unter** **T. 4** **an** **Expedition** **des** **„Vorwärts“,** **Deutshofstraße, erbeiten.**

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Kosiker **einige** **Tage** **frei.** **Glückstr.,** **Duisenstraße 29.** 21126*

Invalider **Buchdrucker,** **41** **Jahre,** **welcher** **nur** **Invalidenrente** **bezieht,** **sucht** **leichte** **Beschäftigung** **jeder** **Art,** **Seher, Adalbertstraße 40, bei Schmidt, Schwedlerstraße 23/24.** 12868*

Buchdrucker-Quaralle, **35,** **schrift-** **gehabt, guter** **Rechner, sucht** **Beschäftigung** **bei** **beliebigen** **An-** **stalten.** **Walter, Fischerstraße 12.**

Wunder **Stuhlflechter** **bittet** **um** **Arbeit.** **Sichle** **werden** **zu** **den** **billigsten** **Preisen** **geflochten, werden** **abgeholt** **und** **unentgeltlich** **zurück-** **geliefert.** **Adresse: Wänschestraße 27, II. Hof.**

Stellungsangebote.

Tischlergehilfen **auf** **Rohrarbeit** **ver-** **langt** **H. Bugle, Neu-Weidenstr.,** **Rönig-Gaule 39a.** 1123

Gesucht **von** **einer** **Maschinenfabrik** **ein** **Friseur, welcher** **mit** **allen** **vor-** **kommenen** **Arbeiten** **an** **einer** **Un-** **iversal-Fräsmaschine** **vertraut** **ist.** **Offerten** **unter** **F. K. 5** **Postamt 17.**

Wärmeschleifer **und** **Arbeiter** **ver-** **langen** **Beutler u. Co., Branden-** **burgerstraße 20.** 21175

Geldfassen, tüchtige **Schleifer** **suchen** **Beschäftigung** **Königsstr. 100a.**

Mechanischerlehrling **verlangt** **Fischerstraße 2.** 21226

Tüchtige **Hausmeister** **werden** **ver-** **langt, aber** **nur** **solche, die** **schon** **ge-** **arbeitet haben.** **Berlin O., Central-** **Bücherei, Hof.** 38/8*

Schürzen-Arbeiterin **sowie** **Ver-** **mädchen** **sofort** **verlangt.** **Koppel,** **Paniasstraße 4, III.** 1123

Kraftige **junge** **Mädchen** **zum** **Färben, sowie** **Arbeitsbühnen** **ver-** **langt** **Handschuhfabrik, Schwandauer** **Allee 31.** 130/12

Eine **ältere** **eheliche** **Frau** **tags-** **über** **im** **einfachen** **Handhalt** **ge-** **sucht** **Brandenburgstraße 22, Wien.** 21216

Wamiello **auf** **Damenjackette, gute** **Preis, Rauchhändler, Wänschestr. 23.**

Kartondarstellerinnen **anher** **den** **Haus** **auf** **Collerations** **verlangt** **Bedert, Sandstraße 1b.** 21135

Horbmacherinnen **verlangen** **Rosenow u. Co., Schmidtstraße 6.**

Zu **Arbeitsmarkt** **durch** **besonderen** **Druck** **der** **vorgehobene** **Anzeigen** **solten** **40** **Pf. pro** **Zeile**

Submacher **und** **Polier** **auf** **Wagners-Str. 100/101** **ge-** **sucht.** **Schlegel, Hannover, Deigenstr. 15a.**

Achtung, Klavierarbeiter!
Die **Piano** **fabrik** **von** **Ernst** **Koch & Co., Greifswalder-** **straße 155/156, ist** **wegen** **Lohn-** **differenzen** **bis** **auf** **weitere** **ge-** **sperrt.** **206/3**
Die **Ordnung** **der** **Filiale** **Berlin** **des** **Central-** **Verbandes** **der** **Töpfer.**

Achtung! Holzarbeiter!
Gefordert sind folgende Werkstätten für Tischler, Einleger, Maschinenarbeiter und Holzer:
A. Schulz, Krausstr. 18/19,
Gammeluth, Diefenbacherstr. 33,
Rindel u. Friedrichsen, Hofstr. 43,
Rindel u. Friedrichsen, Hofstr. 59,
Ferdinand Wolf, Waldemarstr. 27
und **Waldemarstr. 6.**
Für u. Engbrecht, **Waldemarstr. 11.**
Goly u. Brunnmann, Holzmarktstr. 11.
Die **Ordnung** **der** **Filiale** **Berlin** **des** **Central-** **Verbandes** **der** **Töpfer.**

Achtung! Bilderrahmentischler!
Bei **Wagner, Stoffschreiber-** **straße 58, sind** **die** **Kollegen** **in** **den** **Streik** **getreten.** **Zuzug** **fernhalten!**

Achtung! Glasschleifer.
Bei der **Firma** **Dittmayer,** **Am** **der** **Stadtbahn 41, sind** **Differenzen** **ausgedrochen.** **21065**
Zuzug **ist** **streng** **fernzuhalten.**
Die **Ordnung** **der** **Filiale** **Berlin** **des** **Central-** **Verbandes** **der** **Töpfer.**

Röpenid! Maurer, Buger!
Das **Baugeschäft „Sablat“** **ist** **für** **Organisierter** **ge-** **sperrt.** **140/13** **Die** **Ordnung** **der** **Filiale** **Berlin** **des** **Central-** **Verbandes** **der** **Töpfer.**

Achtung! Töpfer!
Wegen **Umgebung** **des** **Arbeits-** **Nachweises** **sind** **folgende** **Firmen** **ge-** **sperrt:**
Gebauer, Jahnke, Schlack- **ke, (zur** **Zeit** **ohne** **Dau), Arnold,** **Bau** **Musauer** **und** **Zeughoffstrassen-** **Gde.** **206/3**
Wegen **Mahnregelung** **sind** **ge-** **sperrt:**
Meizer & Jakob, (zur **Zeit** **ohne** **Dau),** **und** **Restaurateur** **Streck, Charlottenburg, Fried-** **bergstraße 19; Bau: Friedbergstr. 17.**
Die **Urteile** **des** **Streites** **bei** **letz-** **benanntem** **Derrn** **sind** **verfesselt** **in** **dem** **Verhalten** **der** **Kollegen, weil** **diese** **den** **Töpselträger** **aufgehört** **haben,** **sich** **seiner** **Berufsorganisation** **anzuschließen.** **Rachden** **durch** **Wit-** **glieder** **der** **„Freien** **Vereinigung** **der** **Töpfer** **Berlins“** **die** **Zu-** **führung** **erfolgt** **war, daß** **die** **Arbeits-** **plage** **durch** **die** **Begehr** **werden** **würden,** **bekamen** **ähnliche** **organisierte** **Kollegen** **ihre** **Entlassung.** **Nach** **dem** **die** **den** **von** **verlassen** **konnten,** **traten** **die** **„organisierten“** **Arbeitswilligen** **an; ausserdem** **gemacht** **auf** **das** **Begehren,** **erklärten** **sie** **wieder** **gegen** **zu** **wollen, wenn** **ihnen** **vom** **Berband** **50** **Mark** **ge-** **zahlt** **würden.**
Zuzug **ist** **streng** **fernzuhalten!**
Der **Vorstand** **der** **Filiale** **Berlin** **des** **Central-** **Verbandes** **der** **Töpfer.**